



Statistische Rundschau Nordrhein Westfalen

Herausgeber

Landesamt
für Datenverarbeitung und Statistik
Nordrhein-Westfalen

4
April 1992

Statistische Rundschau Nordrhein-Westfalen

44. Jahrgang . April 1992

ISSN 0934-6767

Erscheinungsfolge: monatlich

Herausgeber:
Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik
Nordrhein-Westfalen

Hauptschriftleitung: Dr. Diemar Kühn
Redaktion: Udo Nockemann, Hans Lohmann

Jahresabonnement: 48,-DM, Einzelheft: 5,-DM

Bestellungen nehmen entgegen:
das Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik NRW,
Postfach 10 11 05, Mauerstraße 51, 4000 Düsseldorf 1
Fernruf: (0211) 94 49-01
sowie der Buchhandel.

Nachdruck, auch auszugsweise,
nur mit Quellenangabe gestattet

Bestell-Nr. Z 01 1 9204



Inhalt

Entwicklungen im Jahre 1991	Bevölkerungsentwicklung	155
	Konjunktur und Arbeitsmarkt	156
	Verdienste und Arbeitszeiten	157
	Verbraucherpreise	158
	Innerdeutscher Warenverkehr	159
	Außenhandel	160
	An- und Abmeldungen von Gewerbebetrieben, Insolvenzen	161
	Industrie, Handwerk, Energieversorgung	162
	Bauwirtschaft und Wohnungswesen	165
	Landwirtschaft	167
	Groß- und Einzelhandel	168
	Fremdenverkehr	168
	Verkehr	170
	Umweltschutz	170
	Öffentliche Finanzen	171
	Gesundheitswesen und Soziales	172
	Schulen, Hochschulen und Weiterbildung	173
Preise	Preisindex für die Lebenshaltung im März 1992	178/ 179
Mikrozensus	Regionalauswertungen aus dem Mikrozensus <small>Neuer Auswahlsplan führt ab 1990 zu verbesserten regionalen Auswertungsmöglichkeiten der 1% - Repräsentativerhebung</small>	179
Produzierendes Gewerbe	Auftragseingänge in der Industrie im Februar 1992	165
<hr/>		
	Zahlenspiegel	192

Zeichenerklärung

(nach DIN 55 301)

- 0 weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
- nichts vorhanden (genau null)
- Zahlenwert unbekannt oder geheimzuhalten
- ... Zahlenwert lag bei Redaktionsschluß noch nicht vor
- () Aussagewert eingeschränkt, da der Wert Fehler aufweisen kann
- / keine Angabe, da der Zahlenwert nicht sicher genug ist
- X Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
- p vorläufige Zahl
- r berichtigte Zahl

Abweichungen in den Summen erklären sich aus dem Runden der Einzelwerte.

Entwicklungen im Jahre 1991

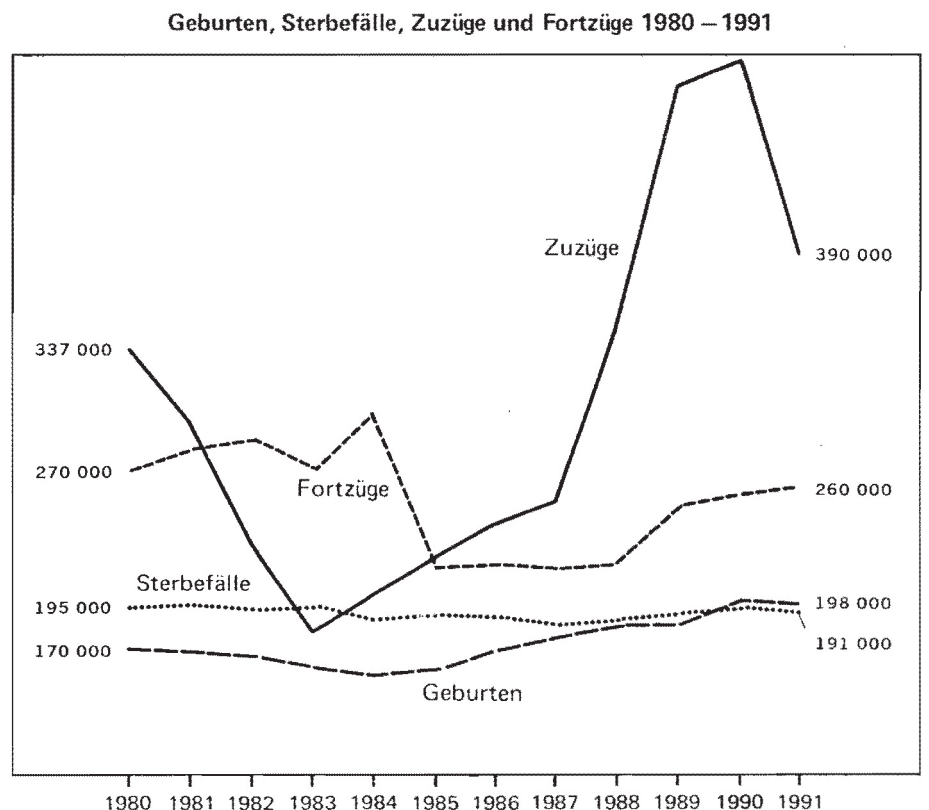
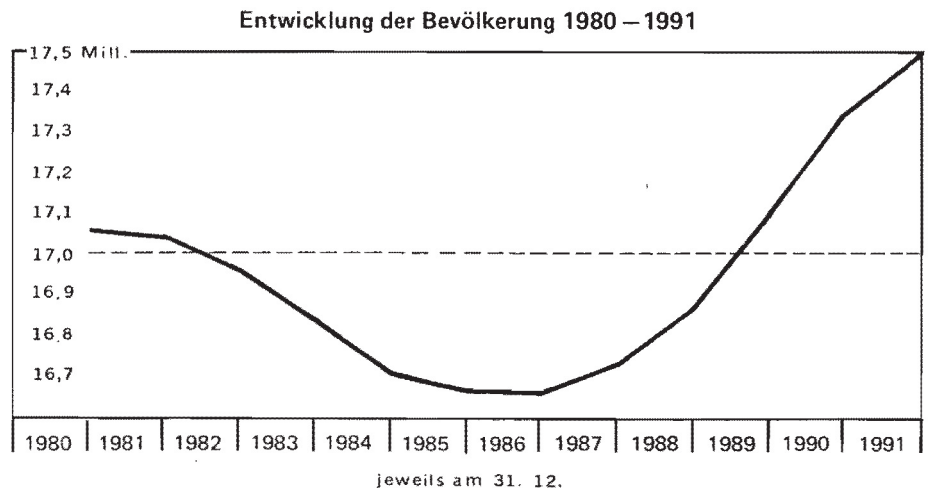
Regelmäßig im ersten Quartal gibt das LDS NRW seinen Jahresbericht „Entwicklungen in Nordrhein-Westfalen“ heraus und stellt ihn den Medien des Landes auf einer Pressekonferenz vor. Der in einer Auflage von rund 12 000 Exemplaren verbreitete Bericht, der auf besonderes Interesse auch bei Verwaltungen, Firmen und Institutionen stößt, ist im folgenden in nur unwesentlich veränderter Form wiedergegeben.

Bevölkerungsentwicklung

Nordrhein-Westfalen hatte Ende 1991 nach ersten Schätzungen 17 500 000 Einwohner (52 Prozent Frauen, 48 Prozent Männer), 0,8 Prozent mehr als zu Jahresbeginn. Ursache des Anstiegs war vor allem ein kräftiger Überschuß der Zu- über die Fortzüge (+130 000); hinzu kam, wie schon 1990, ein Geburtenüberschuß. Daß das Bevölkerungswachstum etwas niedriger ausfiel als ein Jahr zuvor (+1,4 Prozent), lag vor allem daran, daß weniger Aussiedler aus Osteuropa nach NRW kamen: Dadurch ging die Zahl der Zuzüge über die Landesgrenzen von 500 000 (1990) auf 390 000 (1991) zurück, wogegen das Fortzugsvolumen mit rund 260 000 Personen unverändert blieb.

Sowohl bei den Geborenen als auch bei den Gestorbenen war die Entwicklung leicht rückläufig. Erneut ergab sich ein Geburtenüberschuß, der mit +7 000 noch etwas höher ausfiel als 1990 (+6 000). 1991 kamen im Lande nach vorläufigen Ergebnissen 198 000 Kinder zur Welt, 0,6 Prozent weniger als 1990 (199 000). Die Zahl der Gestorbenen lag mit 191 000 um 1,1 Prozent unter dem Vorjahresergebnis (193 000).

1991 gehörte knapp jeder fünfte Einwohner des Landes (19,5 Prozent) zur Gruppe der Kinder und Jugendlichen (unter 19 Jahre); geringfügig höher



war mit 20,9 Prozent der Anteil der Senioren (ab 60 Jahre). Sechs von zehn Einwohnern (59,6 Prozent) waren zwischen 19 und 59 Jahre alt. Diese Altersstruktur wird sich, trotz erwarteter Zuwanderungen nach Deutschland, nach

den Ergebnissen von Prognoserechnungen bis zum Jahre 2010 verschoben: Der Anteil der Kinder und Jugendlichen an der Gesamtbevölkerung wird

bis dahin auf 18,5 Prozent zurückgehen und jener der Einwohner in der oberen Altersgruppe auf 25,0 Prozent steigen. Das Gewicht des mittleren Altersbereiches wird entsprechend auf 56,5 Prozent zurückfallen. Zum Vergleich: Anfang der 80er Jahre waren in NRW 25,3 Prozent der Einwohner jünger als 19 Jahre gewesen und 18,5 Prozent 60 Jahre oder älter. Auf die mittlere Altersgruppe waren damals 56,2 Prozent entfallen.

Die Zahl der ausländischen Mitbürger lag mit etwa 1,72 Mill. um knapp 7 Prozent höher als Ende 1990. Der Ausländeranteil an der Bevölkerung betrug 9,8 Prozent (1990: 9,1 Prozent). Die größte Ausländergruppe stellten nach wie vor die Türken, gefolgt von Menschen aus den Staaten des ehemaligen Jugoslawien und den Italienern. 1981 hatte der Ausländeranteil 8,4 Prozent betragen.

Konjunktur und Arbeitsmarkt

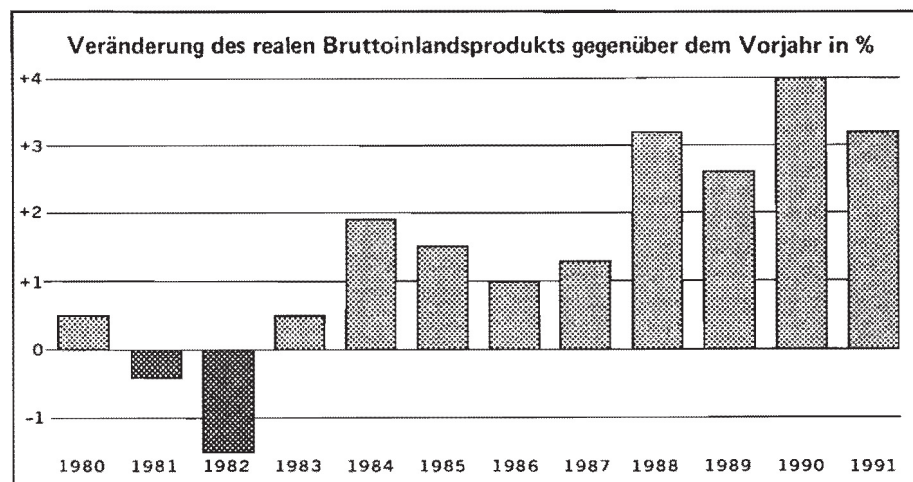
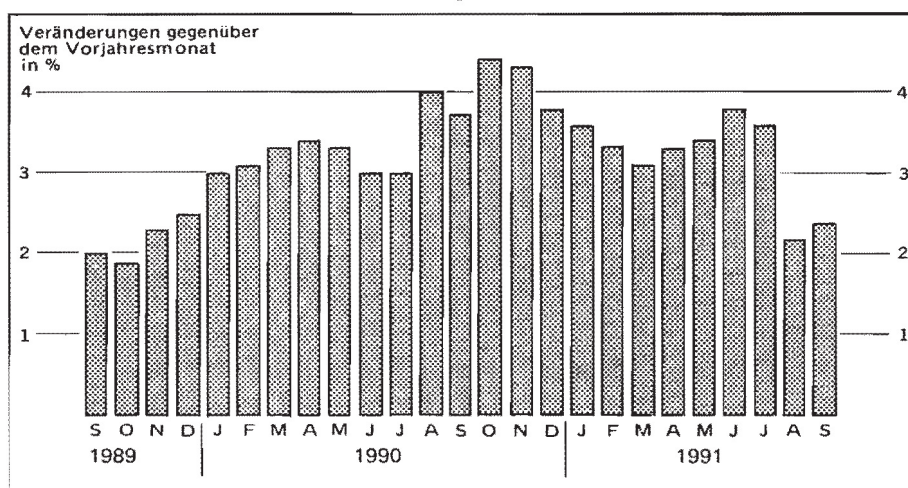
Das Bruttoinlandsprodukt Nordrhein-Westfalens war 1991 nach ersten vorläufigen Schätzungen real um 3,2 Prozent höher als 1990. Die Wirtschaft des Landes erzielte damit eines der besten Ergebnisse in der gegenwärtigen, seit 1983 andauernden Konjunkturphase.

Der allgemeine Konjunkturverlauf spiegelte sich auch in der Entwicklung der Beschäftigung wider: Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, die etwa vier Fünftel aller Erwerbstätigen stellen, lag Ende September 1991 mit 6,16 Mill. um 2,4 Prozent höher als ein Jahr zuvor. Dabei war im Bereich Handel und Verkehr ein Anstieg um 4,8 Prozent (auf 1,19 Mill.) und in den übrigen Dienstleistungsbereichen ein Plus von 3,3 Prozent (auf 2,01 Mill.) zu beobachten; im Produzierenden Gewerbe betrug der Zuwachs 0,9

Prozent (auf 2,91 Mill.). Seit Mitte der 80er Jahre ist damit die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in NRW um rund eine Dreiviertelmillion gestiegen.

Dem positiven Trend bei der Beschäftigung folgend, ging die Zahl der Arbeitslosen 1991 zurück: Mit im Jahresdurchschnitt 561 300 Arbeitslosen erreichte die Arbeitslosenquote einen Wert von 7,9 Prozent, den niedrigsten seit zehn Jahren. Gegenüber dem Höchststand von 1988 (750 000) ging

Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer



die Zahl der Arbeitslosen um ein Viertel zurück, und im Vergleich zu 1990 verringerte sie sich um fast 11 Prozent.

Darüber hinaus bleibt festzuhalten, daß die günstige Entwicklung im Dienstleistungsbereich vor allem die Beschäftigungschancen der Frauen verbesserte: Die Zahl der weiblichen Arbeitslosen war 1991 um 40 000 niedriger als 1990; bei den Männern betrug der Rückgang 28 000.

Verdienste und Arbeitszeiten

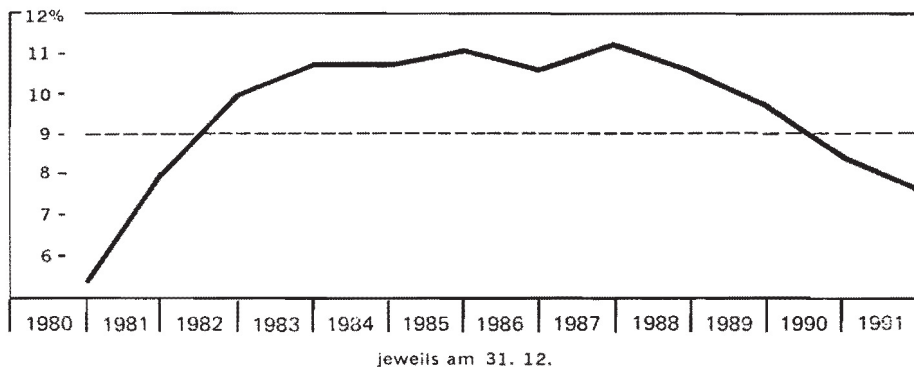
Der durchschnittliche Bruttostundenverdienst der Industriearbeiterinnen und -arbeiter¹⁾ in Nordrhein-Westfalen war 1991 mit 21,65 DM um 5,7 Prozent höher als 1990. Im Vorjahr hatte der Lohnzuwachs gegenüber 1989 5,5 Prozent betragen. Männliche Arbeiter verdienten im Mittel 22,45 DM pro Stunde (5,7 Prozent mehr als vor Jahresfrist), Arbeiterinnen 16,22 DM (+6,1 Prozent). Seit 1981 sind die Stundenverdienste etwa um die Hälfte gestiegen, wobei die Arbeiterinnen mit +51,6 Prozent etwas besser abgeschnitten haben als ihre männlichen Kollegen (+48,9 Prozent).

Überdurchschnittliche Lohnerhöhungen gab es 1991 in der Elektrizitäts-, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung (+8,0 Prozent auf 26,22 DM), im Hoch- und Tiefbau (+7,3 Prozent auf 21,86 DM) sowie in der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie (+5,8 Prozent auf 22,83 DM). Um jeweils 5,7 Prozent stiegen die Stundenlöhne in der Investitionsgüterindustrie (auf 21,53 DM), der Verbrauchsgüterindustrie (auf 19,52 DM) sowie der Nahrungs- und Genussmittelindustrie (auf 18,77 DM). Im Bergbau nahm der Stundenverdienst um 4,3 Prozent auf 22,71 DM zu.

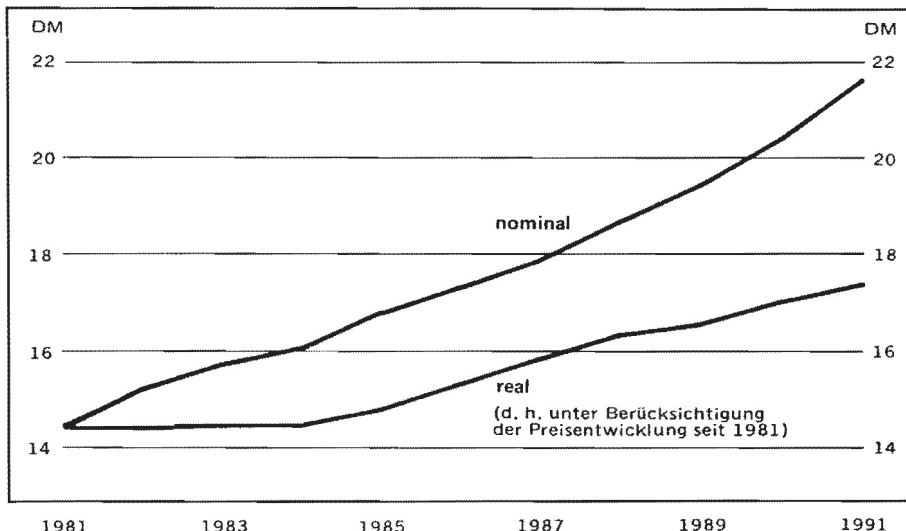
Die bezahlte Wochenarbeitszeit, die 1981 noch 41,7 Std. und 1990 40,2 Std. betragen hatte, betrug 1991 im Schnitt 39,8 Std., wobei Mehrarbeitsstunden, die nicht durch Freizeit abgegolten wurden, mitgezählt wurden (1991: 2,1 Std. pro Woche; 1990: 2,2 Std.). Überstunden sind nach wie vor eine „Domäne“ der männlichen Arbeiter: Sie brachten es im letzten Jahr auf 2,3 Mehrarbeitsstunden pro Woche, ihre Kolleginnen dagegen nur auf 0,7 Stunden.

1) Arbeiter aller Leistungsgruppen; einschl. Entgelten für Überstunden, jedoch ohne unregelmäßige oder einmalige Zahlungen (wie Urlaubsgeld, Weihnachtsgatifikation usw.); Industrie mit Bergbau sowie Hoch- und Tiefbau mit Bauhandwerk

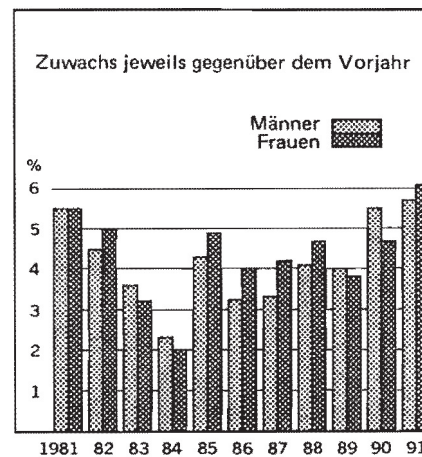
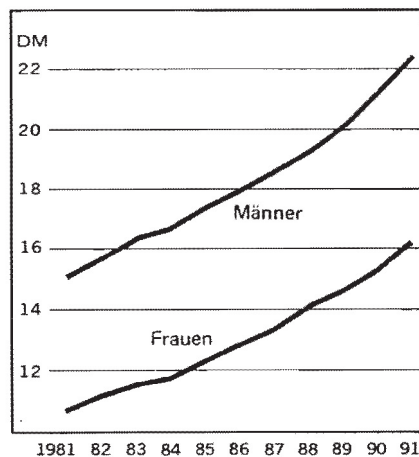
Arbeitslosenquote 1980 – 1991



Bruttostundenverdienste der Industriearbeiter



Bruttostundenverdienste der Industriearbeiter



In den einzelnen Wirtschaftsbereichen entwickelte sich die Wochenarbeitszeit 1991 weniger differenziert als in den vorangegangenen Jahren. So wurde in keinem Bereich länger gearbeitet als im Vorjahr; unverändert blieb die durchschnittliche Arbeitszeit im Hoch- und Tiefbau mit 40,9 Std. pro Woche. In den übrigen Wirtschaftszweigen waren Verkürzungen zwischen einer guten Viertelstunde und einer knappen Stunde zu beobachten: Am stärksten ging die Arbeitszeit im Bergbau (um 0,9 Std. auf 39,0 Std.) und am geringsten in der Verbrauchsgüterindustrie (um 0,3 auf 39,9 Std.) zurück; um jeweils 0,4 Std. sank sie in der Nahrungs- und Genussmittelindustrie (auf 42,0 Std.), der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie (auf 39,8 Std.), der Investitionsgüterindustrie (auf 39,6 Std.) und im Bereich der Elektrizitäts-, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung (auf 39,5 Std.).

Der durchschnittliche Bruttowochenverdienst der Industriearbeiterinnen und -arbeiter betrug 862 DM. Wegen des Rückgangs der Arbeitszeiten stieg er mit +4,6 Prozent weniger stark als der Stundenlohn; auch 1990 war ein Plus von 4,6 Prozent zu verzeichnen gewesen. Arbeiterinnen erreichten im Mittel 620 DM brutto (+5,3 Prozent) bei einer Wochenarbeitszeit von 38,3 Std., ihre männlichen Kollegen bei einer um fast 2 Stunden längeren Wochenarbeitszeit 899 DM (+4,4 Prozent).

Das durchschnittliche Bruttomonatsgehalt der Angestellten in der Industrie und im Dienstleistungsbereich²⁾ betrug 4 636 DM; es lag damit um 5,5 Prozent über dem Vorjahreswert (dagegen 1990/89: +4,3 Prozent) und um fast die Hälfte (+46,4 Prozent) höher als 1981. Männliche Angestellte kamen 1991

monatlich auf 5 308 DM (+5,5 Prozent), während weibliche Angestellte (bei allerdings anderen Beschäftigtenstrukturen, z. B. in bezug auf Ausbildung, Art der Tätigkeit, Lebensalter, Berufsjahre) 3 448 DM (+6,3 Prozent) verdienten; damit setzte sich die langfristig zu beobachtende Tendenz stärkerer Verdienstzuwächse bei weiblichen Angestellten auch im letzten Jahr fort (seit 1981: Frauen +49,2 Prozent, Männer +45,1 Prozent).

Der Gehaltsvorsprung der Angestellten in der Industrie gegenüber denen im Dienstleistungsbereich verringerte sich 1991 geringfügig. In der Industrie stieg das Verdienstniveau um 5,5 Prozent auf 5 277 DM, während für den Dienstleistungsbereich ein Gehaltszuwachs um 5,6 Prozent auf 3 933 DM ermittelt wurde.

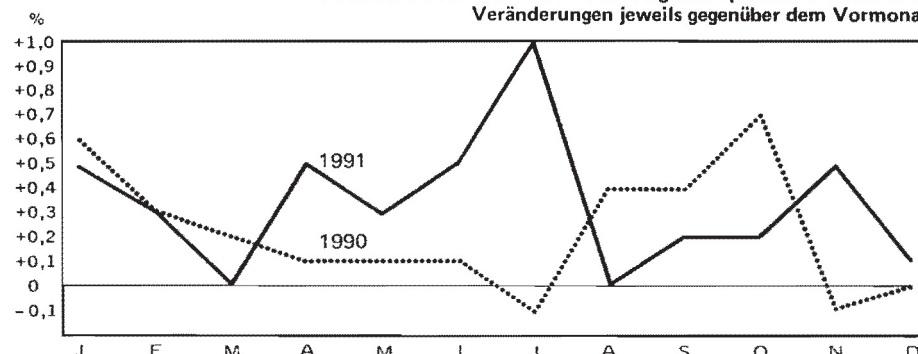
Verbraucherpreise

Nach mehreren recht „preisstabilen“ Jahren wurde 1991 das Preisklima für die Verbraucher etwas unfreundlicher: Der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte stieg gegenüber 1990 im Jahresdurchschnitt um 3,3 Prozent und damit deutlicher als in jedem der vorangegangenen acht Jahre. Punktuell den stärksten Teuerungsimpuls brachten die zur Jahresmitte in

Kraft getretenen Steuer- und Gebührenerhöhungen (Mineralöl-, Kfz-, Versicherungssteuer, Telefongebühren), die den privaten Konsum im Juli schlagartig um einen ganzen Prozentpunkt verteuerten, obwohl sonst gerade in diesem Monat das Preisniveau saisonal bedingt eher stagniert oder sogar zurückgeht. Das Preisgeschehen des gesamten Jahres prägten jedoch die Ausgabenbereiche Dienstleistungen, Wohnungsmieten und Energie (einschl. Kraftstoffen); ihnen waren 1991 fast zwei Drittel des Kaufkraftverlustes zuzurechnen.

Teuerungstendenzen waren 1991 in jedem der acht Sektoren des privaten Verbrauchs zu beobachten, in die der Preisindex gegliedert ist. Am stärksten gegenüber 1990 stiegen die Verbraucherpreise in der Hauptgruppe „Verkehr und Nachrichtenübermittlung“ mit +5,1 Prozent; hier waren Preisaufschläge für Kraftstoffe (+10,9 Prozent) und Pkws (+4,2 Prozent), aber auch deutlich höhere Fernsprechggebühren (+7,6 Prozent) zu verzeichnen, die in ihrer Gesamtheit bei weitem nicht durch günstigere Tarife (z. B. Umwelt-Tickets) im Personennahverkehr (-7,4 Prozent) ausgeglichen werden konnten. In der nach ihrer Ausgabenbedeutung wichtigsten Hauptgruppe „Wohnungsmieten, Energie“, die sich mit +4,1 Prozent ebenfalls überdurch-

Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte
Veränderungen jeweils gegenüber dem Vormonat

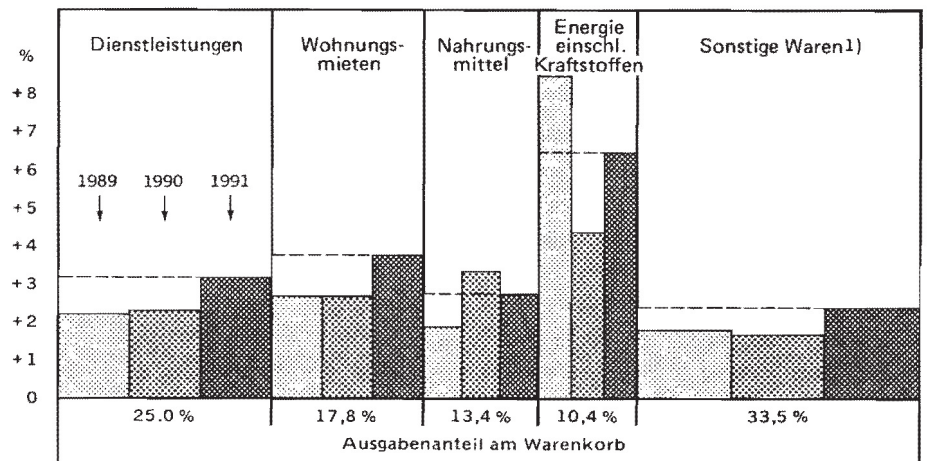


2) ohne leitende Kräfte; nur regelmäßige Zahlungen des Arbeitgebers an den Arbeitnehmer; Industrie mit Bergbau, Hoch- und Tiefbau mit Bauhandwerk, Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe

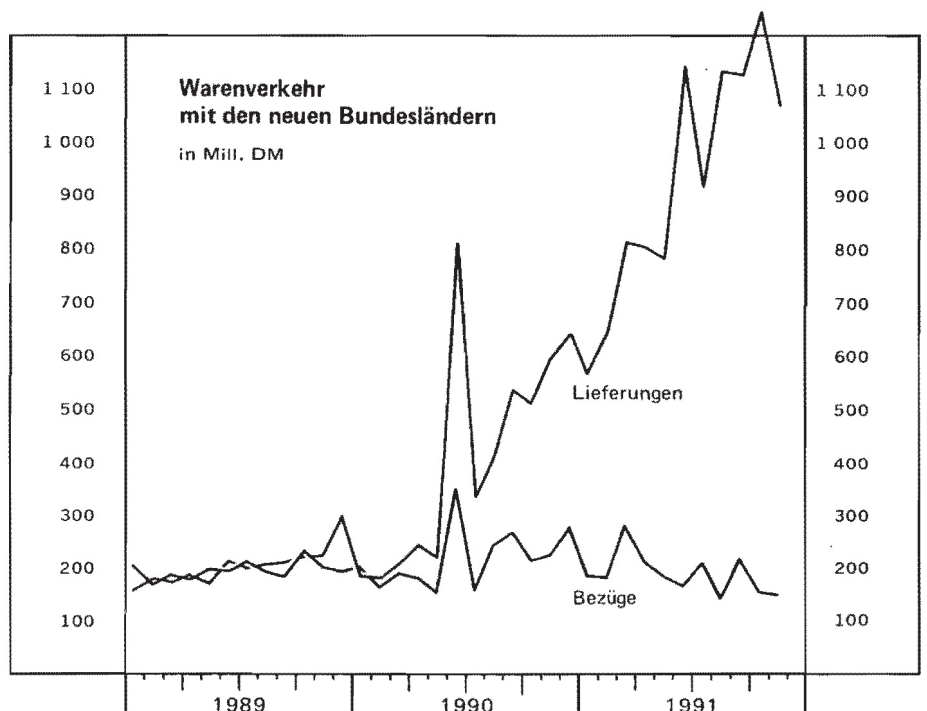
schnittlich entwickelte, zogen die Wohnungsmieten um 3,8 Prozent an (freifinanzierte Neubauwohnungen: +4,0 Prozent; sozialer Wohnungsbau: +3,4 Prozent), während sich Haushaltsenergie um 4,6 Prozent verteuerte (Umlagen für Zentralheizung einschl. Fernwärme: +9,2 Prozent; Gas: +8,1 Prozent; Heizöl: +6,0 Prozent; Kohle: +2,9 Prozent; Strom: +1,9 Prozent). Die Preise für „Möbel, Haushaltsgeräte und andere Güter für die Haushaltsführung“ lagen im Durchschnitt um 2,9 Prozent über dem Vorjahresstand; hier wurden die Haushalte mit zusätzlichen Aufwendungen insbesondere für Dienstleistungen für den Haushalt (+5,4 Prozent) und Wohnungsreparaturen einschl. Klempnerarbeiten (+4,9 Prozent) belastet.

Stabilisierend wirkte sich die mit +2,8 Prozent unterdurchschnittliche Preisentwicklung in der zweitwichtigsten Hauptgruppe „Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren“ aus. Hier wurden Obst und Obsterzeugnisse (+7,2 Prozent) sowie Kartoffeln und Gemüse (+4,9 Prozent) wegen witterungsbedingter ungünstiger Ernteerträge spürbar teurer; darüber hinaus mußte – neben kräftigen Preisaufschlägen für Speisen und Getränke in Gaststätten und Kantinen um 4,3 Prozent – vor allem für Brot und andere Backwaren (+4,8 Prozent) deutlich mehr bezahlt werden als vor Jahresfrist. Billiger wurden dagegen u. a. Kaffee (–3,3 Prozent) und Butter (–0,9 Prozent). Die Preise für „Bekleidung, Schuhe“ zogen um 2,5 Prozent an, und ein Preisplus von 2,4 Prozent war bei „Gütern für die Gesundheits- und Körperpflege“ zu verzeichnen (u. a. Friseurleistungen: +4,7 Prozent, Dienstleistungen der Krankenhäuser: +3,9 Prozent). Insgesamt am verbraucherfreundlichsten entwickelten sich die Indizes „Güter für die persönliche Ausstattung, Dienstleistungen des Beherbergungsgewerbes sowie Güter sonstiger Art“ (+2,3 Prozent) und „Güter für Bildung, Unterhaltung, Freizeit“ (+2,2 Prozent).

**Veränderung der Preise in den Gütergruppen
jeweils gegenüber dem Vorjahr**



1) u. a. Getränke, Tabakwaren; Bekleidung, Schuhe; Möbel, Haushaltsgeräte; Verbrauchs- und Gebrauchsgüter für die Gesundheits- und Körperpflege; Güter für Verkehr und Nachrichtenübermittlung (ohne Kraftstoffe, ohne Dienstleistungen); Bildung, Unterhaltung, Freizeit; Artikel für die persönliche Ausstattung.



Innerdeutscher Warenverkehr

Zwischen Nordrhein-Westfalen und den neuen Ländern wurden in den ersten elf Monaten des Jahres 1991 Wa-

ren im Wert von 12,38 Milliarden DM gehandelt. Dabei stieg der Wert der Lieferungen in die neuen Bundesländer gegenüber dem gleichen Zeitraum des Jahres 1990 auf weit mehr als das

Doppelte (+141,2 Prozent auf 10,28 Mrd. DM), während der Wert der Bezüge von dort um 11,2 Prozent auf 2,10 Mrd. DM abnahm.

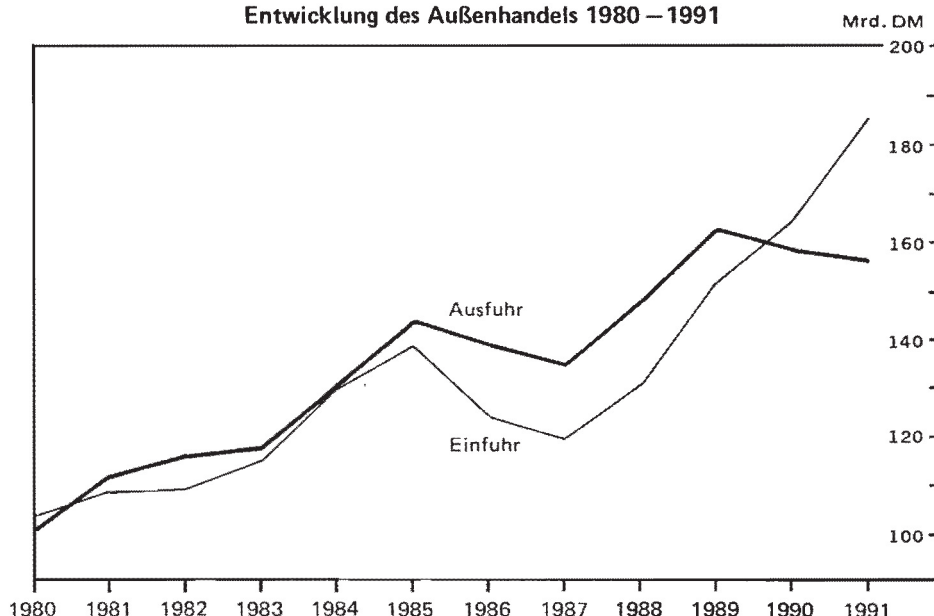
Bei den NRW-Lieferungen waren die Zuwachsraten am höchsten bei Investitionsgütern (+216,2 Prozent auf 4,63 Mrd. DM). Es folgten Verbrauchsgüter (+182,1 Prozent auf 1,45 Mrd. DM), landwirtschaftliche Erzeugnisse und Produkte des Nahrungs- und Genußmittelgewerbes (+139,8 Prozent auf 1,53 Mrd. DM) sowie Grundstoffe und Produktionsgüter (+92,7 % auf 2,42 Mrd. DM). Die Lieferungen von bergbaulichen Erzeugnissen stiegen um +80,1 Prozent auf 163,2 Mill. DM.

Bei den Bezügen aus den ostdeutschen Ländern gab es Zuwächse bei landwirtschaftlichen Erzeugnissen und Produkten des Nahrungs- und Genußmittelgewerbes (+117,7 Prozent auf 208,8 Mill. DM). Rückläufig war die Entwicklung bei Grundstoffen und Produktionsgütern (-11,9 Prozent auf 1,18 Mrd. DM), Investitionsgütern (-16,0 Prozent auf 331,5 Mill. DM) und Verbrauchsgütern (-28,0 Prozent auf 346,4 Mill. DM).

Außenhandel

Das Volumen des nordrhein-westfälischen Außenhandels erreichte nach vorläufigen Berechnungen 341,7 Mrd. DM und übertraf damit das Rekordergebnis von 1990 nochmals um 18,4 Mrd. DM oder 5,7 Prozent. Dabei war der Wert der Einfuhren, die um 12,4 Prozent auf 185,2 Mrd. DM zunahmen, größer als jener der Ausfuhren, die um 1,3 Prozent auf 156,4 Mrd. DM zurückgingen. Ursache dieser Entwicklung war die weltweite Rezession einerseits und die hohe Binnennachfrage andererseits; viele Unternehmen erweiterten – bei voll ausgelasteten Kapazitäten – ihr Inlandsangebot auch zur Deckung der Nachfrage aus Ostdeutschland.

Entwicklung des Außenhandels 1980 – 1991



Auch 1991 blieb Nordrhein-Westfalen mit rund 24 Prozent aller deutschen Ausfuhren das exportstärkste Bundesland; bei den Importen hielt es sogar einen Anteil von 28 Prozent.

Fast die Hälfte der NRW-Exporte (46,4 Prozent) bestritt die Investitionsgüterindustrie. Mit einem Minus von 3,4 Prozent (auf 72,6 Mrd. DM) war dieser Bereich jedoch am stärksten von der weltweiten Rezession betroffen: So sanken die Auslandserlöse für Straßenfahrzeuge um 8,8 Prozent auf 19,4 Mrd. DM und für Maschinenbauerzeugnisse um 3,6 Prozent auf 27,6 Mrd. DM; bei elektrotechnischen Erzeugnissen konnte dagegen der Vorjahreswert von 11,5 Mrd. DM wieder erreicht werden.

Einbußen waren auch bei Erzeugnissen des Grundstoff- und Produktionsgütergewerbes zu verzeichnen, deren Exportwert mit 54,5 Mrd. DM um 1,2 Prozent niedriger als 1990 lag. Dabei gingen die Ausfuhren von Eisen und Stahl um 3,7 Prozent auf 12,2 Mrd. DM und

von Nichteisen-Metallen und -Metallhalbzeugen um 2,5 Prozent auf 4,8 Mrd. DM zurück. Die chemische Industrie dagegen konnte sich um 0,9 Prozent auf 29,7 Mrd. DM verbessern; mit fast einem Fünftel aller NRW-Ausfuhren blieb sie die wichtigste Exportbranche Nordrhein-Westfalens. Die Exporteure von Verbrauchsgütern konnten ihre Position am Weltmarkt um 1,9 Prozent auf 19,4 Mrd. DM verbessern, und die Ausfuhr von Erzeugnissen des Ernährungsgewerbes stieg um 13,6 Prozent auf 4,8 Mrd. DM.

Wichtigster Ausfuhrmarkt war auch im letzten Jahr der Bereich der Europäischen Gemeinschaft, deren Länder zusammen 59,3 Prozent der NRW-Exporte aufnahmen. Dabei konnten auf den Märkten Portugals (+20,8 Prozent), Spaniens (+4,4 Prozent) und der Niederlande (+4,2 Prozent) mehr Waren abgesetzt werden, während die Lieferungen in die anderen EG-Länder rückläufig waren. Die Länder der Europäischen Freihandelszone (EFTA) blieben mit einem Anteil von 13,6 Prozent zwar

Ausfuhr in die EG- und EFTA-Länder 1991*)		
Ausfuhr in die ... / nach ...	Ausfuhr 1991	Veränderung 1991 gegenüber 1990
	Mrd. DM	%
EG-Länder	92,8	- 0,2
Belgien und Luxemburg	18,8	- 1,0
Dänemark	2,7	- 5,0
Frankreich	17,0	- 1,0
Griechenland	1,2	- 8,0
Großbritannien	13,3	- 5,4
Irland	0,8	- 1,4
Italien	12,7	- 1,2
Niederlande	18,5	+ 4,2
Portugal	1,8	+20,8
Spanien	6,0	+ 4,4
EFTA-Länder	21,3	- 4,1
Finnland	1,5	-21,4
Island	0,1	+10,0
Norwegen	1,2	- 6,4
Österreich	7,6	+ 5,4
Schweden	3,6	-14,1
Schweiz	7,3	- 2,9

*) vorläufige Ergebnisse

zweitgrößte Abnehmergruppe, doch gingen die Exporte in diese Staaten um 4,1 Prozent auf 21,3 Mrd. DM zurück.

Auch im Handel mit den anderen Industrieländern machten sich die dort rückläufigen Konjunkturen bemerkbar: Die Ausfuhren in die USA sanken um 7,3 Prozent auf 9,1 Mrd. DM, und die Exporte nach Japan, die vor Jahresfrist noch um 6,4 Prozent gestiegen waren, verringerten sich um 4,8 Prozent auf 2,2 Mrd. DM.

Infolge der Devisenknappheit und der Umgestaltung der Wirtschaftssysteme orderten die osteuropäischen Länder zusammen 6,1 Prozent weniger Waren. Mit knapp 2,3 Mrd. DM blieb der Bereich der ehemaligen Sowjetunion zwar Nordrhein-Westfalens bedeutendster Abnehmer im osteuropäischen Raum, jedoch sank der Wert der Exporte nach dort um 27,7 Prozent. Zuwächse gab es dagegen im Handel mit Polen (+43,4 Prozent), der Tschechoslowakei (+4,1 Prozent) und Ungarn (+3,0 Prozent).

Die Lieferungen in die Entwicklungsländer erhöhten sich um 5,4 Prozent auf 17,3 Mrd. DM. Der Hauptimpuls ging hierbei von den asiatischen Schwellenländern (Hongkong, Singapur, Südkorea, Taiwan) aus, die 15,7 Prozent mehr Waren bezogen. Die Ausfuhren in die OPEC-Staaten stiegen um 6,0 Prozent auf 5,1 Mrd. DM.

Von der Zunahme der NRW-Einfuhren um 12,4 Prozent profitierten insbesondere die Länder der Europäischen Gemeinschaft; 60,5 Prozent der Importe stammten aus den EG-Mitgliedsländern, 9,2 Prozent aus den EFTA-Ländern, 6,5 Prozent aus Japan und 4,3 Prozent aus den USA.

In der Struktur der Importe ergaben sich im Vergleich zu 1990 teils deutliche Verschiebungen: Vom gesamten Einfuhrwert entfielen 35,0 Prozent auf Investitionsgüter (Vorjahr: 32,7 Prozent), 28,0 Prozent auf Grundstoffe und Produktionsgüter (30,5 Prozent) und 19,3 Prozent auf Verbrauchsgüter (18,3 Prozent). Produkte des Ernährungsgewerbes und bergbauliche Erzeugnisse waren wie im Vorjahr mit Anteilen zwischen 6 und 7 Prozent an den Einfuhren beteiligt.

An- und Abmeldungen von Gewerbebetrieben, Insolvenzen

Die Bereitschaft zur Existenzgründung war in Nordrhein-Westfalen auch 1991 sehr lebhaft. So wurden in den ersten elf Monaten des Jahres 120 813 Gewerbebetriebe angemeldet (Januar bis November 1990: 117 375). Abgemeldet wurden im gleichen Zeitraum 92 722 Betriebe (1990: 88 643). Die Zahl der Anmeldungen übertraf diejenige der Abmeldungen um 28 091, womit sich der Saldo gegenüber dem Vorjahr kaum veränderte.

Auch im Rückblick auf das letzte Jahrzehnt zeigt das Geschehen bei den Gewerbeanmeldungen ein sehr positives Bild. Von 1981 bis 1990 waren 1,1 Mill. Gewerbeanmeldungen zu verzeichnen, denen 920 000 Abmeldungen gegenüberstanden. Damit ergab sich per Saldo ein Plus von mehr als 190 000. Hierzu trugen vor allem die Sektoren „Dienstleistungen, Bau und übrige Bereiche“ sowie „Handel“ bei, die zusammengenommen rund 950 000 Gewerbeanmeldungen auf sich vereinigten.

Die Zahl der bei den Amtsgerichten gestellten Anträge auf Eröffnung eines Konkurs- oder Vergleichsverfahrens erreichte 1991 mit 3 617 Fällen den niedrigsten Stand seit zehn Jahren. Der Rückgang gegenüber dem Ergebnis des Jahres 1990 betrug 1 Prozent. Bei den Unternehmen, auf die rund sieben Zehntel aller Insolvenzen entfielen, wurde ein Anstieg um 1,5 Prozent auf 2 558 Fälle registriert; bei den übrigen Gemeinschuldnern (hauptsächlich Privatpersonen und Nachlässe) war ein deutlicher Rückgang um 6,5 Prozent auf 1 059 zu verzeichnen.

Bis auf zehn Ausnahmen war bei den in Zahlungsschwierigkeiten geratenen Gemeinschuldnern die Überschuldung bzw. Illiquidität so groß, daß nur noch

Anträge auf Eröffnung von Konkursverfahren gestellt werden konnten, von denen zudem sieben Zehntel wegen zu geringer Konkursmasse abgelehnt werden mußten. Die angemeldeten Forderungen der Konkursgläubiger beliefen sich nach vorläufigen Angaben auf 2,3 Mrd. DM, womit der finanzielle Schaden – hauptsächlich beeinflusst durch einen Einzelfall – um rd. 628 Mill. DM höher als im Vorjahr ausfiel.

Der insgesamt leichte Anstieg bei den Unternehmensinsolvenzen wurde maßgeblich durch die Entwicklung in der Baubranche und im Bereich der Land- und Forstwirtschaft bestimmt, wo die Zahl der Zusammenbrüche mit 527 bzw. 57 um 6,5 Prozent bzw. um 39,0 Prozent höher war als im Vorjahr. Auch im Handel war eine Zunahme zu verzeichnen, und zwar um 2,7 Prozent auf 686 Fälle. Weniger Insolvenzen wurden dagegen im Bereich Verkehr und Nachrichtenübermittlung (–8,1 Prozent auf 124), im Dienstleistungsgewerbe einschl. freier Berufe (–2,8 Prozent auf 691) und im Verarbeitenden Gewerbe (–0,7 Prozent auf 442) gezählt.

Auf 10 000 bestehende Unternehmen kamen im Durchschnitt aller Wirtschaftsbereiche 47 insolvente Firmen. Doppelt so hoch war die Quote im Baugewerbe (93). Im Verarbeitenden Gewerbe lag sie bei 61, im Handel bei 43 und im Dienstleistungsgewerbe bei 31.

Bei sechs von zehn insolventen Unternehmen handelte es sich um Gesellschaften mit beschränkter Haftung. Je 10 000 GmbHs ergab sich eine Insolvenzquote von 130. Erheblich niedriger lag der entsprechende Wert bei den Personengesellschaften (30) und bei den Einzelunternehmen (21).

Gewerbean- und -abmeldungen 1981 – 1991 nach Wirtschaftsbereichen – Kumulierte Werte

Wirtschaftsbereich	Gewerbe-		Saldo
	anmeldungen	abmeldungen	
1981 bis 1990			
Industrie	57 594	41 631	+ 15 963
Handwerk	104 205	103 927	+ 278
Handel	447 111	368 906	+ 78 205
Dienstleistungen, Bau und übrige Bereiche	502 917	405 590	+ 97 327
Insgesamt	1 111 827	920 054	+191 773
Januar bis November 1991			
Industrie	7 141	4 589	+ 2 552
Handwerk	10 382	9 903	+ 479
Handel	45 344	35 933	+ 9 411
Dienstleistungen, Bau und übrige Bereiche	57 946	42 297	+ 15 649
Insgesamt	120 813	92 722	+ 28 091

Industrie, Handwerk, Energieversorgung

Die nordrhein-westfälische Industrie³⁾ konnte für das Jahr 1991 eine insgesamt positive Bilanz ziehen: Trotz deutlich nachgebender Auslandsnachfrage und allmählicher Abschwächungstendenzen auf dem heimischen Markt, die in der zweiten Jahreshälfte unübersehbar wurden, konnte in vielen Bereichen das oftmals außergewöhnlich hohe Vorjahresniveau wieder erreicht oder sogar überschritten werden.

Die Produktion war um 2 Prozent höher als 1990 und um 19 Prozent höher als vor 10 Jahren. Besonders gut schnitt auch 1991 das Nahrungs- und Genussmittelgewerbe ab, das auch infolge der

guten Absatzchancen in den neuen Bundesländern ein Produktionsplus von 6 Prozent verbuchen konnte. Im Verbrauchsgütersektor, dessen Güterausstoß um 5 Prozent zunahm, verzeichneten besonders die Bereiche Druckerei und Vervielfältigung (+8 Prozent), Kunststoffwarenherstellung (+8 Prozent) und Holzverarbeitung (+9 Prozent) kräftige Produktionssteigerungen. Rückgänge zeigten sich, wie schon im Vorjahr, bei der Herstellung von Schuhen (–3 Prozent) und in der Ledererzeugung (–12 Prozent).

Obwohl das schwächer gewordene Auslandsgeschäft die Entwicklung in den exportorientierten Branchen der Investitionsgüterindustrie beeinflusste, wurde in diesem Sektor 2 Prozent mehr produziert als im Jahr zuvor. Abnahmen ergaben sich allerdings in zwei der wichtigsten Branchen, dem Maschinenbau und dem Straßenfahrzeugbau

3) Die Angaben beziehen sich auf Betriebe von Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes (einschl. des Verarbeitenden Handwerks) und des Bergbaus mit im allgemeinen mindestens 20 Beschäftigten.

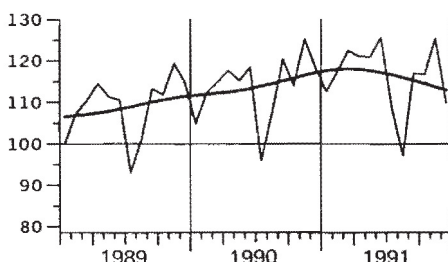
(jeweils -1 Prozent). Demgegenüber verzeichneten die Bereiche Elektrotechnik (+6 Prozent), Herstellung von Eisen-, Blech- und Metallwaren (+7 Prozent) sowie Feinmechanik und Optik (+5 Prozent) deutliche Zuwächse. Auch der Bereich „Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen“ hat sich 1991 nach den Einbrüchen in den beiden Jahren zuvor wieder erholt (+8 Prozent).

Im Grundstoff- und Produktionsgütersektor wurde 1 Prozent mehr erzeugt als 1990. Die wichtigste Branche dieses Bereiches, die chemische Industrie, konnte dabei mit +3 Prozent die Produktion vergleichsweise noch etwas stärker ausweiten, ebenso die Zellstoff-, Holzschliff-, Papier- und Papperzeugung (+2 Prozent). In anderen wichtigen Branchen des Sektors zeigte der Vorjahresvergleich jedoch nur ein geringfügiges Plus, wie z. B. in der eisenschaffenden Industrie (+1 Prozent), oder wies sogar ein Minus aus, wie bei der Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden, der Mineralölverarbeitung (jeweils -1 Prozent) sowie den Ziehereien und Kaltwalzwerken (-3 Prozent). Stärker noch wurde die Erzeugung der Eisen-, Stahl- und Tempergießereien reduziert (-6 Prozent). Im Bergbau nahm die Förderung auch im vergangenen Jahr weiter ab (-4 Prozent; Steinkohle -6 Prozent, Braunkohle +4 Prozent).

Der Umsatz der nordrhein-westfälischen Industrie überschritt 1991 erstmals die Halbe-Billion-Marke: Mit 518 Mrd. DM wurde 5 Prozent mehr als im Vorjahr umgesetzt und rund zwei Fünftel mehr als vor zehn Jahren. Die Inlandsumsätze stiegen dabei gegenüber 1990 um 8 Prozent auf 384 Mrd. DM. Die Auslandsumsätze gingen dagegen spürbar zurück (-4 Prozent auf 134 Mrd. DM); die Exportquote sank entsprechend von 28 Prozent auf 26 Prozent. Die größten prozentualen Umsatzsteigerungen errech-

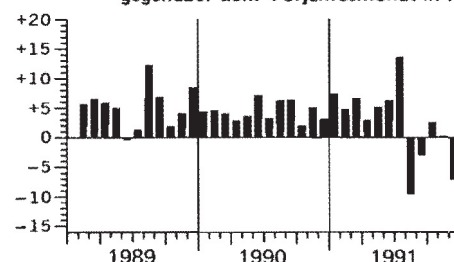
Index der Nettoproduktion im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe

1985 = 100



— Ursprungswerte
— bereinigt von Zufälligkeiten und saisonalen Einflüssen

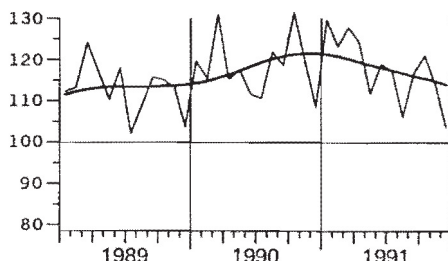
Veränderungsraten der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahresmonat in %



Index des preisbereinigten Auftragseingangs im Verarbeitenden Gewerbe

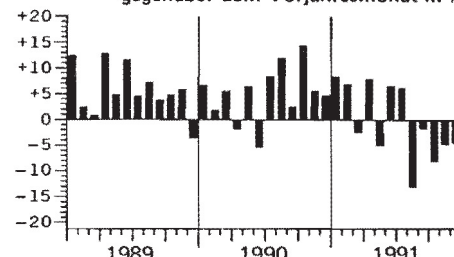
(ohne Nahrungs- und Genußmittelgewerbe)

1985 = 100



— Ursprungswerte
— bereinigt von Zufälligkeiten und saisonalen Einflüssen

Veränderungsrate der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahresmonat in %



neten sich – analog der Produktionsentwicklung – mit +7 Prozent für den Verbrauchsgütersektor und sogar +10 Prozent für den Nahrungs- und Genußmittelbereich, wo Erlöse in Höhe von 80 Mrd. DM bzw. 46 Mrd. DM erzielt wurden. Umsatzstärkster Sektor blieb das Investitionsgüter produzierende Gewerbe (206 Mrd. DM, +8 Prozent). Der Grundstoff- und Produktionsgüterbereich setzte 166 Mrd. DM um (-1 Prozent) und der Bergbau 21 Mrd. DM (+5 Prozent).

Auch 1991 konnte die nordrhein-westfälische Industrie den Arbeitsmarkt weiter entlasten. Im Monatsdurch-

schnitt waren in den 11 900 Industriebetrieben mehr als 2 Millionen Menschen beschäftigt, 14 000 oder 1 Prozent mehr als im Vorjahr. Den größten Zuwachs an Arbeitskräften verzeichnete mit +14 800 das Investitionsgüter produzierende Gewerbe, gefolgt vom Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbe mit +7 000 und dem Nahrungs- und Genußmittelbereich mit +6 900. Personaleinsparungen gab es dagegen im Grundstoff- und Produktionsgütersektor (-8 400) sowie im Bergbau (-6 400).

Der Index des Auftragseingangs im Verarbeitenden Gewerbe⁴⁾, der als kurzfristiger Konjunkturindikator in der ersten Jahreshälfte 1991 noch eine lebhaftige Nachfrage belegte, ließ in der zweiten Jahreshälfte das Ende des bisherigen Nachfragebooms erkennen: Das Auftragsvolumen blieb im Jahresdurchschnitt um 1 Prozent hinter dem Vorjahreswert zurück. Dies resultierte aus Einbrüchen im Auslandsgeschäft (-7 Prozent), die Binnennachfrage nahm demgegenüber nochmals zu (+3 Prozent). Im Laufe der letzten zehn Jahre hat sich das Bestellvolumen des nordrhein-westfälischen Verarbeitenden Gewerbes real um etwa ein Fünftel ausgedehnt.

Die verringerte Auslandsnachfrage bekam vor allem das Investitionsgüter produzierende Gewerbe zu spüren, das im Exportgeschäft einen Rückgang um 10 Prozent hinnehmen mußte. Da hier die Inlandsnachfrage um 4 Prozent anzog, ergab sich insgesamt gegenüber dem Vorjahr nur ein leichtes Minus von 1 Prozent. Größere Abnahmen meldeten der Straßenfahrzeugbau (-5 Prozent), der allerdings im Jahr zuvor zweistellige Zuwachsraten verzeichnet hatte, sowie wiederum der Maschinenbau (-8 Prozent). Nach wie vor positiv entwickelte sich die Bestellfähigkeit im Bereich der Herstellung von Eisen-, Blech- und Metallwaren (+6 Prozent) sowie in der Elektrotechnik (+4 Prozent). Die Hersteller von Büromaschinen sowie Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen registrierten eine beachtliche Nachfragesteigerung um 13 Prozent.

Das Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe (-2 Prozent) verzeichnete bei reduziertem Auslandsgeschäft (-4 Prozent) eine stagnierende Inlandsnachfrage (± 0 Prozent). Hier meldeten zwar bedeutende Branchen wie die chemi-

sche Industrie (+1 Prozent) und die Papier- und Pappeerzeugung (+2 Prozent) noch Zuwächse, doch registrierten die Ziehereien und Kaltwalzwerke (-5 Prozent), die eisenschaffende Industrie (-6 Prozent) und die Eisen-, Stahl- und Tempergießereien (-13 Prozent) eine deutlich nachlassende Ordertätigkeit.

Im Verbrauchsgütersektor gingen auch 1991 mehr Aufträge ein als im Jahr zuvor (+2 Prozent). Zwar ließ auch hier die Auslandsnachfrage (-5 Prozent) spürbar nach, diese Entwicklung konnte aber durch ein Mehr an Inlandsbestellungen (+5 Prozent) überkompen-

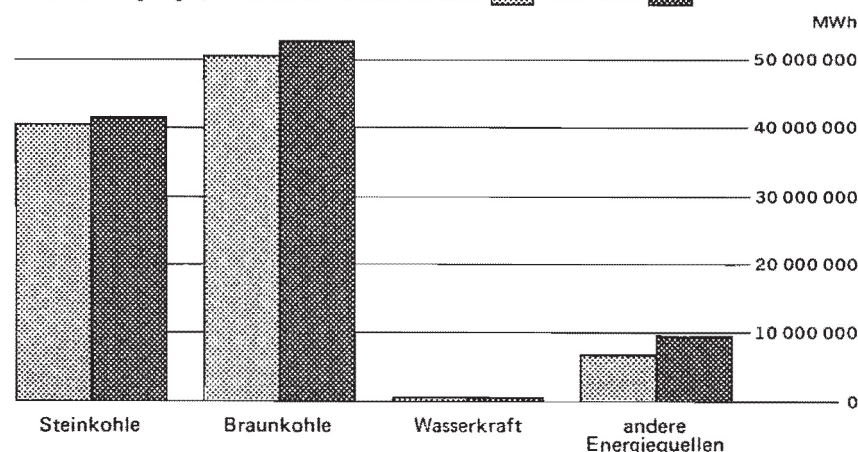
siert werden. Besonders gefragt waren Produkte der Kunststoffwarenhersteller (+8 Prozent) und Erzeugnisse der Feinkeramik (+7 Prozent).

Das nordrhein-westfälische Handwerk konnte insgesamt auf ein gutes Geschäftsjahr 1991 zurückblicken. Der Umsatz war nominal um 11,6 Prozent höher als 1990, und die Zahl der Beschäftigten stieg um 2,2 Prozent. Wie die Übersicht zeigt, konnten alle Gewerbezweige einen Umsatzzuwachs und – mit Ausnahme des Bekleidungs-, Textil- und Ledergewerbes – auch einen Anstieg der Beschäftigtenzahl verbuchen.

Beschäftigten- und Umsatzentwicklung im Handwerk 1990/1991 nach Gewerbegruppen

Gewerbegruppe	Beschäftigte	Umsatz
	Veränderung 1991 gegenüber 1990 in %	
Bau- und Ausbaugewerbe	+3,1	+10,4
Metallgewerbe	+3,7	+16,9
Holzgewerbe	+2,5	+ 8,9
Bekleidungs-, Textil- und Ledergewerbe	-0,9	+ 5,7
Nahrungsmittelgewerbe	+1,5	+ 3,1
Gewerbe für Gesundheits- und Körperpflege sowie chemisches und Reinigungsgewerbe	+0,1	+11,2
Glas-, Papier-, keramisches und sonstiges Gewerbe	+3,4	+ 0,6
Handwerk insgesamt	+2,2	+11,6

Stromerzeugung jeweils im 1. – 3. Quartal 1990 und 1991



4) Für das Nahrungs- und Genußmittelgewerbe werden die Auftragseingänge nicht ermittelt.

Die nordrhein-westfälischen Kraftwerke der öffentlichen Stromversorgung erzeugten in den ersten drei Quartalen des Jahres 1991 104,3 Milliarden Kilowattstunden (kWh) Strom; das waren 5,8 Prozent mehr als im vergleichbaren Zeitraum des Vorjahres. Mehr als die Hälfte (50,8 Prozent) der Stromerzeugung entfiel auf die Braunkohlekraftwerke; Steinkohlekraftwerke waren zu 39,5 Prozent, Wasserkraftwerke zu 0,4 Prozent und Kraftwerke mit anderen Energiequellen (Öl, Gas, Müll und Kernkraft) zu 9,3 Prozent beteiligt. Einen Anstieg der Stromerzeugung meldeten Steinkohlekraftwerke (+1,9 Prozent), Braunkohlekraftwerke (+4,6 Prozent) und vor allem Kraftwerke mit anderen Energiequellen (+38,1 Prozent), während Wasserkraftwerke (-9,8 Prozent) weniger Elektrizität produzierten.

Die nordrhein-westfälischen Ferngasunternehmen setzten in den ersten elf Monaten 1991 22,7 Mrd. m³ Gas ab, 5,5 Prozent mehr als im gleichen Zeitraum 1990. Umgerechnet in Kilowattstunden entspricht dies einem Wert von 221,9 Mrd. kWh (1990: 210,3 Mrd. kWh).

Auftragseingänge in der Industrie im Februar 1992

Im Februar 1992 waren die Auftragseingänge der nordrhein-westfälischen Industrie um 3 % höher als ein Jahr zuvor. Dabei nahmen die Bestellungen aus dem Inland und dem Ausland in gleichem Maße zu. Am stärksten war der Anstieg mit +5 % in der Investitionsgüterbranche, wo die Auslandsbestellungen mit +9 % noch stärker stiegen als die Inlandsorders (+4 %).

Im Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbe stieg die Nachfrage um 2 % (Inland +2 %, Ausland +3 %). Im Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe ergab sich insgesamt keine Veränderung; hier gingen zwar die Auslandsaufträge um 2 % zurück, doch erhöhten sich die Inlandsbestellungen um 1 %.

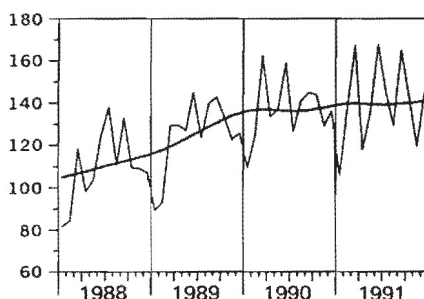
Bauwirtschaft und Wohnungswesen

Die dynamische Nachfrage-Entwicklung, die die Situation im nordrhein-westfälischen Bauhauptgewerbe in den letzten Jahren gekennzeichnet hatte (1988: +10,5 Prozent; 1989: +14,0 Prozent; 1990: +9,7 Prozent), setzte sich 1991 abgeschwächt fort: Der Index der Auftragseingänge stieg gegenüber dem zuvor erreichten hohen Niveau nochmals um 1,9 Prozent, wobei ein leichtes Minus im Hochbau (-0,6 Prozent) durch einen Anstieg im Tiefbau (+5,3 Prozent) kompensiert wurde.

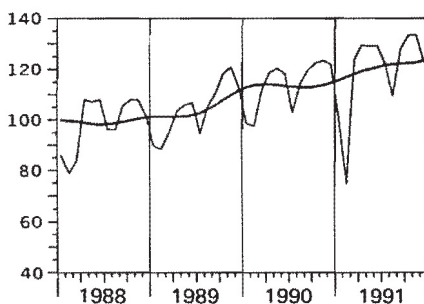
Während die Nachfrage im gewerblichen und industriellen Hochbau um 5,0 Prozent niedriger war als 1990, zeigten

der öffentliche Hochbau (+4,9 Prozent) und der Wohnungsbau (+6,8 Prozent) positive Tendenzen. Trotz des hohen Zinsniveaus sowie der gestiegenen Bauland- und Baupreise ging vom Wohnungsbau weiterhin eine stabilisierende Wirkung auf den gesamten Hochbau aus – wenn auch die Zuwachsraten nicht annähernd so hoch ausfiel wie 1990 (+18,8 Prozent). Innerhalb des Tiefbaus gingen die Auftrags-eingänge im Straßenbau um 14,7 Prozent zurück; sie lagen damit aber nur geringfügig unter dem Niveau des Jahres 1989. Hierbei ist zu berücksichtigen, daß die Auftragslage im Jahre 1990 durch mehrere Großprojekte im Raum Düsseldorf gekennzeichnet war. Im gewerblichen und industriellen Tiefbau war, nach dem Verharren der Ordertätigkeit im Jahr 1990, ein Anstieg um 6,0

Auftragseingang im Bauhauptgewerbe
1985 = 100

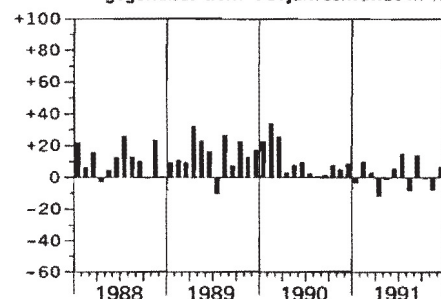


Nettoproduktion des Bauhauptgewerbes
1985 = 100

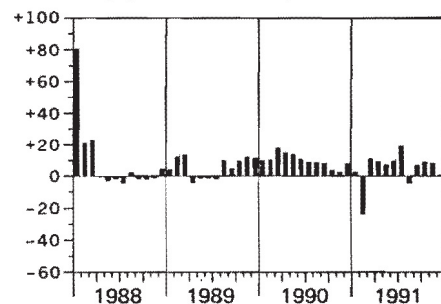


— Ursprungswerte
— bereinigt von Zufälligkeiten und saisonalen Einflüssen

Veränderungsrate der Ursprungswerte
gegenüber dem Vorjahresmonat in %



Veränderungsrate der Ursprungswerte
gegenüber dem Vorjahresmonat in %



Prozent festzustellen. Im sonstigen öffentlichen Tiefbau ließen mehrere Großaufträge, wie der Ausbau von S-Bahn- und U-Bahn-Strecken, die Nachfrage um 23,7 Prozent ansteigen, wodurch der Nachfrageausfall im Straßenbau annähernd ausgeglichen werden konnte.

Die Produktion des nordrhein-westfälischen Bauhauptgewerbes war 1991 um 4,8 Prozent höher als ein Jahr zuvor. Dabei konnten witterungsbedingte Produktionsausfälle im Februar im späteren Jahresverlauf voll ausgeglichen werden; die Zuwachsrate des Vorjahres (1990: +9,4 Prozent) wurde infolge der abflachenden Nachfrageentwicklung allerdings nicht erreicht. Im Hochbau fiel der Anstieg mit +8,3 Prozent deutlich höher aus als im Tiefbau (+1,6 Prozent).

Mit Ausnahme des Straßenbaus, wo das Vorjahresergebnis knapp verfehlt wurde (-0,6 Prozent), verbuchten alle Bausparten positive Zuwachsraten. So stieg die Produktion im gewerblichen und industriellen Tiefbau um 3,0 Prozent und im sonstigen öffentlichen Tiefbau um 1,7 Prozent. Im Hochbau wurde der Anstieg wesentlich getragen durch die deutliche Erhöhung im Wohnungsbau (+11,0 Prozent) und die weitere Ausweitung im gewerblichen und industriellen Hochbau (+8,3 Prozent). Der öffentliche Hochbau erzielte ein Plus von 2,0 Prozent.

Mitte 1991 waren in den 15 682 Betrieben des Bauhauptgewerbes 241 746 Personen beschäftigt, rd. 2 300 oder 1,0 Prozent mehr als ein Jahr zuvor. Damit wurde das Niveau von 1985 (235 562) deutlich übertroffen, doch liegt die Beschäftigtenzahl um etwa ein Fünftel niedriger als Anfang der 80er Jahre. Der von den Betrieben erwirtschaftete Umsatz war mit 33,5 Mrd. DM nominal um 3,5 Prozent höher als 1990; real, d. h. unter Berücksichtigung der gestiegenen Preise, war ein Minus von 2,5 Prozent zu verzeichnen.

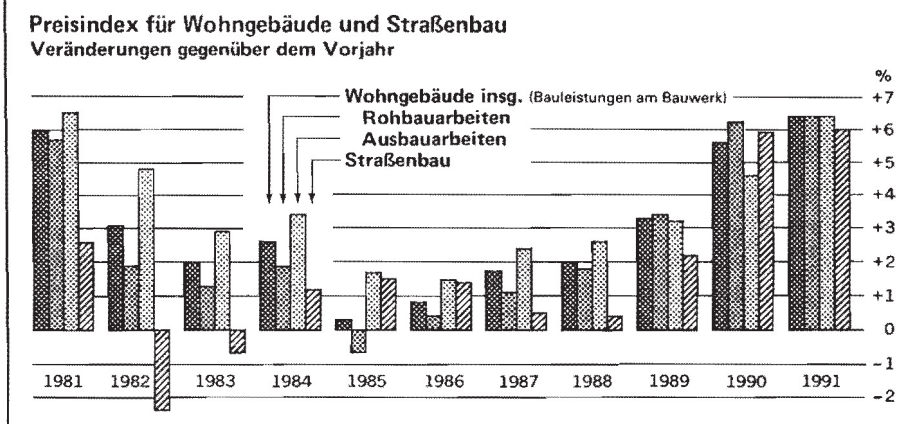
Das nordrhein-westfälische Ausbaugewerbe⁵⁾ zeigte weiterhin eine erfreuliche Entwicklung: Mit seinen zum Jahresende knapp 53 000 Beschäftigten (gegenüber Dezember 1990: +2,3 Prozent) erzielte dieser Bereich einen Gesamtumsatz in Höhe von 7,4 Mrd. DM; real bedeutet dies einen Anstieg um 10,5 Prozent. Die positive Tendenz im Wohnungsbau läßt auch für die kommenden Jahre Steigerungen erwarten.

Die Zahl der Baugenehmigungen im Wohnungsbau lag 1991 erneut über dem Vergleichsergebnis des Vorjahres. Insgesamt wurden Genehmigungen für 78 909 Wohnungen erteilt, 4,9 Prozent mehr als vor Jahresfrist. 71 397 davon betrafen Neubauvorhaben. Der Trend zum Geschößwohnungsbau setzte sich weiter fort: Während im Eigenheimbau ein Rückgang zu verzeichnen war (-12,4 Prozent bei Einfamilienhäusern und -6,9 Prozent bei Zweifamilienhäusern), konnte bei Wohnungen in größeren Gebäuden eine Zunahme um fast ein Fünftel (+18,5 Prozent) festgestellt werden und bei Wohnungen in „Nichtwohngebäuden“⁶⁾ eine Abnahme um 4,0 Prozent. Durch Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden sollen per Saldo 7 512 Wohnungen (+10,1 Prozent) entstehen.

Der seit 1987 beobachtete beständige Aufwärtstrend im Nichtwohnbau setzte sich nicht fort: 1991 wurden 0,2 Prozent weniger Bauvorhaben mit 5,2 Prozent weniger Rauminhalt und um 6,2 Prozent geringerer Nutzfläche als vor Jahresfrist genehmigt. Die dafür veranschlagten Baukosten betrugen 7,1 Mrd. DM (-4,2 Prozent).

Die Entwicklung bei den Baufertigstellungen läßt auf eine deutliche Zunahme beim Jahresergebnis 1991 schließen. Bis Ende November wurde die Fertigstellung von 32 892 Wohnungen gemeldet, 28,5 Prozent mehr als im vergleichbaren Zeitraum des Vorjahres. Für das gesamte Jahr 1991 kann ein Resultat von gut 63 000 Wohnungen erwartet werden, womit das 1990er Ergebnis um ein Fünftel übertroffen werden dürfte.

Die Situation auf dem Baumarkt war 1991 von einem Preisschub gekennzeichnet, wie er seit mehr als einem Jahrzehnt nicht mehr zu beobachten gewesen war: Der Baupreisindex für konventionell gefertigte Wohngebäude⁷⁾ stieg gegenüber 1990 um 6,5 Prozent, nach +5,6 Prozent im Jahr zuvor. Dabei verteuerten sich 1991 Rohbau- und Ausbauarbeiten gleichmäßig – anders als in den beiden vorangegangenen



5) Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten

6) Nichtwohngebäude sind Gebäude, die überwiegend nicht Wohnzwecken dienen.

7) Bauleistungen am Bauwerk; nicht dazu gehören u. a. Baunebenleistungen und Außenanlagen.

nen Jahren, in denen Preisaufschläge im Rohbaubereich deutlich überwogen hatten. In den letzten zehn Jahren hat sich das Bauen um fast ein Drittel (1991/81: +31,5 Prozent) und damit erheblich stärker als die gesamte Lebenshaltung (+24,1 Prozent) verteuert. Noch stärker als die Baupreise kletterten allerdings die Wohnungsmieten (+33,0 Prozent) und die Stundenlöhne der Bauarbeiter⁸⁾ (+45,0 Prozent). – Im Straßenbau stiegen die Preise um 6,0 Prozent (1990/89: +5,9 Prozent; 1991/81: +16,9 Prozent).

Zum Jahresanfang 1991 wurde ein Bestand von 7,308 Mill. Wohnungen mit 31,3 Mill. Wohnräumen (einschl. Küchen) errechnet (Fortschreibung auf Basis der Volkszählung 1987). Jedem Einwohner standen durchschnittlich 34,6 m² Wohnfläche zur Verfügung, und rein rechnerisch teilten sich 2,37 Einwohner eine Wohnung. Vom Wohnungsbestand entfielen 1,727 Mill. Wohnungen auf Einfamilienhäuser, 1,296 Mill. auf Zweifamilienhäuser und 4,169 Mill. auf Mehrfamilienhäuser. 116 350 Wohnungen lagen in Nichtwohngebäuden (z. B. Hausmeisterwohnungen in Schul- oder Verwaltungsgebäuden). Hinsichtlich der Wohnungsgröße schnitten die Einfamilienhäuser am besten ab (im Mittel 118,0 m² Wohnfläche), gefolgt von den Wohnungen in Nichtwohngebäuden (88,8 m²) sowie in Zwei- (83,8 m²) und Mehrfamilienhäusern (66,5 m²). – Bis Ende 1991 dürfte sich der Bestand auf etwas mehr als 7,36 Mill. Wohnungen erhöht haben.

Landwirtschaft

Nachdem die 1990er Getreideernte nicht besonders gut ausgefallen war, wurde 1991 nach vorläufigen Berechnungen mit einer Gesamterntemenge von 4,3 Mill. Tonnen Getreide (ohne

Körnermais) eine neue Höchstmarke erreicht, die um ein Fünftel (+20,4 Prozent) über dem Vorjahresergebnis liegt. Bislang war die 4 Millionen-Tonnen-Grenze nur zweimal (1986: 4,12 Mill. t; 1988: 4,01 Mill. t) knapp überschritten worden. Daß trotz rückläufiger Anbaufläche (–2,9 Prozent auf 633 000 ha) ein neuer Rekord erzielt wurde, ist sowohl auf die ausgezeichneten Witterungsverhältnisse (vor allem im Juli und August) als auch darauf zurückzuführen, daß 1991 keine nennenswerten Pflanzenkrankheiten auftraten. Der Hektarertrag lag mit 6,8 t/ha um 24,0 Prozent höher als vor Jahresfrist (5,5 t/ha) und um 16,1 Prozent über dem bisherigen Höchstwert von 1986 (5,8 t/ha).

fläche um 21,4 Prozent auf 22 300 ha ausgedehnt wurde, konnte mit 900 000 t eine Gesamterntemenge erzielt werden, wie sie seit 1979 nicht mehr vorgekommen ist.

Nach Ergebnissen der repräsentativen Viehzählung 1991 gab es Anfang Dezember in NRW 5,67 Mill. Schweine, 4,4 Prozent weniger als ein Jahr zuvor. Die für die weitere Bestandsentwicklung maßgebende Zahl der Zuchtsauen verringerte sich gegenüber dem Vorjahr um 5,0 Prozent auf 579 300. Der Bestand an Rindern betrug 1,85 Mill. (–7,1 Prozent); die Anzahl der Milchkühe war dabei mit 495 000 um 6,0 Prozent niedriger. Entsprechend verringerte sich auch die Milcherzeugung, und

Getreideanbau und -ernte 1991 nach Getreidearten

Getreideart	Anbaufläche		Erntemenge		Hektarertrag	
	1 000 ha	Veränderung 1991 gegenüber 1990 in %	1 000 t	Veränderung 1991 gegenüber 1990 in %	t je ha	Veränderung 1991 gegenüber 1990 in %
Winterweizen	243,3	– 3,3	1 931	+ 22,4	7,9	+26,6
Sommerweizen	3,2	– 21,3	20	– 3,0	6,1	+23,1
Hartweizen (Durum)	1,5	+ 60,0	10	+ 73,8	6,6	+ 8,7
Roggen	46,5	– 11,3	244	– 0,6	5,3	+11,9
Wintermenggetreide	1,8	– 30,8	11	– 18,7	5,8	+17,6
Wintergerste	227,4	– 8,3	1 473	+ 12,0	6,5	+22,3
Sommergerste	21,8	– 18,1	114	+ 13,8	5,2	+39,0
Hafer	38,6	– 5,3	193	+ 22,8	5,0	+29,6
Sommermenggetreide	2,9	– 7,3	15	+ 23,9	5,0	+33,8
Triticale	46,0	+111,5	279	+142,7	6,1	+14,7
Getreide insgesamt	633,2	– 2,9	4 289	+ 20,4	6,8	+24,0

Wie die Tabelle zeigt, betraf die Entwicklung alle Getreidearten. Neue Spitzenwerte für die Hektarerträge wurden bei Roggen, Hafer, Sommergerste und vor allem Winterweizen ermittelt; bei letzterer Getreideart wurde der bisherige Höchstwert aus dem Jahre 1986 (7,0 t/ha) um fast eine ganze Tonne gesteigert.

Bei Kartoffeln war der Hektarertrag, ebenfalls nach vorläufigen Berechnungen, mit 40,45 t/ha um 2,5 Prozent höher als 1990. Da gleichzeitig die Anbau-

zwar um 2,6 Prozent auf rd. 2,73 Mill. t. Die Zahl der Viehhalter im Lande ging im vergangenen Jahr deutlich zurück: Anfang Dezember 1991 wurden 36 300 Schweinehalter (– 8,2 Prozent) und 41 400 Rinderhalter (–8,5 Prozent) festgestellt.

In den Schlachtbetrieben Nordrhein-Westfalens stieg die Fleischerzeugung weiter an: 1991 wurden 1 059 000 t Schweinefleisch (+0,7 Prozent), 355 000 t Rindfleisch (+18,2 Prozent)

8) Hoch- und Tiefbau mit Handwerk

und 25 000 t Kalbfleisch (+11,2 Prozent) aus gewerblichen Schlachtungen von Tieren aus dem Inland gewonnen. Beim Schafffleisch war mit gut 5 000 t ein Rückgang zu verzeichnen (-4,9 Prozent). Die Erzeugung von Geflügelfleisch (Tiere aus dem In- und Ausland) ging nach Jahren stetigen Wachstums 1991 erstmals leicht zurück (55 000 t; -0,7 Prozent).

Die Situation der nordrhein-westfälischen Landwirtschaft ist auch weiterhin von Konzentrationstendenzen und rückläufigen Betriebs- und Beschäftigtenzahlen gekennzeichnet: Die 1990 beobachteten Rückgänge bei der Zahl der Betriebe (gegenüber 1989 -2,9 Prozent auf 81 000), der landwirtschaftlich genutzten Fläche (-0,4 Prozent auf 1,57 Mill. Hektar) und der Zahl der mit betrieblichen Arbeiten beschäftigten Arbeitskräfte (-1,7 Prozent auf 181 000) dürften sich vorläufigen Schätzungen zufolge auch 1991 fortgesetzt haben.

Groß- und Einzelhandel

Der Einzelhandel⁹⁾ setzte in Nordrhein-Westfalen 1991 8,8 Prozent mehr um als 1990. Real, d. h. unter Berücksichtigung der Preisentwicklung, wurde ein Plus von 5,8 Prozent erzielt. Auch die Beschäftigtenentwicklung gestaltete sich positiv: Die Zahl der Vollzeitbeschäftigten nahm um 1,5 Prozent, die der Teilzeitbeschäftigten um 4,8 Prozent zu. 1990 hatten die entsprechenden Steigerungsraten +0,8 Prozent bzw. +3,2 Prozent betragen.

Kräftige zweistellige Umsatzzuwächse erzielten der Kraftfahrzeughandel (nominal +18,8 Prozent) und der Einzelhandel mit Papierwaren, Druckerzeugnissen und Büromaschinen (+17,0 Prozent). In den übrigen Branchen fiel die

Beschäftigten- und Umsatzentwicklung im Einzelhandel 1990/91 nach Wirtschaftszweigen

Wirtschaftszweig	Beschäftigte		Umsatz	
	Vollzeit	Teilzeit	nominal	real
	Veränderung 1991 gegenüber 1990 in %			
Einzelhandel insgesamt	+1,5	+4,8	+ 8,8	+ 5,8
davon mit				
Nahrungsmitteln, Getränken, Tabakwaren	-0,5	+2,7	+ 4,2	+ 2,0
Textilien, Bekleidung, Schuhen, Lederwaren	+1,0	+6,0	+ 7,8	+ 5,3
Einrichtungsgegenständen	+6,8	+2,8	+ 8,5	+ 5,3
elektrotechnischen Erzeugnissen, Haushaltsgrößgeräten, Musikinstrumenten	+3,0	+4,9	+ 2,2	+ 2,1
Papierwaren, Druckerzeugnissen, Büromaschinen	+5,4	+2,9	+17,0	+14,2
pharmazeutischen und kosmetischen Erzeugnissen, medizinischen Artikeln, Reinigungsmitteln, Anstrichbedarf	+0,7	+9,5	+ 9,6	+ 8,1
Kraft- und Schmierstoffen (ohne Agenturtankstellen)*)	-3,5	-0,8	+ 5,9	- 2,5
Fahrzeugen, Fahrzeugteilen, -zubehör und -reifen	+2,2	+8,6	+18,8	+14,3
sonstigen Waren, Waren verschiedener Art	+1,4	+5,6	+ 8,2	+ 5,9

*)Agenturtankstellen (Absatz in fremdem Namen) werden nicht dem Einzelhandel zugeordnet.

Steigerungsrate einstellig aus. In den letzten zehn Jahren haben sich die Umsätze in den Bereichen des Einzelhandels recht unterschiedlich entwickelt: Während die Verkaufserlöse im Durchschnitt aller Branchen von 1981 bis 1991 nominal um 47,0 Prozent gestiegen sind, hat der Kraftfahrzeughandel seine Umsätze mehr als verdoppelt (+134,4 Prozent), und der Einzelhandel mit Papierwaren, Druckerzeugnissen und Büromaschinen legte um +95,2 Prozent zu. Niedriger war hingegen die Umsatzsteigerung im Bereich „sonstige Waren und Waren verschiedener Art“ (+23,5 Prozent), zu dem auch Kauf- und Warenhäuser zählen.

Im nordrhein-westfälischen Großhandel⁹⁾ wurde 1991 4,3 Prozent mehr Personal beschäftigt und nominal 4,6 Prozent (real: 3,2 Prozent) mehr umgesetzt als im Vorjahr. Dabei ging der Umsatz im Großhandel mit Rohstoffen und Halbwaren um 1,0 Prozent zurück (real: -0,1 Prozent), während er im Großhandel mit Fertigwaren um 9,4 Prozent stieg (real: +6,6 Prozent).

Fremdenverkehr

Die nordrhein-westfälischen Beherbergungsbetriebe¹⁰⁾ konnten 1991 fast 12 Mill. Gäste begrüßen und mehr als

9) Ergebnisse einer Stichprobe; absolute Zahlen wird erst wieder die nächste Handels- und Gaststättenzählung liefern.

9) Ergebnisse einer Stichprobe; absolute Zahlen wird erst wieder die nächste Handels- und Gaststättenzählung liefern.

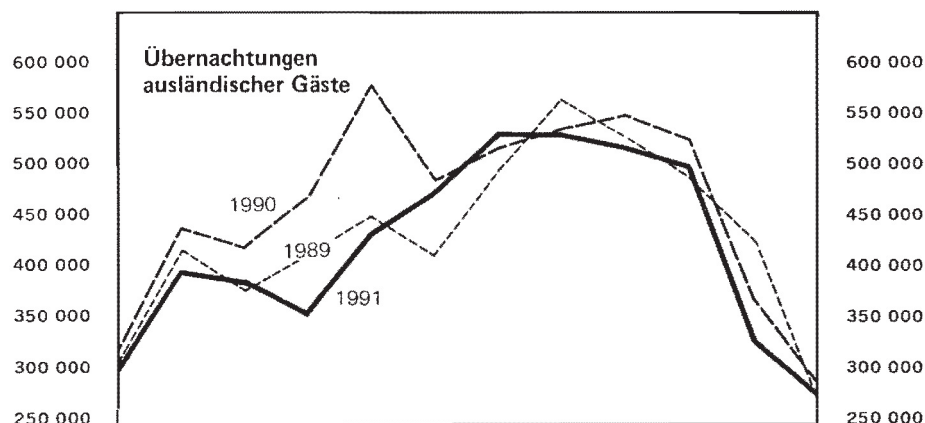
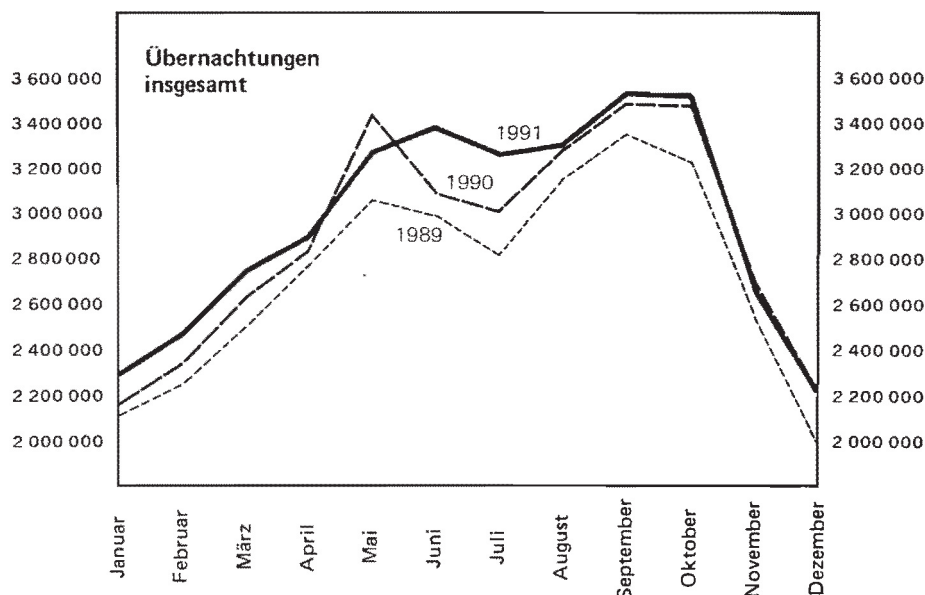
10) Zu dieser Statistik melden nur die Betriebe mit mindestens neun Gästebetten.

35 Mill. Übernachtungen verbuchen. Damit war das Übernachtungs-Aufkommen um 2,7 Prozent höher als ein Jahr zuvor. Die Übernachtungen inländischer Gäste stiegen um 4,9 Prozent, während jene der ausländischen Gäste um 9,1 Prozent zurückgingen.

Als Ursachen für letzteres sind zum einen die Auswirkungen des Golfkrieges zu nennen; hinzu kommt die Tatsache, daß verschiedene große internationale Messen, wie etwa die internationale Messe für Druck und Papier (DRUPA) in Düsseldorf, 1991 turnusmäßig nicht stattfanden.

In den einzelnen Fremdenverkehrsgebieten des Landes entwickelten sich die Übernachtungszahlen unterschiedlich. Die stärkste Zunahme wies das „Westfälische Industriegebiet“ (+8,8 Prozent) auf. Das wesentlich vom Messe- und Geschäftsreiseverkehr profitierende Fremdenverkehrsgewerbe in der Region „Niederrhein-Ruhrland“ mußte dagegen einen Rückgang der Übernachtungszahlen (-2,5 Prozent) hinnehmen.

Mit einem Gesamtangebot von 242 000 Betten (Stand: Dezember 1991) veränderte sich die Kapazität der Beherbergungsbetriebe nur unwesentlich (+0,1 Prozent gegenüber Dezember 1990), während die Zahl der Betriebe selbst um 1,4 Prozent auf 5 775 abnahm. 4 851 von ihnen gehörten zum Bereich der „klassischen“ Übernachtungsbetriebe (2 141 Hotels, 1 080 Gasthöfe, 864 Pensionen und 766 Hotels garnis). Daneben wurden in NRW 383 Erholungs-, Ferien- und Schulungsheime, 241 Unternehmen mit Ferienhäusern und -wohnungen, 182 Jugendherbergen und ähnliche Einrichtungen sowie 118 Sanatorien und Kurkrankenhäuser gezählt.



Übernachtungen im Fremdenverkehr 1991 nach Fremdenverkehrsregionen				
Fremdenverkehrsregion	Übernachtungen 1991			
	insgesamt		darunter von Gästen aus dem Ausland	
	Anzahl	Veränderung gegenüber 1990 in %	Anzahl	Veränderung gegenüber 1990 in %
Niederrhein-Ruhrland	7 316 339	-2,5	2 186 213	-14,1
Bergisches Land	2 506 926	+2,4	323 622	-13,3
Siebengebirge	2 247 465	+2,1	403 654	-10,9
Eifel	2 557 053	+3,4	393 364	+ 0,7
Sauerland	6 315 161	+2,8	732 358	- 3,5
Siegerland	416 680	+0,2	57 797	-24,6
Wittgensteiner Land	807 833	+4,0	19 284	-13,6
Westfälisches Industriegebiet	2 123 689	+8,8	280 790	+ 3,5
Münsterland	2 271 504	+6,5	167 266	- 0,4
Teutoburger Wald	8 979 890	+5,0	421 385	- 0,5
Nordrhein-Westfalen	35 542 540	+2,7	4 985 733	- 9,1

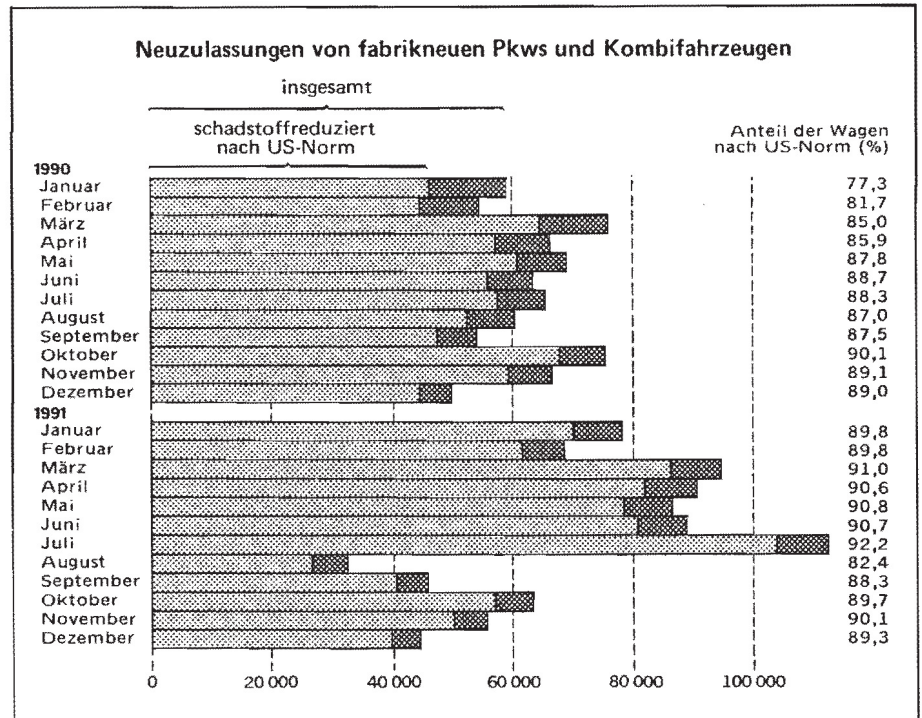
Verkehr

Der Kraftfahrzeugbestand in NRW stieg auch 1991 weiter an: Mitte 1991 waren nach Auswertungen des Kraftfahrtbundesamtes 9,3 Millionen Fahrzeuge amtlich zugelassen, 1,9 Prozent mehr als 1990 und über ein Viertel (27,2 Prozent) mehr als zehn Jahre zuvor. 89,0 Prozent des Kfz-Bestandes (8,3 Mill.) entfielen auf Pkws und Kombis, 3,9 Prozent auf Lastkraftwagen, 3,6 Prozent auf Krafträder (einschließlich Leichtkrafträdern) und 3,6 Prozent auf Busse, Zugmaschinen und sonstige Fahrzeuge. Bei der Kraftfahrzeugdichte wurde mit 535 Kfz pro 1 000 Einwohner wiederum eine neue Rekordmarke erreicht.

Neu zugelassen wurden 1991 861 597 Pkws (einschließlich Kombis), 13,3 Prozent mehr als im Vorjahr. Der Anteil schadstoffarmer Pkws (nach US-Norm) an den Neuzulassungen stieg von rund 77 Prozent Anfang 1990 auf 90 Prozent Ende 1991 an. Vom gesamten Pkw-Bestand genügt inzwischen ein Viertel (25,6 Prozent; dagegen Mitte 1990: 16,5 Prozent) den strengen Vorschriften der US-Abgasnorm.

Das überörtliche Straßennetz hatte Anfang 1991 eine Gesamtlänge von 29 860 km, 9 km mehr als 1990 und 427 km mehr als 10 Jahre zuvor. 2 090 km entfielen dabei auf Bundesautobahnen, 5 347 km auf Bundesstraßen, 12 449 km auf Landesstraßen und 9 974 km auf Kreisstraßen.

Die Zahl der Führerscheinprüfungen war im ersten Halbjahr 1991 mit 361 187 (davon 185 027 theoretische und 176 160 praktische Prüfungen) um 1,5 Prozent höher als vor Jahresfrist. 15 482 Fahrerlaubnisse mußten im gleichen Zeitraum von den Gerichten des Landes eingezogen werden, 14,8 Prozent mehr als im 1. Halbjahr 1990. In mehr als 90 Prozent der Fälle wurde Trunkenheit als Ursache angegeben.



Zusätzlich zu den Führerscheineinziehungen wurde in 11 983 Fällen (+4,3 Prozent) ein Fahrverbot ausgesprochen, darunter in 4 535 Fällen wegen Trunkenheit.

Deutlich gestiegen sind 1991 die Fahrgastzahlen im öffentlichen Straßenpersonenverkehr: In den ersten drei Quartalen des Jahres wurden 6,7 Prozent mehr Fahrgäste (1,2 Milliarden „Beförderungsfälle“) gezählt als vor Jahresfrist, wobei im allgemeinen Linienverkehr sogar eine Zunahme um 7,3 Prozent zu verbuchen war. Diese Entwicklung ist wohl im wesentlichen auf die Einführung des preisgünstigen „Ticket 2000“ im Bereich des Verkehrsverbundes Rhein-Ruhr (VRR) zurückzuführen, die auch zu deutlichen Verschiebungen zwischen den einzelnen Fahrausweis-Kategorien führte: So nahm im allgemeinen Linienverkehr die Zahl der Fahrgäste mit (nicht speziell für Schüler, Studenten, Auszubildende oder Schwerbehinderte ausge-

gebenen) Zeitfahrausweisen, zu denen auch die neu eingeführten Umwelttickets zählen, um mehr als 40 Prozent zu. Der Anteil der Fahrten mit diesen Zeitfahrausweisen erhöhte sich innerhalb eines Jahres von 22,5 Prozent auf 29,5 Prozent. Die Zahl der Fahrten mit Einzel- und Mehrfahrausweisen war dagegen rückläufig.

Umweltschutz

Nach den immensen Aufwendungen der nordrhein-westfälischen Kraftwerksbetreiber für die Rauchgasentschwefelung mit Schwerpunkt in den Jahren 1986 bis 1988 ist der Großteil der durchzuführenden Maßnahmen abgeschlossen. Entsprechend verringerten sich 1989 (Ergebnisse für 1990 werden voraussichtlich im Mai vorliegen) die Investitionen für Maßnahmen zur Luftreinhaltung im Vergleich zu den

Vorjahren um rd. 1 Mrd. DM: Sie erreichten mit 1,85 Mrd. DM dennoch nahezu drei Viertel (72,5 Prozent) der vom Produzierenden Gewerbe insgesamt für Umweltschutz investierten Beträge, die sich auf 2,55 Mrd. DM beliefen (1988: 3,52 Mrd. DM). Für den Gewässerschutz wurden 486 (1988: 435) Mill. DM ausgegeben, und die für Maßnahmen zur Verbesserung der Abfallbeseitigung eingesetzten Mittel lagen bei 150 (1988: 165) Mill. DM. Seit Jahren stark rückläufig sind die Investitionen der Betriebe zur Lärmbekämpfung, die 1989 mit noch 64 Mill. DM den kleinsten Einzelposten ausmachten.

1990 ereigneten sich in Nordrhein-Westfalen 161 Unfälle beim Transport wassergefährdender Stoffe – ein Rückgang gegenüber 1986 um 35 Prozent –, bei denen eine Stoffmenge von 312 m³ auslief. Hiervon konnten 62 m³ (= 20 Prozent) wiedergewonnen werden. Hinzu kamen 382 Unfälle bei der Lagerung solcher Stoffe (1986: 585), wobei 389 m³ ausliefen: Die wiedergewonnene Menge lag bei 224 m³ (58 Prozent). Die relativ geringen Auslaufmengen dürfen nicht den Blick dafür verstellen, daß z. B. 1 Liter ausgelaufenes Heizöl bis zu einer Million Liter Grundwasser in Mitleidenschaft ziehen kann.

Weitere Fortschritte wurden bei der öffentlichen Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung erzielt. Ende 1990 bezogen 16,9 Mill. Einwohner (98 Prozent der Bevölkerung, gegenüber 96 Prozent Mitte der 70er Jahre) ihr Trinkwasser aus dem öffentlichen Versorgungsnetz. Auch im Abwasserbereich zeigen die erreichten Einwohneranschlußgrade Spitzenwerte, sowohl international als auch im Vergleich mit den meisten übrigen Ländern der Bundesrepublik: Das Abwasser von rd. 94 Prozent aller Einwohner wird über eine Sammelkanalisation einer Kläranlage zugeführt, wobei die Abwasserklärung zu nahezu 100 Prozent biologisch erfolgt.

Nachdem das noch zu verfüllende Restvolumen der öffentlichen Abfallbeseitigungsdeponien bereits seit Beginn der 80er Jahre rückläufig war, erreichte es Ende 1990 mit 131 (1982: 177) Mill. m³ einen neuen Tiefststand. Durch den gleichzeitigen Anstieg der auf diesen Anlagen angelieferten Abfallmengen (1982: 16,8 Mill. t; 1990: 20,0 Mill. t) entstand eine scherenartige Entwicklung, die noch ungünstiger ausgefallen wäre, wenn nicht im gleichen Zeitraum die Kapazitäten der öffentlichen Verbrennungsanlagen um knapp 500 000 auf 3 Mill. Jahrestonnen erhöht worden wären.

Ein erfreulicheres Bild zeigte dagegen die Entwicklung der zu entsorgenden Abfallmengen: Dank zunehmender Erfolge bei der Abfallvermeidung und des rasanten Ausbaus der Altstoffwiederverwertung stagnierte das jährliche Aufkommen an Haus- und Sperrmüll 1987 bei etwa 6,3 Mill. t; je Einwohner und Jahr waren das knapp 380 kg. Bei den produktionsspezifischen Abfällen aus Industrie und Gewerbe ging die zu entsorgende Jahresmenge von 1984 bis 1987 um 13 Prozent auf 16,4 Mill. t zurück. Inwieweit sich diese positive Entwicklung fortgesetzt hat, wird nach Vorliegen von Ergebnissen der 1990er Abfallentsorgungsstatistik (ca. August 1992) zu beurteilen sein.

Öffentliche Finanzen

Beim Steueraufkommen in NRW war 1991 das Bild von Einnahmewüchsen bei den wichtigsten Steuerarten geprägt. Die Lohnsteuer war einmal mehr die ergiebigste Einzelsteuer; ohne den allein dem Bund zustehenden Solidaritätszuschlag legte sie um 14,4 Prozent auf 56,4 Mrd. DM zu. Lohn- und Gehaltssteigerungen und höhere Beschäftigtenzahlen trugen dazu ebenso bei wie die nach den Steuererleichterungen des Jahres 1990 wieder stärker hervorgetretene Tarifprogression. Au-

ßerdem schlugen die gegenüber dem Vorjahr geringeren Erstattungen im Lohnsteuerjahresausgleich zu Buche – u. a. als Folge der 1990 eingeführten höheren Arbeitnehmer-Pauschale. Mit einem Einnahme-Plus von lediglich 4,5 Prozent (auf 12,9 Mrd. DM) entwickelte sich die veranlagte Einkommensteuer dagegen unterdurchschnittlich. Die Körperschaftsteuer-Einnahmen schnitten mit einem leichten Minus von 0,2 Prozent auf 8,7 Mrd. DM ab – weniger wegen ergebnisbedingter Herabsetzungen von Steuervorauszahlungen der Unternehmen, sondern überwiegend wegen höherer Erstattungen im ersten Halbjahr.

Die Einnahmen aus der Umsatzsteuer (28,6 Mrd. DM) wiesen, als Folge der allgemein guten Verbrauchskonjunktur, aber wohl auch aufgrund der Nachfrage aus den neuen Bundesländern, eine Verbesserung um 15 Prozent auf. Aufgrund der Transferleistungen in die neuen Länder ist allerdings der im Lande verbleibende Umsatzsteuer-Anteil um 0,5 Prozent zurückgegangen.

Mit der Entwicklung der fiskalisch ergiebigeren Gemeinschaftssteuern konnten die Einnahmen aus den Landessteuern nicht mithalten: Sie nahmen per Saldo um 3,1 Prozent zu. Akzente setzten hier die Vermögensteuer mit +4,6 Prozent und insbesondere die Kraftfahrzeugsteuer, deren Aufkommen wegen des höheren Kfz-Bestandes und wegen ausgedehnter Sondervergünstigungen für schadstoffarme Fahrzeuge um 14,5 Prozent auf 2,5 Mrd. DM stieg.

Die Einnahmen¹¹⁾ der Gemeinden und Gemeindeverbände Nordrhein-Westfalens waren in den ersten drei Quarta-

11) bereinigt um den Zahlungsverkehr zwischen den Gemeinden/Gemeindeverbänden sowie um die haushaltstechnischen Verrechnungen und die besonderen Finanzierungsvorgänge

len um 7,0 Prozent höher als im gleichen Zeitraum 1990, während die Ausgaben um 8,1 Prozent stiegen. Die Einnahmen aus der Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital stiegen um +3,1 Prozent. Die Investitionszuschüsse des Landes an die Gemeinden/Gemeindeverbände lagen um 4,3 Prozent über dem Vorjahreswert. Auf der Ausgabe-seite waren vor allem die Ausgabesteigerungen für Personal (+9,6 Prozent), für Sozialhilfe (+7,1 Prozent), für den sächlichen Verwaltungsaufwand (+6,6 Prozent) und für Baumaßnahmen im Zusammenhang mit der Abwasserbeseitigung (+22,4 Prozent) bemerkenswert.

Im gesamten öffentlichen Dienst waren in Nordrhein-Westfalen Mitte 1990 (Zahlen für 1991 liegen noch nicht vor) 1 015 109 Personen vollzeitbeschäftigt; hinzu kamen 162 505 Teilzeitbeschäftigte mit mindestens der Hälfte und 45 263 Teilzeitbeschäftigte mit weniger als der Hälfte der üblichen Wochenarbeitszeit. Die Vollzeitkräfte verteilten sich zu 32,0 Prozent auf den Arbeitgeber Land, zu 27,9 Prozent auf die Gemeinden und Gemeindeverbände und zu 26,8 Prozent auf den Bund. Die übrigen 13,3 Prozent waren bei Zweckverbänden, Sozialversicherungsträgern unter Landesaufsicht, rechtlich selbständigen Wirtschaftsunternehmen der Versorgung, Entsorgung und des Verkehrs (mit überwiegend öffentlicher Beteiligung) sowie bei rechtlich selbständigen Krankenhäusern (mit überwiegend öffentlicher Beteiligung) beschäftigt, womit sich fast genau die gleiche Verteilung wie 1989 ergab. 42,2 Prozent der Vollzeitkräfte hatten den Beamtenstatus, 36,7 Prozent waren Angestellte und 21,1 Prozent Arbeiter; gegenüber dem Vorjahr ergab sich damit auch hier fast keine Veränderung.

Betrachtet man die Entwicklung im öffentlichen Dienst seit 1980, so ist vor allem die Zunahme der Teilzeitbeschäftigung erwähnenswert. Damals waren

auf 1 000 Vollzeitbeschäftigte 123 (mindestens die Hälfte der üblichen Wochenarbeitszeit tätige) Teilzeitkräfte gekommen; 1990 waren es 175. Am stärksten nahm die Zahl dieser Teilzeitbeschäftigten beim Arbeitgeber Land zu, wo sie von 37 924 (1980) auf 64 079 (1990) stieg; es handelt sich dabei vor allem um Lehrkräfte. Die Zahl der Vollzeitbeschäftigten ging dagegen allgemein zurück; lediglich die Gemeinden/Gemeindeverbände beschäftigten 1990 mehr Vollzeitkräfte als 1980 (+2,2 Prozent).

Gesundheitswesen und Soziales

Anfang 1991 dienten in Nordrhein-Westfalen 487 Krankenhäuser der Versorgung kranker Menschen. 110 davon standen in öffentlicher Trägerschaft, bei 356 handelte es sich um freigemeinnützige Häuser, und die restlichen 21 wurden in privater Trägerschaft betrieben. Die Zahl der Planbetten belief sich auf 160 300. Nach vorläufigen Ergebnissen wurden im letzten Jahr 3,3 Millionen Patienten stationär behandelt. Unter den Fachdisziplinen wurden die Innere Medizin (30 Prozent), die Chirurgie (27 Prozent) und die Frauenheilkunde (16 Prozent) am stärksten beansprucht. Neben den Krankenhäusern wurden 80 Vorsorge- bzw. Rehabilitationseinrichtungen mit zusammen 17 000 Betten und etwa 170 000 Patienten gezählt. Vergleiche mit den Ergebnissen früherer Jahre sind wegen geänderter Erfassungsmethoden und einer Neuabgrenzung des Berichtskreises nicht möglich.

Von den 191 000 Sterbefällen im Jahre 1991 waren ersten Schätzungen zufolge 96 Prozent auf „natürliche Todesursachen“ und 4 Prozent auf Unfälle oder Vergiftungen, Selbstmorde und sonstige Gewalteinwirkungen zurückzuführen. Bei 49 Prozent der Sterbefälle wurden Kreislauferkrankungen als Ursache

angegeben; auf bösartigen Neubildungen beruhten 25 Prozent der Todesfälle. 1981 hatten die entsprechenden Anteile 52 Prozent bzw. 22 Prozent betragen.

Die Mitgliederzahl der gesetzlichen Krankenkassen¹²⁾ belief sich im Oktober 1991 auf 10,56 Millionen; sie war damit um gut 1 Prozent höher als ein Jahr zuvor und um 7 Prozent höher als im Oktober 1981. Etwa 58 Prozent der Mitglieder waren Pflicht- und 12 Prozent freiwillig Versicherte; der Anteil der Rentner und Rentenantragsteller, Altenteiler und sonstigen Versicherten betrug 30 Prozent. Im Durchschnitt des Berichtszeitraumes lag der Anteil der arbeitsunfähig kranken Pflichtmitglieder bei 5,29 Prozent. Der höchste Krankenstand war mit 6,98 Prozent im März zu melden, der niedrigste mit 4,24 Prozent im Januar.

Die Ausgaben für Sozialhilfe betrugen 1990 (Angaben für 1991 werden erst Mitte 1992 vorliegen) insgesamt 10,16 Mrd. DM; sie lagen damit um 11,4 Prozent höher als 1989 und fast zweieinhalb mal so hoch wie 1980 (+146 Prozent). Der Grund hierfür ist überwiegend in den Auswirkungen der Arbeitslosigkeit zu suchen. Auf Hilfe zum Lebensunterhalt entfielen 4,32 Mrd. DM (42,5 Prozent des Ausgabenvolumens) und auf Hilfe in besonderen Lebenslagen 5,84 Mrd. DM (57,5 Prozent). Größte Ausgabeposten bei letzterer Position waren die Hilfe zur Pflege mit 3,35 Mrd. DM und die Eingliederungshilfe für Behinderte mit 1,92 Mrd. DM.

Die Anzahl der Personen, die Sozialhilfe erhielten, belief sich 1990 auf 1 232 786, was einer Steigerung um 1,0

12) Orts-, Innungs-, Betriebs- und landwirtschaftliche Krankenkassen, Bundesverwaltungskasse, Ersatzkassen für Angestellte und Arbeiter, Bundesknappschaft und Seekrankenkasse

Prozent gegenüber 1989 und um 86 Prozent seit 1980 entspricht. Laufende Hilfe zum Lebensunterhalt bezogen 980 717 und Hilfe in besonderen Lebenslagen 502 920 Empfänger; 250 851 von ihnen wurden beide Hilfearten gewährt.

Auch die Ausgaben für die Kriegsopferfürsorge stiegen 1990 im Vergleich zu 1989, und zwar um 10,9 Prozent auf 624,5 Mill. DM. Von diesem Betrag entfielen 68 Prozent auf Hilfe zur Pflege. Die Zahl der Empfänger einmaliger Leistungen nahm leicht ab.

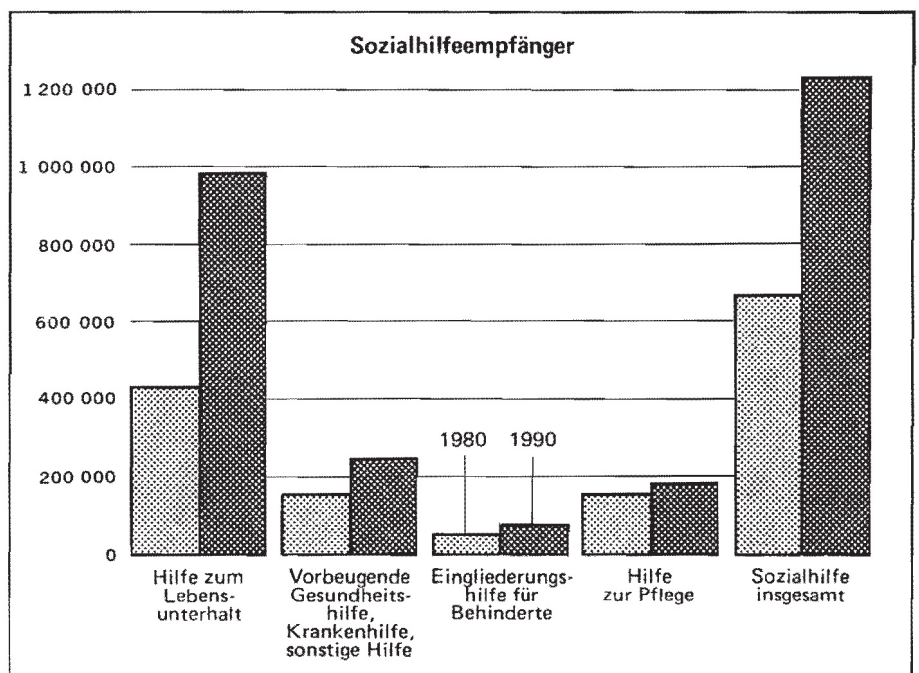
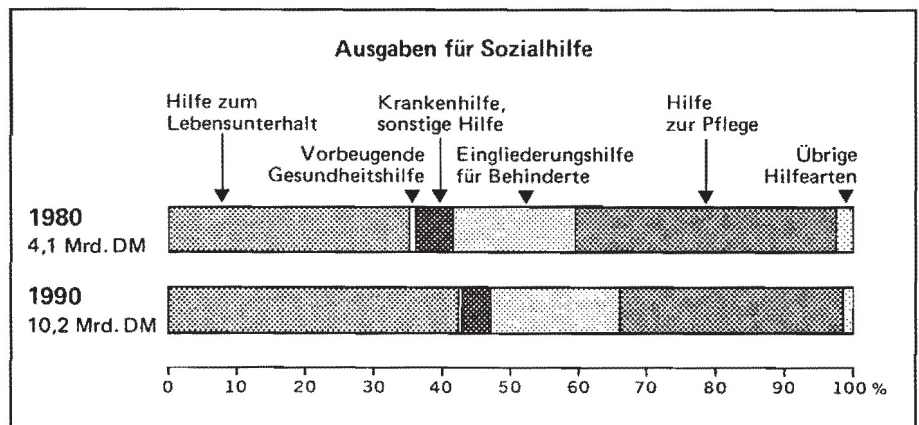
Anfang 1991 gab es in Nordrhein-Westfalen 13 354 Einrichtungen der **Jugendhilfe** mit 491 325 Plätzen, darunter 7 742 Tageseinrichtungen für Kinder mit 436 384 Plätzen. Die Einrichtungen wurden überwiegend von Trägern der freien Jugendhilfe (10 137 Einrichtungen mit 382 259 Plätzen) geführt.

Für Jugendhilfe wurden 1990 2,8 Mrd. DM und damit 6,3 Prozent mehr aufgewendet als 1989; davon ging 1 Mrd. DM als Zuschüsse an die Träger der freien Jugendhilfe, 5,1 Prozent mehr als im Vorjahr. Von der Gesamtsumme wurden 1 224 Mill. DM für Kindertagesstätten (+9,0 Prozent) ausgegeben, 532 Mill. DM für Heimpflege (+8,7 Prozent) und 177 Mill. DM für Freiwillige Erziehungshilfe (+0,7 Prozent). Im vergangenen Jahrzehnt ist der Aufwand für die Jugendhilfe um 45 Prozent angestiegen.

Schulen, Hochschulen und Weiterbildung

Im laufenden Schuljahr 1991/92 besuchen 1,968 Millionen Schüler die 6 376 Schulen der allgemeinen Ausbildung¹³⁾

13) Grundschulen (einschl. Schulkindergärten), Hauptschulen, noch nicht umorganisierte Volksschulen, Realschulen, Gesamtschulen, Gymnasien, freie Waldorfschulen, Sonderschulen (ohne berufsbildenden Bereich)



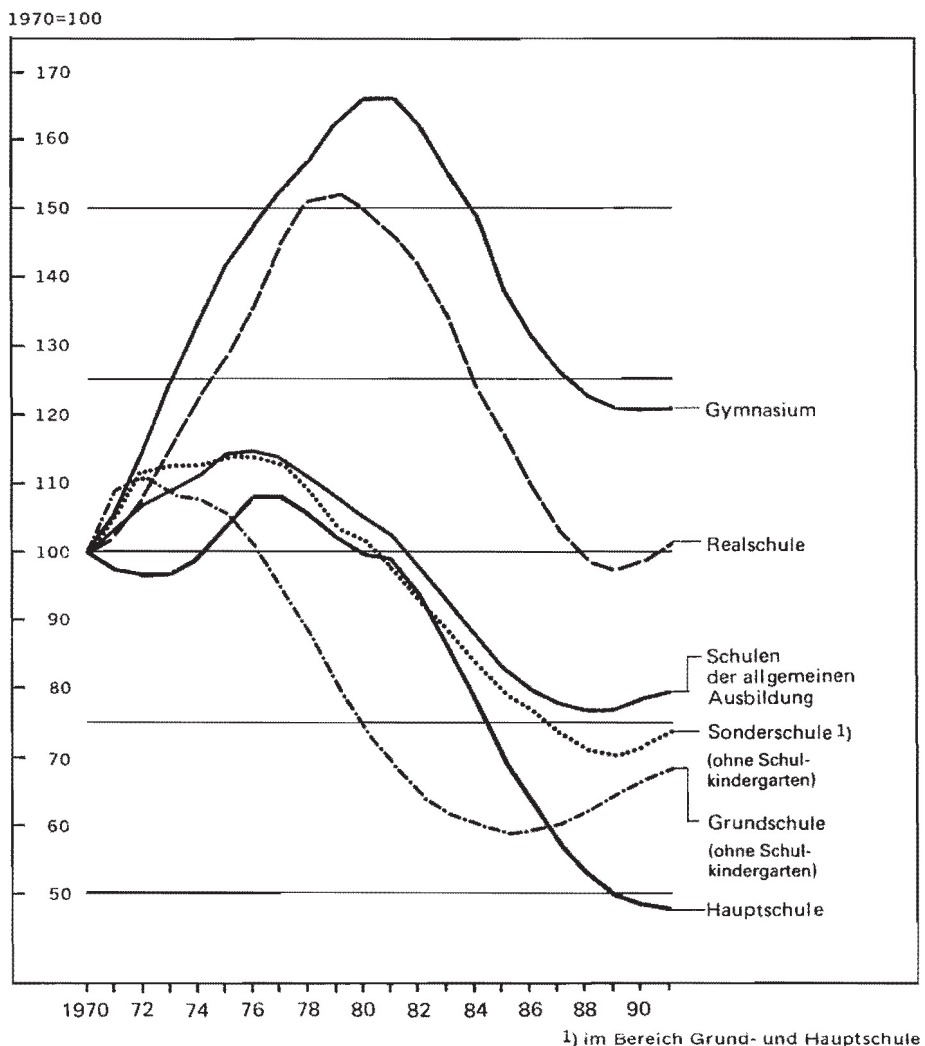
Nordrhein-Westfalens. Damit liegt die Schülerzahl zwar um mehr als ein Fünftel unter dem Wert von 1981/82, der Anstieg vom vorangegangenen Schuljahr hat sich jedoch fortgesetzt, wenn auch leicht abgeschwächt: Die Zahl der Schüler ist um 1,5 Prozent höher als im Schuljahr 1990/91; damals war ein Anstieg um 2,1 Prozent verzeichnet worden.

Zum Schuljahresbeginn wurden 176 500 Schulanfänger in die Grundschule eingeschult, deren Schülerzahl sich um 1,7 Prozent auf 727 400 (darunter 630 Sonderschüler im Integrationsversuch) erhöht hat.

Die stärkste Schülergruppe nach den Grundschulern stellen die Gymnasiasten (474 300), gefolgt von den Hauptschülern (298 600), deren Zahl sich binnen eines Jahrzehnts mehr als halbiert hat. Mit zuletzt -2,5 Prozent (Vorjahr: -1,7 Prozent) hat sich hier der Schülerrückgang weiter fortgesetzt. Auf den nächsten Plätzen folgen die Realschüler (244 800), Gesamtschüler (127 500), Sonderschüler (80 700, darunter 41 800 an Schulen für Lernbehinderte) und Waldorfschüler (13 300). Außer der Hauptschule verzeichnen alle weiterführenden Schulen steigende Schülerzahlen. Am stärksten ist der Zuwachs bei der Gesamtschule (+13,1 Prozent), gefolgt von der freien Waldorfschule (+4,3 Prozent), der Realschule (+2,2 Prozent) und dem Gymnasium (+0,5 Prozent); bei letzterem war zuletzt 1980/81 ein Anstieg zu verzeichnen gewesen. Während die Schülerzahlen an Gesamtschule und freier Waldorfschule im Zuge von Ausbaumaßnahmen und Neugründungen während der 80er Jahre kontinuierlich zugenommen haben, liegt die Schülerzahl an der Realschule um fast ein Drittel und am Gymnasium um ein Viertel niedriger als vor einem Jahrzehnt.

Bei der Mädchenquote, die im Durchschnitt aller Schulformen 48,7 Prozent beträgt, hat das Gymnasium (52,0 Prozent Mädchenanteil) die Realschule (51,5 Prozent) erstmals überflügelt. Überrepräsentiert sind die Mädchen auch an der freien Waldorfschule (50,7 Prozent), wogegen der Mädchenanteil an den Haupt- und Gesamtschulen weiterhin deutlich unter 50 Prozent liegt (45,1 Prozent bzw. 46,2 Prozent). Den bei weitem niedrigsten Mädchenanteil verzeichnet wie bisher die Sonderschule (37,3 Prozent). In den letzten zehn Jahren ist die Mädchenquote am Gymnasium um 1,0 Prozentpunkte gestiegen, während sie sich an den anderen Schulformen verringert hat, am deut-

Schülerbestandsentwicklung in ausgewählten Schulformen 1970 – 1991



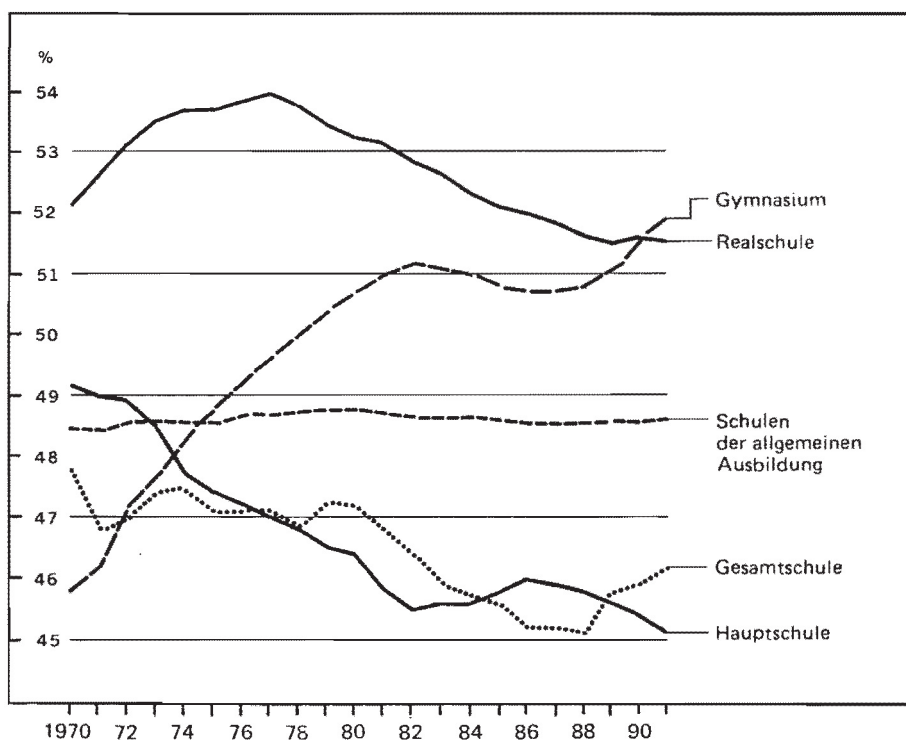
lichsten an der Sonderschule (- 2,3) und an der Realschule (-1,6). (Siehe Seite 175.)

Die Zunahme bei den deutschen Schülern fiel mit +1,4 Prozent (auf 1,699 Millionen) etwas niedriger aus als im Vorjahr (+2,1 Prozent). Die Zahl der ausländischen Schüler erhöhte sich auf 268 000 (+2,4 Prozent). Mit 13,6 Prozent hat die Ausländerquote an den

Schulen der allgemeinen Ausbildung einen neuen Höchststand erreicht, nach 13,5 Prozent im vorangegangenen Schuljahr.

Den größten Ausländeranteil weist mit 25,8 Prozent (1981/82: 13,7 Prozent) die Hauptschule auf, gefolgt von der Sonderschule mit 20,3 Prozent, der Gesamtschule mit 18,1 Prozent und der Grundschule mit 13,9 Prozent. In Real-

Mädchenanteil in ausgewählten Schulformen 1970 – 1991



schule und Gymnasium sind die Ausländer trotz weiterer Zuwächse mit 9,3 Prozent bzw. 5,7 Prozent nach wie vor deutlich unterrepräsentiert. 51,1 Prozent der ausländischen Schüler besitzen die türkische Staatsangehörigkeit, 11,2 Prozent stammen aus den Staaten des ehemaligen Jugoslawien, und 7,0 Prozent sind Italiener.

Die Zahl der Aussiedler aus Osteuropa unter den Schülern ist mit 99 300 um 14,5 Prozent höher als vor Jahresfrist; gegenüber dem Schuljahr 1981/82 hat sie sich mehr als vervielfacht. Im Schnitt liegt die Aussiedlerquote bei 5,1 Prozent (nach 4,5 Prozent im Vorjahr), wobei der höchste Anteil (9,3 Prozent) an der Hauptschule registriert wird, gefolgt von der Grundschule (6,6 Prozent) und der Gesamtschule (3,6 Prozent).

Beim Schulwahlverhalten nach Beendigung der Grundschule gab es nur leichte Verschiebungen: Von den Grundschul-Absolventen (ohne Übergänger in die Sonderschule) wechselten Ende des letzten Schuljahres unverändert 36,9 Prozent an das Gymnasium, 24,5 Prozent (+0,4 Prozentpunkte) an die Realschule und 15,0 Prozent (+0,5) an die Gesamtschule. Das Gymnasium blieb damit für die Primarstufen-Absolventen die bevorzugte Schulform. 1981 hatten sich noch die meisten Übergänger für die Hauptschule entschieden, deren Anteil sich von damals 41,7 Prozent auf jetzt 23,5 Prozent verringerte. Der Anteil der Gesamtschule hat sich im gleichen Zeitraum um 11,5 Prozentpunkte erhöht, und auch Gymnasium (+5,3) und Realschule (+1,6) verbesserten ihre Position.

Der seit dem Schuljahr 1987/88 zu beobachtende Trend, daß die Absolventen der Sekundarstufe I sich zunehmend für die Fortsetzung ihrer Schullaufbahn in der gymnasialen Oberstufe einer allgemeinbildenden Schule entscheiden, hat sich fortgesetzt. Von den Zehntklässlern (ohne Sonderschüler) des vorangegangenen Schuljahres¹⁴⁾ besuchten am Erhebungsstichtag (15. 10. 1991) 44,9 Prozent den 11. Schuljahrgang eines Gymnasiums, einer Gesamt- oder Waldorfschule (1990: 43,0 Prozent).

Die Studienbereitschaft ist bei den Abiturienten und den Schülern der Abschlußklassen des 12. Schuljahrgangs weiter gestiegen: Wollten 1989 64,7 Prozent eine Hochschule besuchen und ein Jahr später 66,2 Prozent, so waren es im Jahre 1991 69,0 Prozent. Die Zahl derjenigen Schüler, die keinen akademischen Beruf anstreben, ist entsprechend auf 10,6 Prozent gesunken, während die Zahl der noch unentschlossenen mit 20,4 Prozent praktisch gleich geblieben ist.

Das Angebot des zweiten Bildungsweges (Schulen der allgemeinen Fortbildung)¹⁵⁾ wird im laufenden Wintersemester von 20 600 Teilnehmern (+400) wahrgenommen¹⁶⁾, das sind fast 30 Prozent mehr als 1981. Von den Teilnehmern besuchen 6 400 eine Abendreal- schule, 7 600 ein Abendgymnasium und 6 600 ein Kolleg. Die Hälfte der Teilnehmer sind Frauen (50,4 Prozent). Mit einem Anstieg um 1,3 Prozentpunkte auf 13,8 Prozent hat sich die Zunahme des Ausländeranteils, der im Wintersemester 1989/90 erstmals die 10-Prozent-Marke überschritten hatte, fortgesetzt. Im Vergleich zum Wintersemester 1981/82 hat sich die Ausländerquote mehr als vervierfacht.

14) ohne Schüler der Klasse 10 Typ A der Hauptschule, mit deren Abschluß keine Zugangsberechtigung zur gymnasialen Oberstufe erworben werden kann

15) Abendreal- schule, Abendgymnasium, Kolleg

16) ohne rund 5 500 Einzelfachbeleger und Gasthörer

Ersten vorläufigen Ergebnissen zufolge werden an den 362 Schulen der beruflichen Aus- und Fortbildung¹⁷⁾ im laufenden Schuljahr 1991/92 nur noch 478 100 Schüler unterrichtet, 6,6 Prozent weniger als im Vorjahr, wobei der Rückgang überwiegend auf demographische Einflüsse zurückzuführen ist, aber z. B. auch den Effekt der Umwandlung von weiteren drei berufsbildenden Schulen in Kollegschaften widerspiegelt. Der Anteil der weiblichen Schüler blieb mit 45,2 Prozent (Vorjahr: 45,3 Prozent) fast konstant, während die Ausländerquote mit 9,9 Prozent (Vorjahr: 8,8 Prozent) weiter gestiegen ist. Teilzeitschulische Unterrichtsangebote werden von 383 500 Schülern wahrgenommen, vollzeitschulische von 94 600 jungen Menschen, darunter 54,4 Prozent Schülerinnen.

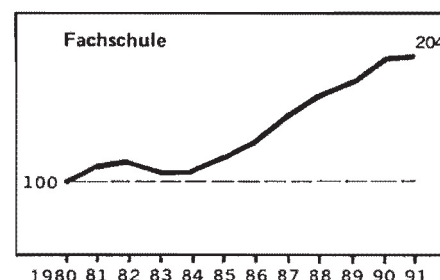
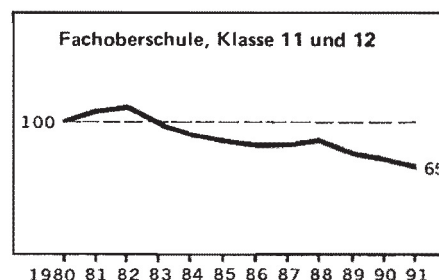
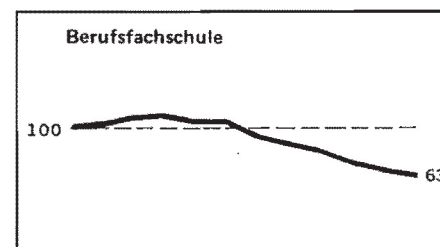
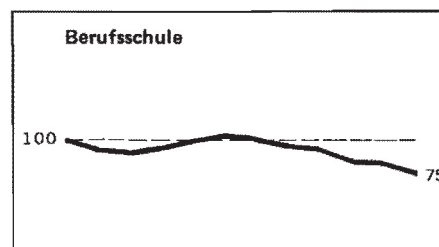
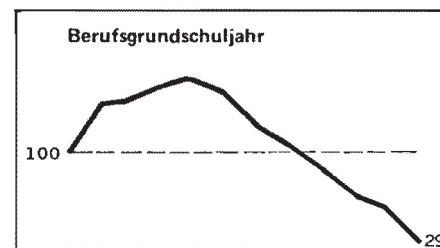
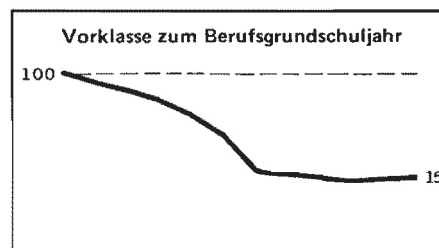
Am ausbildungsbegleitenden Unterricht im Rahmen des dualen Systems (Teilzeitberufsschule) nehmen derzeit 358 600 Schüler teil. Das Berufsgrundschuljahr einschl. Vorklasse (Vollzeit) wird von 6 800 Schülern besucht, die Berufsfachschule von 65 300. An Fachoberschulen streben 18 200 Schüler die Fachhochschulreife an, die diese Schulform nach ein- oder zweijähriger Schulzeit vermittelt.

Während alle diese Schulformen rückläufige Schülerzahlen verzeichnen, hat sich die Nachfrage nach dem Bildungsangebot der Fachschule (berufliche Weiterbildung) weiter verstärkt: Die Zahl der Schüler stieg hier um 2,2 Prozent auf 28 200.

An den 575 Lehranstalten des Gesundheitswesens mit Schulbetrieb werden gegenwärtig nach vorläufigen Ergebnissen 34 900 Schüler (darunter 84 Prozent Frauen) in gesundheits- und sozialpflegerischen Berufen ausgebildet.

Schüler an berufsbildenden Schulen (ohne Sonderschulformen)

Meßzahl 1980=100



Das sind 2 200 Schüler mehr als 1990; damit hielt die im Vorjahr registrierte Zunahme an.

Nach der Errichtung dreier zusätzlicher Kollegschaften nehmen nunmehr 32 Schulen am Kollegschaftversuch teil. Die Schülerzahl stieg hier – nach ebenfalls noch vorläufigen Ergebnissen – um 3,6 Prozent auf 65 600 an (Vorjahr: +4,8 Prozent); im letzten Jahrzehnt hat sich die Zahl der teilnehmenden Schulen (1980: 13) und der Schüler (1980: 26 400) mehr als verdoppelt. Über drei Viertel der Schüler (77,1 Prozent) besuchen einfachqualifizierende Bildungs-

gänge, während die übrigen den Erwerb einer studien- und berufsbezogenen Doppelqualifikation anstreben.

Die Zahl der Auszubildenden in NRW betrug Ende 1990 (neuere Zahlen lagen bei Redaktionsschluß noch nicht vor) 407 600. Bedingt durch niedrigere Schulabgängerzahlen ging die Zahl der besetzten Ausbildungsplätze gegenüber 1989 um 5,5 Prozent zurück. Alle Ausbildungsbereiche, mit Ausnahme der freien Berufe, meldeten in den letzten Jahren rückläufige Zahlen der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge. Der Höchststand war 1985 mit damals 505 600 Auszubildenden zu verzeichnen gewesen.

17) Berufsschulen (Vollzeit- und Teilzeitform), Berufsfachschulen, Fachoberschulen, Fachschulen; ohne Sonderschulen im berufsbildenden Bereich

Mehr als die Hälfte (53 Prozent) der Auszubildenden wurde im Bereich Industrie, Handel, Banken, Versicherungen sowie Gast- und Verkehrsgewerbe ausgebildet, fast ein Drittel (32 Prozent) im Bereich des Handwerks und etwa jeder elfte (9 Prozent) im Bereich der freien Berufe. Untergliedert man die Auszubildenden nach Berufsbereichen, so ergibt sich, daß mehr junge Menschen in Dienstleistungsberufen (47,4 Prozent) als in Fertigungsberufen (46,5 Prozent) ausgebildet wurden.

Der Frauenanteil an der Gesamtzahl der Auszubildenden, der 1980 noch bei 38 Prozent gelegen hatte, belief sich 1990 auf 42 Prozent. Die Mehrzahl dieser jungen Frauen wurde wiederum in Dienstleistungsberufen (82 Prozent) ausgebildet. Trotz allgemein steigender Frauenquoten hat sich die relativ einseitige Ausrichtung auf einige „typisch weibliche“ Berufe in den letzten Jahren nur wenig abgeschwächt: 80 Prozent (1980: 85 Prozent) der jungen Frauen konzentrierten sich in den 25 am stärksten mit weiblichen Auszubildenden besetzten Berufen.

Der seit über einem Jahrzehnt zu beobachtende Trend, daß mehr und mehr Ausbildungsverträge vorzeitig beendet werden, hielt weiter an: 1990 wurden in Nordrhein-Westfalen 38 900 Ausbildungsverträge vorzeitig gelöst (1978: 18 400; 1989: 37 500). Bezogen auf die Zahl der 1990 neu abgeschlossenen und am Jahresende noch existierenden 145 900 Ausbildungsverhältnisse ergibt sich ein Verhältnis von rund 1 : 4, wobei diese Relation in den vergangenen Jahren im Handwerk in der Regel ungünstiger ausfiel als in den übrigen Ausbildungsbereichen.

Die nordrhein-westfälischen Hochschulen verzeichneten im Wintersemester 91/92 66 800 Studienanfänger. Damit ist die Zahl der Erstsemester in NRW erstmals seit dem WS 1984/85

rückläufig (-3,8 Prozent); Grund ist die rückläufige Zahl der Schulabgänger: 82 700 Schülerinnen und Schüler haben 1991 die Hochschul- oder Fachhochschulreife erworben; 1990 waren es noch 86 200 gewesen.

Die Zahl der Studierenden insgesamt¹⁸⁾ stieg um 3,1 Prozent auf nun 493 000 (vorläufiges Ergebnis). In den letzten zehn Jahren erhöhte sich die Studentenzahl damit um rd. ein Drittel.

Mehr als die Hälfte (53,4 Prozent) aller Immatrikulierten besuchen die nordrhein-westfälischen Universitäten (einschl. Technischer Hochschule Aachen und Deutscher Sporthochschule Köln); gegenüber dem WS 1990/91 entspricht dies einem Anstieg um 1,5 Prozent. Bei den Universitäten-Gesamthochschulen mit nun 113 800 Studentinnen und Studenten beläuft sich die Zunahme auf +7,6 Prozent, bei den Fachhochschulen (ohne Verwaltungsfachhochschulen) mit 97 500 Studierenden auf +1,9 Prozent.

Die Universität Köln ist mit 50 300 Studentinnen und Studenten weiterhin die größte Hochschule des Landes. An zweiter Stelle steht die Universität Münster mit 44 200, gefolgt von der TH Aachen mit 36 800, der Universität Bonn mit 36 100 und der Universität Bochum mit 35 600 Studierenden. Unter den Universitäten-Gesamthochschulen führt mit 32 900¹⁹⁾ die Fernuniversität Hagen; die nächsten Plätze belegen die Universitäten-Gesamthochschulen in Essen (20 400), Paderborn (16 700) und Wuppertal (16 500).

Die Zahl der ausländischen Studierenden an den Hochschulen Nordrhein-Westfalens ist auf nun 33 200 gestiegen (+12 Prozent); der Ausländeranteil beträgt 6,7 Prozent. Zum Vergleich: Im

Wintersemester 1982/83 waren rund 19 000 ausländische Hörerinnen und Hörer (Anteil damals: 5,1 Prozent) gezählt worden.

Der Anteil der Studentinnen beträgt im Mittel aller NRW-Hochschulen 37,4 Prozent und hat sich damit in den letzten zehn Jahren kaum verändert. Besonders stark vertreten sind die Frauen an den Kunst- und Musikhochschulen mit einem Anteil von 49,9 Prozent und an den Verwaltungsfachhochschulen von Land und Bund mit 44,2 Prozent. Erst danach folgen die Universitäten (42,3 Prozent), die Universitäten-Gesamthochschulen (32,6 Prozent) und die Fachhochschulen (ohne Verwaltungsfachhochschulen) mit 30,7 Prozent weiblichen Hörern.

Von den Studentinnen und Studenten studieren 29,6 Prozent im Bereich der Wirtschafts- und Gesellschaftswissenschaften. 22,8 Prozent aller Belegungen (1. Studienfach) betrifft die Fächergruppe der Ingenieurwissenschaften, gefolgt von den Sprach- und Kulturwissenschaften mit 19,2 Prozent und der Fächergruppe Mathematik und Naturwissenschaften mit 16,1 Prozent. Hier haben sich im letzten Jahrzehnt gewisse Verschiebungen ergeben: Während die Ingenieurwissenschaften (WS 1982/83: 14,6 Prozent) zugelegt haben, verloren die Sprach- und Kulturwissenschaften (damals: 25,4 Prozent) an Attraktivität.

1990 wurden in Nordrhein-Westfalen 518 Weiterbildungseinrichtungen gezählt (1989: 510); im langjährigen Vergleich zeigen sich hier keine signifikanten Veränderungen. 139 Einrichtungen befanden sich in kommunaler Trägerschaft, 201 wurden von anderen Trägern mit Angeboten in mehreren Sachbereichen und 52 von anderen Trägern mit dem Schwerpunkt politische Bildung unterhalten. Daneben wurden weitere 125 Einrichtungen freier Träger

18) ohne Beurlaubte und ohne Studienkolleg
19) ohne Kursstudenten

gezählt, die vor allem Weiterbildungsmaßnahmen im Bereich der Eltern- und Familienbildung anbieten.

Im Bereich der ganztägig durchgeführten Weiterbildungsveranstaltungen war fast durchgängig ein Anstieg zu verzeichnen: Die Einrichtungen in kommunaler Trägerschaft (Volkshochschulen) meldeten 15 400 Teilnehmertage, 36 Prozent mehr als ein Jahr zuvor. Die vor allem auf Eltern- und Familienbildung spezialisierten Träger kamen auf 140 700 Teilnehmertage (+29 Prozent), die anderen Träger mit Angeboten in mehreren Sachbereichen auf 931 600 (+5 Prozent) und jene mit Angeboten nur zur politischen Bildung auf 524 200 (–9 Prozent).

Bei den stundenweise durchgeführten Weiterbildungsveranstaltungen gab es Zuwächse bei den Volkshochschulen (+5 Prozent auf 3,2 Mill. Unterrichtsstunden) und den Einrichtungen, die überwiegend Eltern- und Familienbildung betreiben (+1 Prozent auf 1,3 Mill.). Dagegen meldeten die anderen Einrichtungen mit Angeboten in mehreren Sachbereichen hier stark rückläufige Zahlen (–28 Prozent auf 1,4 Mill.); auch bei den auf Angebote zur politischen Bildung spezialisierten Einrichtungen wurde der Vorjahreswert nicht erreicht (–2 Prozent auf 33 000).

Differenziert man die stundenweise durchgeführten Veranstaltungen nach Sachbereichen, so entfielen die meisten Unterrichtsstunden auf die Bereiche „personenbezogene Bildung“ (1,5 Mill.), „Eltern- und Familienbildung“ (1,5 Mill.) und „nichtberufliche abschlussbezogene Bildung“ (1,3 Mill.). Bei den ganztägigen Veranstaltungen dominierten die Bereiche „politische Bildung“ (752 400 Teilnehmertage), „personenbezogene Bildung“ (324 100 Teilnehmertage) und „Eltern- und Familienbildung“ (180 700 Teilnehmertage).

**Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte in NRW
(Basis 1985 = 100) im März 1992 (Monatsmitte)
Veränderungen der Hauptgruppen-Indizes und andere wichtige Preisveränderungen**

Rang- folge*)	Hauptgruppe, Gütergruppe, Gut	Wägungs- anteil	Veränderung gegenüber		Indexstand
			Vormonat	gleichem Monat des Vorjahres	
		‰	%		Punkte
	Gesamtpreisindex	1 000	+0,3	+ 4,5	112,9
	ohne Heizöl und Kraftstoffe	952,49	+0,4	+ 4,4	114,4
	ohne Saisonwaren ¹⁾	977,15	+0,4	+ 4,6	113,0
1	Güter für Verkehr und Nachrichtenübermittlung	144,03	+0,9	+ 7,9	115,7
	Personenkraftwagen		+2,1	+ 5,8	124,6
	Kraftstoffe (Benzin, Diesel)		–0,3	+16,4	99,5
2	Wohnungsmieten, Energie	250,29	+0,4	+ 3,9	109,6
	Wohnungsmieten		+0,6	+ 4,8	118,3
	sozialer Wohnungsbau		+0,9	+ 5,0	121,4
	freifinanzierter Wohnungsbau		+0,6	+ 4,7	117,6
	Energie		–0,5	+ 1,3	88,3
	Heizöl		–2,6	– 1,7	56,2
3	Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	229,89	+0,3	+ 4,1	110,9
	saisonabhängige Nahrungsmittel		–2,4	+ 3,0	112,3
	Frischfisch		+0,1	+ 6,7	145,3
	Kartoffeln		–	+17,0	125,7
	Frischobst		–2,8	+ 9,4	113,0
	Frischgemüse		–3,3	– 8,6	102,9
	sonstige Nahrungsmittel		+0,3	+ 4,0	109,5
	Brot und andere Backwaren		+0,3	+ 6,0	117,6
	Wurstwaren, Schinken, Speck		+0,3	+ 3,9	111,7
	Getränke, Tabakwaren		+1,4	+ 5,0	110,4
	Zigaretten		+2,8	+ 6,2	121,9
	Bier		+1,0	+ 4,9	115,2
4	Möbel, Haushaltsgeräte und andere Güter für die Haushaltsführung	72,21	+0,4	+ 3,6	111,8
	Tapeten, Anstrich, Reparaturen		+1,1	+ 4,8	116,8
5	Bekleidung, Schuhe	69,47	+0,4	+ 3,4	113,8
6	Güter für die persönliche Ausstattung, Dienstleistungen des Beherbergungsgewerbes sowie Güter sonstiger Art	109,41	+0,1	+ 4,7	121,8
	Dienstleistungen von Kreditinstituten und Versicherungen zusammen		+0,2	+ 5,5	123,7
	Dienstleistungen der Kreditinstitute		+5,3	+21,0	157,3
7	Güter für die Gesundheits- und Körperpflege	40,99	+0,1	+ 3,8	113,3
8	Güter für Bildung, Unterhaltung, Freizeit	83,71	–0,2	+ 4,3	112,3
	Schnittblumen und Topfpflanzen		–4,4	+ 6,8	108,3

*) Der Einfluß einer jeden Hauptgruppe auf die Gesamtindex-Veränderung wird hier aus dem Produkt der Veränderungsrate gegenüber dem Vormonat und dem Wägungsanteil berechnet: Rang 1 = größter preistreibender (bzw. geringster preisdämpfender) Einfluß; Rang 8 = geringster preistreibender (bzw. größter preisdämpfender) Einfluß. – 1) Kartoffeln, Frischgemüse, Frischobst einschl. Südfrüchten, Frischfisch und Blumen

Regionalauswertungen aus dem Mikrozensus

**Neuer Auswahlplan führt ab 1990 zu verbesserten regionalen
Auswertungsmöglichkeiten der 1 %-Repräsentativerhebung**

Preisindex für die Lebenshaltung im März 1992

Der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte ist in Nordrhein-Westfalen seit vorigem **Monat** (Mitte März / Mitte Februar) um 0,3 % auf 112,9 Punkte gestiegen (Basis 1985 = 100). Gegenüber dem **Vorjahr** (März 1991) beträgt die Indexveränderung +4,5 %; dies ist die höchste Teuerungsrate seit fast zehn Jahren (November 1982: ebenfalls +4,5 %). Im Februar 1992 hatte die für Jahresabstände berechnete Teuerungsrate bei +4,3 % gelegen, nach jeweils +3,9 % im Dezember 1991 und Januar 1992.

Ein noch deutlicherer Anstieg des Preisniveaus gegenüber Februar d. J., vor allem wegen der Preissteigerungen bei Pkws, Wohnungsmieten und verschiedenen Nahrungs- und Genußmitteln, wurde durch nachgebende Preise für Frischobst, Frischgemüse und Kartoffeln verhindert.

Für das erste Vierteljahr 1992 errechnet sich gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres eine durchschnittliche Veränderungsrate des Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte von +4,3 % (Januar bis März 1991/90: +2,4 %).

Für Vier-Personen-Haushalte von Arbeitern und Angestellten mit **mittlerem Einkommen** betrug die Indexveränderung (auf 112,9 Punkte) gegenüber dem Vormonat +0,4 % und in Jahresfrist +4,6 %, für Vier-Personen-Haushalte von Beamten und Angestellten mit **höherem Einkommen** (auf 113,7 Punkte) +0,4 % bzw. +4,6 % und für Zwei-Personen-Haushalte von Renten- und Sozialhilfeempfängern mit **geringem Einkommen** (auf 113,0 Punkte) +0,3 % bzw. +4,5 %.

Im Vergleich zu den Erhebungsumfängen in der empirischen Sozialforschung weist der Mikrozensus mit einem Auswahlplan von 1 % einen außergewöhnlich großen Stichprobenumfang auf. Er beträgt bundesweit unter Einbeziehung der neuen Länder rd. 800 000 Personen bzw. rd. 350 000 Haushalte. Für das Land Nordrhein-Westfalen umfaßt die Erhebung immerhin noch rd. 170 000 Personen bzw. 80 000 Haushalte. Vor diesem Hintergrund sind die Bemühungen zu sehen, den Mikrozensus, der bislang vornehmlich für den Bund und die Bundesländer und in wenigen Kernmerkmalen für die Regierungsbezirke ausgewertet wurde, verstärkt auch für kleinere Regionen auszuwerten, sofern sich dies als möglich erweist.

Hohe Erwartungen bestehen vor allem von Seiten der großen Städte und Kreise. Die kommunalen Politiker und Planer hoffen, künftig ihre Entscheidungen – aufgrund von Regionalauswertungen aus dem Mikrozensus – auf eine breitere statistische Basis stützen zu können.

Ein besonderes Problem ist bei Stichproben – anders als bei vollständigen Erhebungen wie z. B. den „Volkszählungen“ – das Auftreten von Stichprobenfehlern. Anhand einer Stichprobe, die eine Auswahl von nur einigen Elementen – beim Mikrozensus handelt es sich dabei um Personen oder Haushalte – aus einer großen Grundgesamtheit darstellt, lassen sich zunächst die dort – nämlich in der Stichprobe – zu beobachtenden Verhältnisse analysieren. Das eigentliche Ziel besteht allerdings darin, hiervon ausgehend zu Schlußfolgerungen über die Verhältnisse in der Grundgesamtheit zu kommen. Derartige Schlußfolgerungen sind mit Fehlerrisiken behaftet, die sich im Falle einer zufälligen Auswahl größenordnungsmäßig abschätzen lassen. Dabei spielt der Stichprobenumfang eine maßgebliche Rolle. Je weniger Elemente, d. h.

Haushalte bzw. Personen, die Stichprobe umfaßt, desto größer fallen im Mittel die Fehler bei den hieraus gefolgerten Aussagen über die Grundgesamtheit aus.

Regionalauswertungen haben dabei den Nachteil, daß der zugehörige Stichprobenumfang auf lediglich diejenigen Haushalte und Personen reduziert wird, die aus der jeweiligen Auswertungsregion stammen. Es ist offensichtlich, daß eine verstärkte Regionalisierung von Auswertungen zugleich eine Beschränkung der Auswertungstiefe in fachlicher Hinsicht bedingt. Eine Analyse von spezifischen sozialpolitischen Fragestellungen – wie z. B. nach den Lebensverhältnissen von Alleinerziehenden – ist bei einer landesweiten Gesamtzahl von nur rd. 300 000 Fällen weniger tief regionalisierbar als z. B. eine Analyse der Lebensverhältnisse von alleinlebenden Frauen, von denen es im Land rd. 1,2 Millionen gibt.

Mikrozensus-Auswahl ab 1990 auf Regionalauswertungen zugeschnitten

Die Voraussetzungen für systematische Regionalauswertungen aus dem Mikrozensus wurden mit der Erhebung im Jahr 1990 stark verbessert. Dabei ist zunächst auf die aktualisierte Auswahlgrundlage zu verweisen. Die Ziehung einer repräsentativen Stichprobe setzt voraus, daß die Auswahl auf einer möglichst vollständigen Grundgesamtheit basiert. Im Rahmen des Mikrozensus bedeutet das, daß bei der 1%igen Stichprobe möglichst alle Haushalte mit der Auswahlchance von einem Hundertstel berücksichtigt werden. Als Grundlage für die Auswahl wird beim Mikrozensus das Adreßmaterial aus der jeweils letzten Volkszählung verwandt. Dieses Material muß entsprechend der Neubautä-

tigkeit um Neubau-Adressen ergänzt werden. Für den Mikrozensus 1990 konnte erstmals auf das Adreßmaterial aus der Volkszählung 1987 – ergänzt um Neubau-Adressen aus den Folgejahren – zurückgegriffen werden; gegenüber den Erhebungen zuvor, bei denen die Auswahlgrundlage noch auf der Volkszählung 1970 basierte, dürfte hiermit eine erheblich höhere Repräsentativität gewährleistet sein¹⁾.

Weitere Verbesserungen bringt das neue Auswahlverfahren ab 1990. Der Mikrozensus beruht bekanntlich nicht auf einer reinen Zufallsauswahl von einzelnen Haushalten; er basiert vielmehr nach wie vor auf einer „Klumpenstichprobe“. Dabei werden Klumpen, die aus einer Mehrzahl benachbarter Wohnungen bestehen, man spricht auch von Auswahlbezirken, zufällig gezogen. Alle Haushalte in den ausgewählten Klumpen gelangen in die Stichprobe. Im Rahmen von Interviewer-Erhebungen, wie dem Mikrozensus, liegen die Vorteile einer Klumpenstichprobe gegenüber der einfachen Zufallsstichprobe bei gleichem Auswahlverfahren in einer Verringerung des Erhebungsaufwands; nachteilig ist aber, daß die Zufallsfehler durch die Klumpung tendenziell größer werden. Nach dem neuen Auswahlverfahren ist die durchschnittliche Klumpengröße von vormals rd. 25 ab 1990 auf rd. 8 Haushalte reduziert worden. Dies führt zu einer Verbesserung der Mikrozensusergebnisse, da die Zufallsfehler hierdurch tendenziell verringert werden. Gleichzeitig werden – und dies war das wichtigste Ziel der Klumpenverkleinerung –

die Auswertungsmöglichkeiten auf regionaler Ebene verbessert. Die Auswirkungen von Zufallsfehlern auf die Qualität von Mikrozensusergebnissen werden an späterer Stelle erläutert.

Regionales „Raster“ im neuen Auswahlplan

Dem Ziel, verstärkt kleinräumige Auswertungen durchzuführen, wird durch die regionale Schichtung Rechnung getragen, die drei hierarchische Ebenen aufweist: die „regionalen Untergruppen“, die „regionalen Schichten“ und die „Anpassungsschichten“²⁾. Während die Ebene der „regionalen Untergruppen“ mit teilweise nur rd. 100 000 Einwohnern für eine Auswertung kaum geeignet erscheint, haben die beiden höheren Schichtebenen günstigere Voraussetzungen³⁾. Dies gilt vor allem für die Anpassungsschichten, deren Vorzug gegenüber den regionalen Schichten nicht nur in dem Größenvorteil – gemessen an der Einwohnerzahl – besteht, sondern vor allem in der hierfür vorgenommenen „Anpassung“. Auf dieser Ebene, die die größeren Städte (Volkszählung 1987: 250 000 und mehr Einwohner) und die großen Kreise nachweist, werden die Mikrozensus-Ergebnisse an die Einwohnerzahlen der Bevölkerungsfortschreibung angepaßt⁴⁾. Damit werden die Erhebungsergebnisse gegenüber zufallsbedingten Größenschwankungen stabilisiert⁵⁾.

Für den regionalen Zuschnitt der Anpassungsschichten waren bestimmte Vorgaben, die bundesweit abgestimmt worden sind, maßgeblich. So wurde für die Anpassungsschichten eine durchschnittliche Mindestzahl von 500 000 Einwohnern vereinbart. Für Nordrhein-Westfalen ist damit bei rd. 17 Mill. Einwohnern eine Höchstzahl von 34 Anpassungsschichten vorgegeben. Weiterhin war die Schichtbildung an den Regierungsbezirken zu orientieren, d. h. bezirksübergreifende Schichten waren zu vermeiden. Für das Land Nordrhein-Westfalen wurde eine Schichtung vorgenommen, die sich an der Verwaltungsgliederung der Kreisebene (31 Kreise, 23 kreisfreie Städte) anlehnt. Dabei waren allerdings Zusammenfassungen erforderlich, um ausgehend von 54 Einheiten auf der Kreisebene zu der Höchstzahl von 34 Anpassungsschichten zu gelangen.

Das Ergebnis ist in Abbildung 1 auf S. 182 dargestellt. Nach dieser Lösung sind alle kreisfreien Städte mit mehr als 250 000 Einwohnern und zumindest die größeren Kreise als eigenständige Anpassungsschichten ausgewiesen. Die größte Einheit ist die Stadt Köln mit rund 1 Million Einwohner; die kleinsten Einheiten bilden die Städte Gelsenkirchen und Bonn sowie der Zusammenschluß von Solingen und Remscheid mit jeweils zwischen 250 000 und 300 000 Einwohnern.

1) Zweifel an der Repräsentativität der „alten“ Auswahl gab es vor allem, weil die Zahl der im Anschluß an die Volkszählung 1970 neugebauten Wohnungen nach dem damaligen Ergänzungsverfahren in der Erhebung unterrepräsentiert schien. Inzwischen wird die Neubau-Ergänzung aber nach einem verbesserten Verfahren – auf Basis der Baufertigstellungsstatistik – vorgenommen.

2) Auf die neben der regionalen Schichtung zusätzlich erfolgende Schichtung der Auswahlgrundlage bzw. der Stichprobe nach Gebäudegrößenklassen sei hier nur am Rande hingewiesen. Hiermit soll gewährleistet werden, daß die unterschiedlichen Siedlungsstrukturen und Wohnformen vom Ein- oder Zweifamilienhaus über das Mehrfamilienhaus bis zur Gemeinschaftsunterkunft möglichst repräsentativ einbezogen werden.

3) Für die Ebene der regionalen Schichten beträgt die durchschnittliche Einwohnerzahl rd. 350 000, für die Anpassungsschichten rd. 500 000 Einwohner.

4) Im Rahmen der Bevölkerungsfortschreibung werden die Bevölkerungsstatistiken durch Berücksichtigung von Geburten, Sterbefällen, Zu- und Fortzügen zwischen den Volkszählungen aktualisiert.

5) Bei einer freien Hochrechnung der Mikrozensus-Erhebung, die bei einem geplanten Auswahlverfahren von 1 % durch den Faktor 100 erfolgen würde, wären zufällige Schwankungen der Einwohnerzahlen schon wegen der Streuung der Einwohnerzahl in den Auswahlbezirken unvermeidlich. Die Anpassung erfolgt in den Anpassungsschichten jeweils für 4 Eckzahlen, nämlich für die Ausländer und die Deutschen jeweils nach Männern und Frauen gegliedert.

Außer den betrachteten Anpassungsschichten kommen vielfältige weitere Regionalabgrenzungen für Auswertungen in Frage. Dies gilt z. B. für alle größeren Teilräume des Landes, die sich aus Anpassungsschichten zusammensetzen lassen, wie z. B. die fünf Regierungsbezirke des Landes, die Zuständigkeitsbereiche der beiden Landschaftsverbände, das Gebiet des Kommunalverbandes Ruhrgebiet oder auch die Bundesraumordnungsregionen. Für diese Regionen ergeben sich keine besonderen Auswertungsprobleme. Es handelt sich um große Einheiten, so daß die Risiken durch Zufallsfehler begrenzt sind; weiterhin ergibt sich für diese Regionen offensichtlich automatisch eine Anpassung an die Bevölkerungseckwerte aus der Fortschreibung.

Auch für Regionen, die nicht aus Anpassungsschichten zusammensetzbar sind, sondern aus anderen „Regional-Bausteinen“, wie z. B. aus den Kreisen und kreisfreien Städten, sind Auswertungen nicht von vornherein auszuschließen. Im Gegenteil, die Auswahl ist im Mikrozensus so angelegt, daß die Regionen auch kleinräumig in der Stichprobe angemessen vertreten sind⁶⁾. Dies ermöglicht z. B. Auswertungen nach Gemeindegrößenklassen, die sich aus teilweise kleinen einzelnen Gemeinden als Regional-Bausteinen zusammensetzen.

Die Auswertungseinheiten müssen jedoch – angesichts der Zufallsfehlerproblematik – eine erforderliche Mindest-Größenordnung aufweisen. Die Kriterien hierfür liefert die Fehlerrechnung. Unterhalb von ca. 200 000 bis

250 000 Einwohnern dürften, wie die Fehlerrechnungen zeigen, kaum hinreichend gesicherte Ergebnisse zu erzielen sein. Hierauf wird an späterer Stelle noch eingegangen.

Regionalergebnisse des Mikrozensus 1990

Es besteht lebhaftes Interesse an regionalen Ergebnissen – dies gilt vor allem für die großen Städte. In einem Gesprächskreis „Mikrozensus“ wurden von Kommunalstatistikern und Vertretern des Landesamtes für Datenverarbeitung und Statistik NRW Vorschläge zu künftigen Regionalauswertungen erarbeitet und ein Programm für regionale Auswertungstabellen entwickelt. Die Ausgestaltung war dabei primär am Informationsbedarf der Kommunalstatistik ausgerichtet; gleichzeitig spielte die begrenzte fachliche Auswertungstiefe für Regionen eine Rolle. So war man bemüht, für die Regionaltabellen einen realistischen Vorschlag zu erarbeiten, der zu „zuverlässigen“ Ergebnissen führt.

Mit der Nahezu-Millionenstadt Köln auf der einen und Städten wie Gelsenkirchen oder Bonn mit jeweils unter 300 000 Einwohnern auf der anderen Seite liegen Anpassungsschichten recht unterschiedlicher Größe vor. Damit sind auch die fachlichen Auswertungsmöglichkeiten entsprechend unterschiedlich. Es wurde gleichwohl ein einheitliches Regionaltabellenprogramm vorgesehen. Die Einheitlichkeit erhöht die Übersicht und erleichtert Regionalvergleiche. Größenbedingte Unterschiede der zulässigen fachlichen Auswertungstiefe können auch bei einheitlichem Tabellenprogramm volle Berücksichtigung finden. Sie schlagen sich darin nieder, daß mehr oder weniger Tabellenfelder gesperrt werden müssen. Tabellen für große An-

passungsschichten werden dabei natürlich tendenziell weniger gesperrte Felder aufweisen als Tabellen für kleine.

Das entwickelte Regionaltabellenprogramm umfaßt rd. 25 Seiten EDV-Tabellen aus den Bereichen Bevölkerung, Erwerbstätige, Haushalte und Familien. Eine umfassende Dokumentation der Regionalergebnisse würde den Rahmen des vorliegenden Beitrags übersteigen. Hier können lediglich einige Hauptergebnisse dokumentiert werden; im Mittelpunkt stehen dabei die vier kartographischen Darstellungen in Abbildung 2 auf Seite 183.

Bei den Erwerbsquoten (Anteil der Erwerbspersonen an der Gesamtbevölkerung) sind auf der Ebene der Anpassungsschichten Werte zwischen 43 % und 52 % zu verzeichnen. Wie das Kartogramm a zeigt, sind deutliche regionale Zusammenhänge zu erkennen. Besonders hoch liegen die Erwerbsquoten z. B. in der Rheinschiene zwischen Bonn und Düsseldorf, in den bergischen Städten Wuppertal und Remscheid/Solingen sowie in Teilen von Ostwestfalen, wohingegen niedrige Erwerbsquoten räumlich konzentriert in weiten Teilen des Ruhrgebiets vorzufinden sind.

Ein ähnliches räumliches Verteilungsmuster zeigt sich im Kartogramm b für den Anteil der im tertiären Bereich (Dienstleistungsbereich) Tätigen an allen Erwerbstätigen. Auch hierfür bildet die Rheinschiene zwischen Bonn und Düsseldorf einen räumlichen Schwerpunkt, und zwar für Regionen mit besonders hohem Erwerbstätigenanteil im Dienstleistungsbereich. Weiterhin weisen auch die Stadt Essen sowie die aus der Stadt Münster und den benachbarten Kreisen Coesfeld und Warendorf gebildete Anpassungsschicht mit

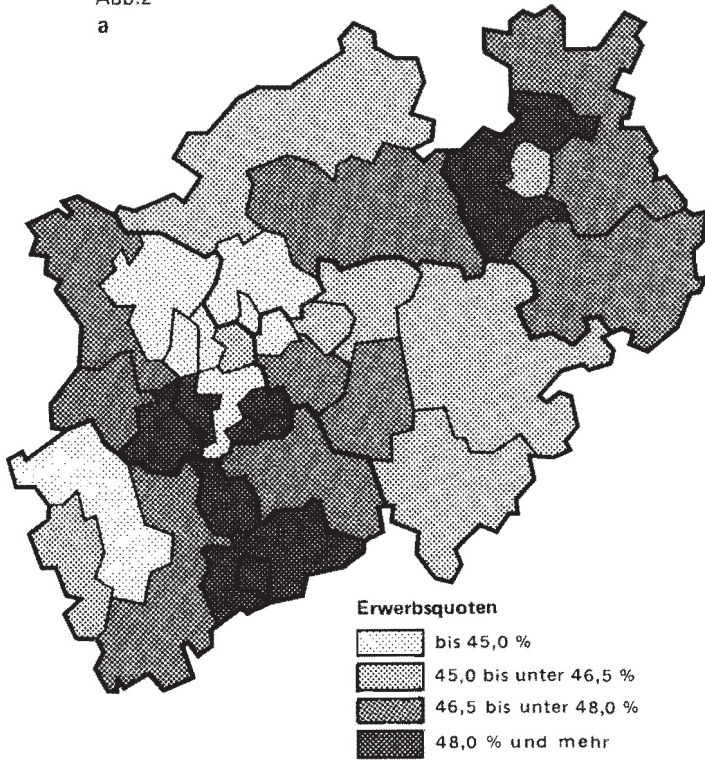
6) Praktisch wird dies dadurch erreicht, daß aus dem regional sortierten Material nach Zufallsauswahl des ersten Klumpens die weiteren Klumpen anhand eines festen Auswahlabstandes von 100 ermittelt werden. Dies führt zur Auswahl jedes einhundertsten Klumpens. Die zusätzliche Sortierung des Materials nach Gebäudegrößenklassen ändert hieran prinzipiell nichts.

Mikrozensus-Anpassungsschichten in Nordrhein-Westfalen

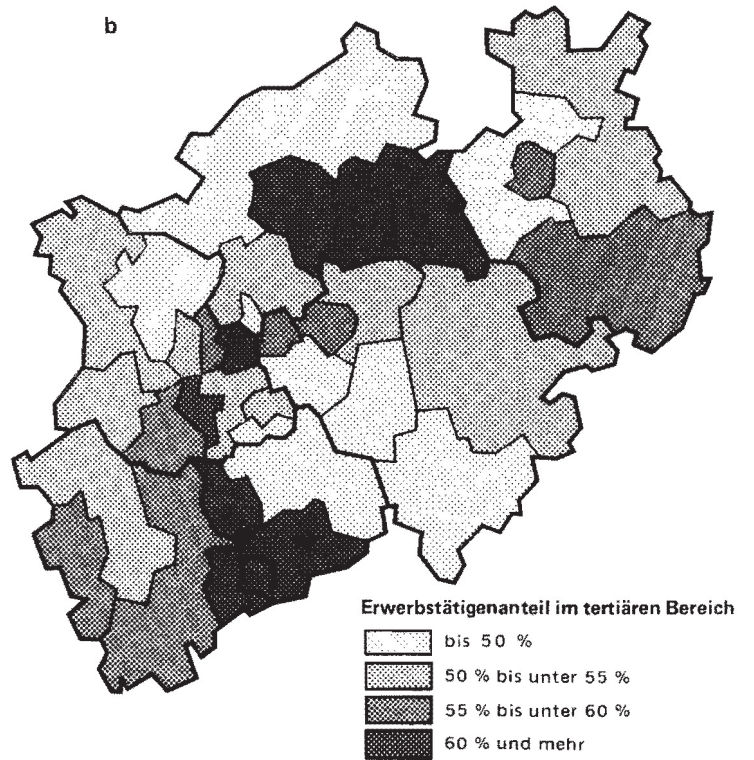
Abb. 1



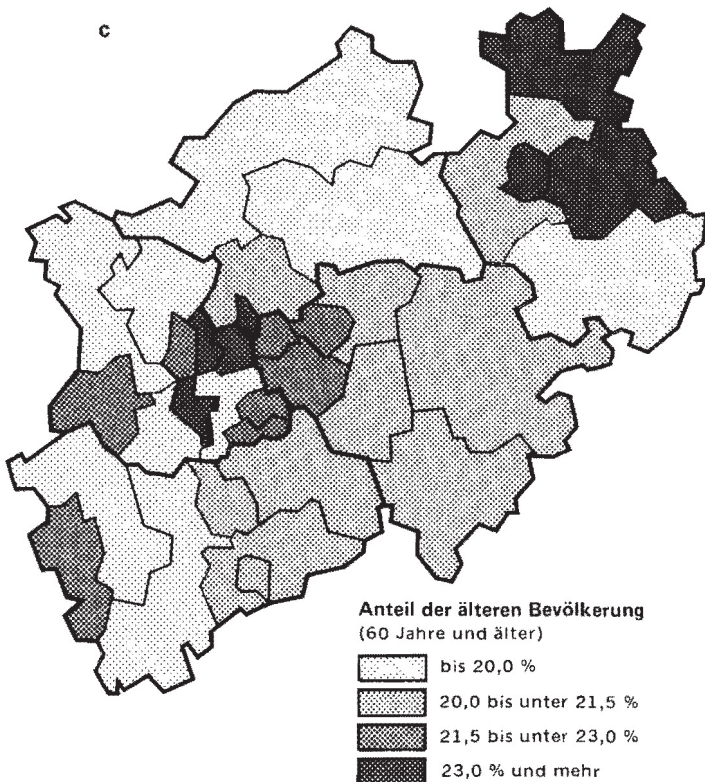
Abb.2
a



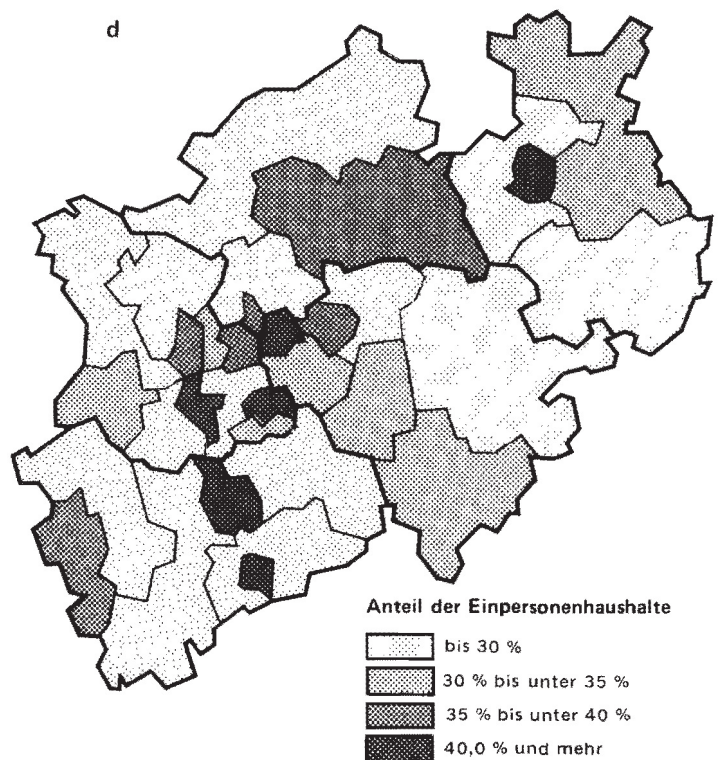
b



c



d



Anteilen von über 60 % der Erwerbstätigen besonders starke Dienstleistungsorientierung auf.

Besonders gering ist der tertiäre Bereich demgegenüber am Nordrand des Ruhrgebiets sowie in dem durch die bergischen Kreise, den Märkischen Kreis und das Siegerland gebildeten Raum vertreten, wobei letzterer traditionell eine stärker industriell ausgerichtete Struktur aufweist.

Auch im Kartogramm c, in dem der Anteil der älteren Mitbürger im Alter von 60 und mehr Jahren an der Gesamtbevölkerung ausgewiesen wird, sind deutliche räumliche Strukturen erkennbar. Besonders viele ältere Menschen sind danach nicht nur in einigen Großstädten im Ruhrgebiet und in Düsseldorf anzutreffen, sondern auch im Nordostzipfel des Landes, in dem eine Vielzahl attraktiver Kurorte zu verzeichnen ist. Die niedrigsten Altenanteile sind dagegen räumlich konzentriert, z. B. in eher ländlich strukturierten Räumen im Münsterland, an der Grenze zu den Niederlanden und auch in der Eifel anzutreffen. Unterdurchschnittliche Anteile älterer Mitbürger sind aber teilweise auch in stärker verdichteten Räumen, wie den Kreisen Mettmann und Neuss sowie Höxter/Paderborn zu verzeichnen. Dabei dürfte auch die Zuwanderung von jüngeren Arbeitnehmern in der Vergangenheit, die eine Folge der Attraktivität der dortigen Arbeitsmärkte darstellt, für die heutigen dort anzutreffenden geringen „Altenanteile“ eine Rolle spielen.

Besonders starke regionale Unterschiede sind bei einer Betrachtung der Größenstruktur der Privathaushalte festzustellen. So schwankt der Anteil der Single-Haushalte an der Gesamtzahl der Haushalte zwischen 22 % und 47 %. Hinsichtlich des räumlichen Verteilungsmusters ist dabei, wie Schaubild d verdeutlicht, ein Zu-

sammenhang zum regionalen Altenanteil (Schaubild c) zu verzeichnen. Dieses Ergebnis wird verständlich, wenn man sich vergegenwärtigt, daß ältere Mitbürger bzw. vor allem Mitbürgerinnen häufig nach dem Tod des (Ehe-) Partners allein leben. Fast alle Regionaleinheiten mit geringem Altenanteil zeichnen sich dementsprechend zugleich durch einen niedrigeren Anteil an Einpersonenhaushalten aus.

Die höchsten Anteile an Einpersonenhaushalten sind allerdings regional nicht ohne weiteres mit den höchsten Altenanteilen deckungsgleich. So ist z. B. für die Kurbäderregion in Ostwestfalen zu dem hohen Altenanteil kein entsprechend hoher Anteil an Einpersonenhaushalten zu verzeichnen. Umgekehrt sind z. B. in den Städten Köln und Bonn überdurchschnittlich viele Einpersonenhaushalte anzutreffen, obwohl der Anteil der älteren Mitbürger eher gering ist. Für Köln und Bonn ist allerdings – wie für andere Städte mit großen Universitäten – ein hoher Anteil von jüngeren alleinlebenden Personen charakteristisch.

Die hier anhand der Abbildung 2 erläuterten Regionalergebnisse sind nur als exemplarisch zu betrachten. Dies gilt gleichermaßen für die zugehörige Tabelle auf S. 189, die alle den Kartogrammen zugrundeliegenden Angaben für die nordrhein-westfälischen Anpassungsschichten enthält. Bei weitergehendem Interesse wird darum gebeten, mit dem LDS NRW Kontakt aufzunehmen⁷⁾.

Die wenigen vorgestellten Beispiele sind aber insoweit vielversprechend, als sie deutliche räumliche Zusam-

menhänge erkennen lassen, die plausiblen Interpretationen zugänglich sind. Dies ist nicht zuletzt auch darauf zurückzuführen, daß die dargestellten Ergebnisse nur mit geringen Zufallsfehlern behaftet sind, wie die folgenden Ausführungen zeigen.

Auswirkungen von Zufallsfehlern

Bei Auswertungen aus Stichproben sind grundsätzlich Risiken von Zufallsfehlern zu berücksichtigen; dies gilt in besonderem Maß für Regionalauswertungen, bei denen aufgrund kleiner Fallzahlen mit erhöhten Fehlerrisiken zu rechnen ist. Da die im Rahmen von Stichproben wie dem Mikrozensus auftretenden Zufallsfehler mathematisch abschätzbar sind, kann man diesem Problem aber entsprechend begegnen. Dazu gehört zunächst einmal die Durchführung von Fehlerkalkulationen, in denen die Größe der auftretenden Fehler abgeschätzt wird. Dazu gehört weiterhin eine Vorstellung darüber, bis zu welcher Größenordnung Fehler als tolerierbar angesehen werden sollen.

Da auf Basis des Mikrozensus 1990 umfangreiche Fehlerrechnungen durchgeführt worden sind, deren Methoden und Ergebnisse an anderer Stelle ausführlich erläutert wurden, kann sich die folgende knappe Darstellung hierauf beziehen⁸⁾.

Besonders anschaulich lassen sich die Ergebnisse der Fehlerrechnungen grafisch darstellen. Dabei wird der einfache relative Standardfehler in Abhängigkeit von der Besetzungszahl für alle interessierenden Merkmale und Regionen betrachtet.

7) Es können z. B. die Ergebnisse des Regionaltabellenprogramms für eine einzelne Anpassungsschicht sowie für die übergeordneten Vergleichsregionen Regierungsbezirk und Land, sofern gewünscht, auf Anfrage kurzfristig zur Verfügung gestellt werden. Anfragen erbeten unter Telefon (02 11) 94 49-58 35.

8) Eine Publikation zu den Ergebnissen umfangreicher Fehlerrechnungen, die im LDS auf der Grundlage des Mikrozensus 1990 durchgeführt worden sind, wird in einem späteren Heft der Statistischen Rundschau Nordrhein-Westfalen erscheinen.

Im Zuge der o. a. Fehlerrechnungen hat sich allerdings gezeigt, daß es Merkmale gibt, die sich zu einer Gruppe zusammenfassen lassen, für die eine einzige Fehlerkurve näherungsweise zutrifft. Dies gilt z. B. für alle Merkmale aus dem Bereich Bevölkerung/Erwerbstätige. Die verbleibenden Merkmale lassen sich hinsichtlich ihrer Fehlerrisiken zu zwei weiteren Gruppen zusammenfassen, wobei sich ausländerspezifische Merkmale durch besonders hohe, haushaltsbezogene Merkmale dagegen durch vergleichsweise niedrige Fehler auszeichnen. Die merkmalspezifischen Unterschiede beim Zufallsfehler sind dabei auf die verwendete „Klumpenstichprobe“ zurückzuführen⁹⁾.

Aufgrund der Gruppenbildung ergeben sich im Hinblick auf die Merkmale letztlich nur 3 Fehlerkurven, die allerdings je nach Auswertungsregion unterschiedlich ausfallen können. Dabei sind in regionaler Hinsicht zwei Effekte wirksam: ein Niveau-Effekt, der von der Größe, d. h. von der Personen- bzw. Haushaltszahl, der jeweiligen Auswertungsregion abhängig ist, sowie ein Struktur-Effekt. Der Niveau-Effekt bewirkt – auf die mathematische Darstellung der Zusammenhänge muß hier verzichtet werden –, daß sich die Fehlerkurven in der Darstellungsform von Abbildung 3 mit zunehmender Größe der Auswertungsregion nach unten verschieben und umgekehrt.

Der Struktur-Effekt spiegelt regionspezifische Unterschiede bezüglich der Merkmalsklumpung wider. Dieser Effekt fällt für eine Region tendenziell

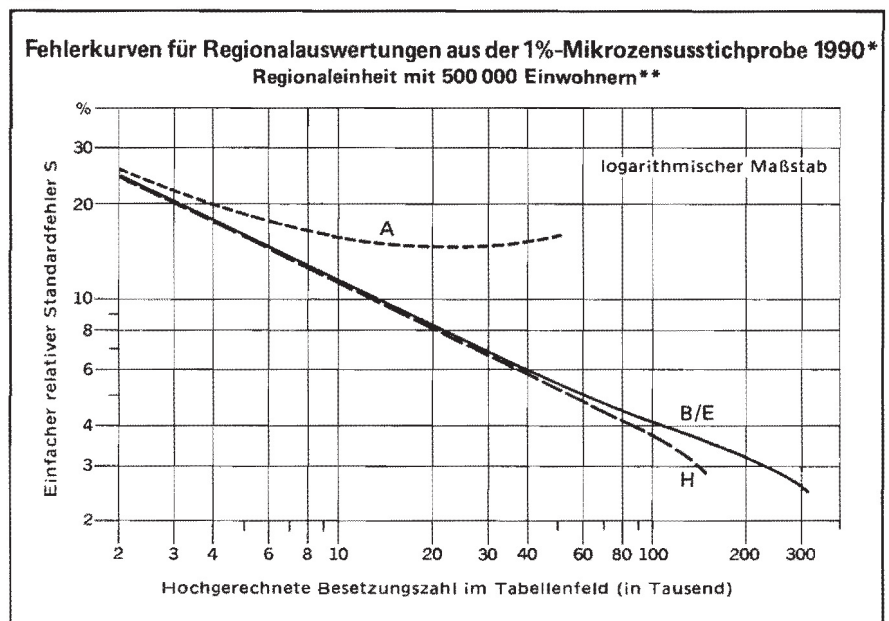
umso geringer aus, je gründlicher die Haushalte bzw. Personen in der Region „gemischt“ sind, d. h. je geringer Merkmalsklumpungen – wie z. B. durch räumliche Konzentration von älteren Mitbürgern oder von kinderreichen Familien in bestimmten Wohngebieten – ausfallen¹⁰⁾.

Es hat sich bei den Fehlerrechnungen allerdings herausgestellt, daß sich der Einfluß der Konzentration von Merkmalen auf den Zufallsfehler von Region zu Region nicht stark unterscheidet. Dies ermöglicht, im Rahmen der Fehlerrechnungen von einer einzigen „Durchschnittsregion“ auszugehen, die in ihrer Struktur dem Land Nordrhein-Westfalen entspricht.

Eine solche Region mit Landesstruktur liegt auch den Fehlerkurven in Abbildung 3 zugrunde. Dabei ist hinsichtlich der Größe der Region von einer Einwohnerzahl von 1/34 der Landesbevölkerung von 17 Mill. ausgegangen worden. Mit 500 000 Einwohnern entspricht dies der Durchschnittsgröße der 34 Anpassungsschichten des Landes, und entsprechend ist auch der größenabhängige Niveau-Effekt auf den Zufallsfehler gerade hierauf abgestellt.

Da sich der Niveau-Effekt, wie die Fehlerrechnungen weiter gezeigt haben, für Regionen in dem Größenbereich von 250 000 bis zu 1 Mill. Einwohnern nur geringfügig auswirkt, ist an dieser

Abb.3



* bei freier Hochrechnung ohne Anpassung
** Struktur gem. Land NRW

9) Besonders nachteilig wirkt sich die Klumpung bei solchen Merkmalen aus, die räumliche Schwerpunkte aufweisen. Hierzu zählt z. B. die Staatsangehörigkeit, da Ausländer häufig in bestimmten Wohngebieten konzentriert leben. Der Einfluß der Klumpung auf den relativen Standardfehler gegenüber einer einfachen Zufallsstichprobe, der „Klumpenzuschlagsfaktor“, fällt daher je nach Merkmal unterschiedlich aus. Zum Einfluß der Klumpung auf das Fehlerrisiko vergleiche auch den in Fußnote 8 angekündigten Beitrag.

10) Bei gründlicher Mischung stellt jeder Auswahl-Klumpen, der wie zuvor bereits erläutert aus rd. 8 Haushalten besteht, in sich bereits eine weitgehend repräsentative Abbildung der soziodemographischen Vielfalt der in der Region insgesamt anzutreffenden Haushalte dar, und der mit der zufälligen Auswahl der Klumpen verbundene Einfluß fällt vergleichsweise gering aus.

Stelle festzuhalten, daß die in Abbildung 3 dargestellten Fehlerkurven für jede der 34 Anpassungsschichten im Land näherungsweise zutreffen, sowohl für die kleinste mit unter 300 000 als auch für die größte mit fast 1 Mill. Einwohnern.

Wie der fallende Verlauf der beiden Kurven für die Merkmalsbereiche Bevölkerung und Erwerbstätige (Kurve B/E) und Haushalte (Kurve H) zeigt, nimmt der relative Standardfehler mit zunehmender Besetzung ab. Für beide Kurven, die im oberen Bereich praktisch aufeinander liegen, beträgt s z. B. bei einer Besetzung von 3 000 etwa 20 %, bei 6 000 rd. 15 %, bei 10 000 rd. 12 %, bei 20 000 rd. 8 %, bei 40 000 rd. 6 % und schließlich bei einer Besetzung von 100 000 – die betrachteten Fehlerkurven sind an dieser Stelle bereits optisch auseinandergefallen – gut 4 % für die B/E- und knapp 4 % für die H-Kurve.

Die A-Kurve für die ausländer-spezifischen Merkmale verläuft demgegenüber weit höher; hierfür liegt auch bei wachsender Besetzung der relative Standardfehler stets bei 15 % oder mehr, was die besonderen Fehlerrisiken in diesem Merkmalsbereich verdeutlicht.

Die Auswirkungen des Zufallsfehlers sollen nun an einem Beispiel verdeutlicht werden. Der Mikrozensus 1990 weist für das Land im Bereich „sonstige Dienstleistungen“ (ohne Handel, Verkehr und Nachrichtenübermittlung) insgesamt rd. 470 000 Erwerbstätige unter 25 Jahren auf. Dieser Kreis von Arbeitnehmern ist ein interessanter Indikator für die künftigen Entwicklungschancen, handelt es sich hierbei doch um den Nachwuchs in einem besonders prosperierenden Arbeitsmarktsegment. Angenommen, für diese Merkmalskombination sollten aus dem Mikrozensus die Ergebnisse für die Anpassungsschichten ermittelt werden, dann stellt sich die Frage nach den Fehlerrisiken und der Vertretbarkeit entsprechender Auswertungen.

Um diese Frage, die möglicherweise je nach Anpassungsschicht unterschiedlich zu beantworten sind, ex-

emplarisch zu untersuchen, sei im folgenden von einer Durchschnitts-Anpassungsschicht ausgegangen. Für diese Regionaleinheit, die im folgenden als „Mittelregion“ bezeichnet wird, habe der Mikrozensus 1990 – so sei angenommen – zu folgenden Ergebnissen geführt: Es ist jeweils entsprechend 1/34 der Landessumme sowohl die Zahl von 500 000 Einwohnern als auch – und dies ist für die weitere Fehleruntersuchung entscheidend – die Zahl von 13 800 Erwerbstätigen der betrachteten Gruppe (unter 25 Jahre alt, im Dienstleistungssektor tätig) „geschätzt“ worden¹¹⁾. In diesem Fall ist für das mit einer Regionalauswertung für die Mittelregion verbundene Fehlerrisiko anhand der B/E-Fehlerkurve in Abbildung 3 bei einer Besetzungszahl von 13 800 ein Standardfehler s von rd. 10 % abzulesen.

Der einfache Standardfehler gibt eine Fehlermarke an, die mit einer Wahrscheinlichkeit von rd. 68 % nicht überschritten wird. Das bedeutet, daß für „Mittelregion“ ausgehend vom Mikrozensus-Ergebnis von 13 800 ein Konfidenzintervall mit den Grenzen $G_u = 13\,800 - 1\,380 = 12\,420$ und $G_o = 13\,800 + 1\,380 = 15\,180$ gebildet werden kann, das den tatsächlichen Wert für die Nachwuchserwerbstätigen im Dienstleistungsbereich mit rd. zwei Drittel Wahrscheinlichkeit enthält. Es verbleibt eine Restwahrscheinlichkeit von einem Drittel für Werte außerhalb des Intervalls von 12 420 bis 15 180. Die entsprechenden Wahrscheinlichkeiten werden in Abbildung 4a durch die schraffierten Flächen unter der Glockenkurve größenproportional abgebildet¹²⁾.

Zur Verdeutlichung von Fehlerrisiken wird häufig auf den doppelten Standardfehler abgestellt. Ein unter Verwendung des doppelten Standardfehlers gebildetes Konfidenzintervall enthält den tatsächlichen Wert mit rd. 95 % Wahrscheinlichkeit. Im betrachteten Beispiel ergibt sich ausgehend von dem Mikrozensus-Schätzwert von 13 800 ein entsprechendes 95 %-Intervall in den Grenzen von 13 800 Plus/Minus 2 760, d. h. in den Grenzen von 11 040 bis 16 560. Die große Breite des 95 %-Intervalls, bei dem die Obergrenze rd. 50 % über dem Wert der Untergrenze liegt, zeigt den großen Einfluß der Zufallsfehler im betrachteten Beispiel.

Bisher ist lediglich die eine Regionaleinheit „Mittelregion“ betrachtet worden; i. d. R. wird eine Regionalauswertung aber flächendeckend angelegt sein. Das Hauptinteresse gilt dann gerade den zwischen den Regionen zu verzeichnenden Unterschieden. Im Rahmen eines solchen Regionalvergleichs gehen Zufallsfehler in das Ergebnis für jede Region ein; bei einer Auswertung auf der Ebene der nordrhein-westfälischen Anpassungsschichten sind es entsprechend 34 Zufallsfehler-Realisationen. Um einen Eindruck zu gewinnen, wie stark die Ergebnisse von solchen Regionalauswertungen durch Zufallsfehler beeinträchtigt werden, sind in Abb. 5 34 Zufallsfehler entsprechend der betrachteten Fehlerverteilung mit $s = 10\%$ „gestreut“ worden¹³⁾.

22 der Zufallsfehler liegen danach betragsmäßig unter 10 % und 12 darüber. Zwei übersteigen das Zweifache von s, und zwar der Fehler F_1 , der das

11) Die Zahl von 500 000 Einwohnern ist nicht als Schätzung anzusehen, sondern als Ergebnis der Anpassung.

12) Angenommen ist dabei, daß die Mikrozensusergebnisse einer Normalverteilung folgen; diese Annahme kann hier (aufgrund des zentralen Grenzwertsatzes) als näherungsweise erfüllt angesehen werden.

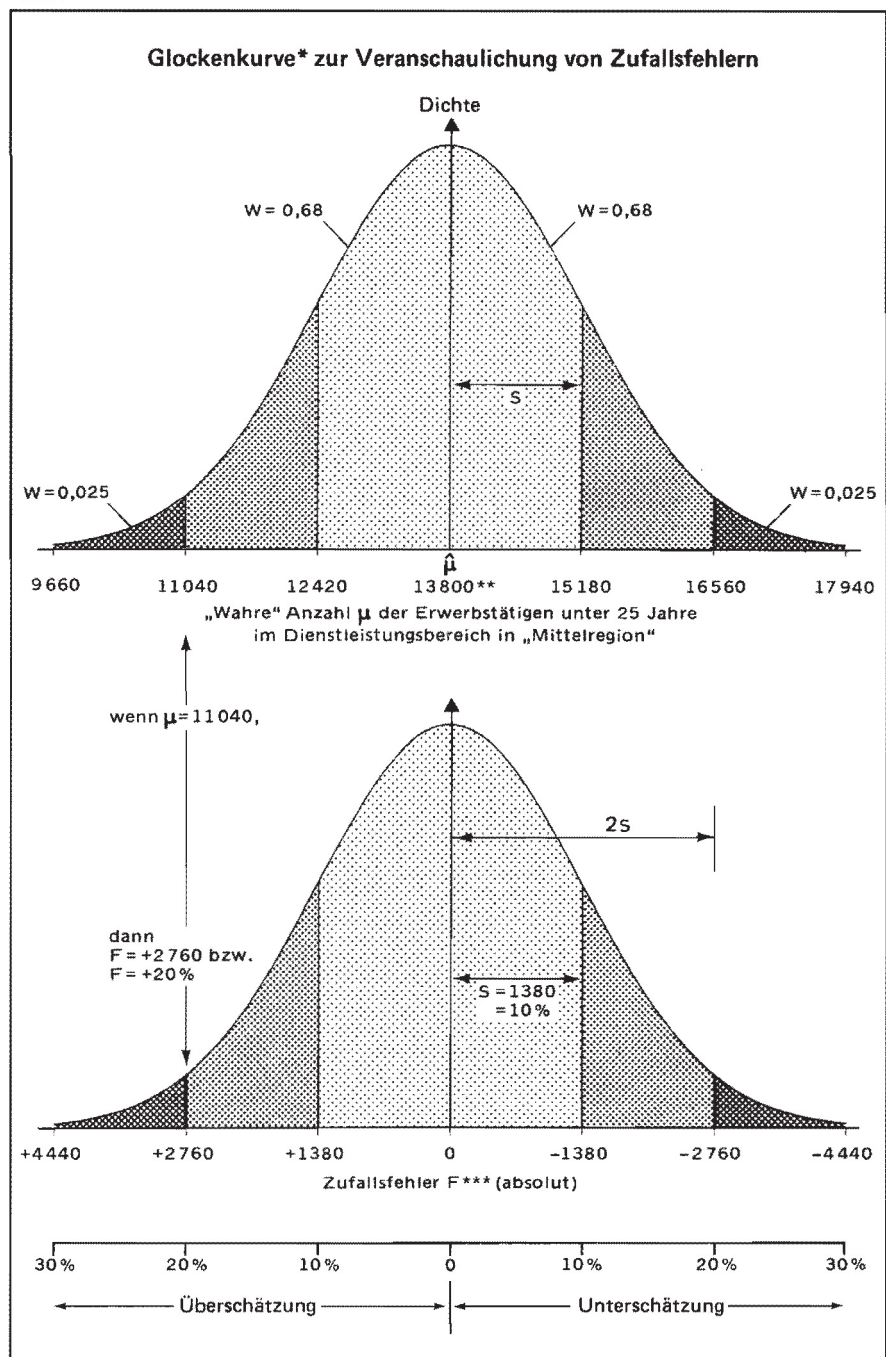
13) Unterstellt ist hierbei die Auswertung eines Merkmals, das in allen 34 Anpassungsschichten gleichermaßen mit rd. 13 800 Fällen vorkommt. Angesichts der zwischen den Schichten bestehenden Größenunterschiede stellt die getroffene Annahme strenggenommen eine nicht zulässige Vereinfachung dar. An der Argumentation ändert dies aber im Grundsatz nichts.

Ergebnis rd. 20 % zu niedrig ausweist, und der Fehler F_{34} , der eine Überschätzung in entsprechender Höhe beinhaltet¹⁴⁾. Wenn sich ein Vergleich auf die Regionen mit diesen beiden extremen Fehlern F_1 und F_{34} bezieht, so ergibt sich aufgrund der Fehlereinflüsse eine starke Verzerrung des tatsächlichen Größenverhältnisses. Wenn sich die tatsächlichen Werte in den Regionen z. B. wie 1 : 1 verhalten, führen die Zufallsfehler zu einem Verhältnis von mehr als 1,2 : 0,8, d. h. das Größenverhältnis wird anstelle von 1 mit mehr als 1,5 ausgewiesen. Das Beispiel zeigt, wie stark Regionalergebnisse tendenziell durch Zufallsfehler beeinflusst werden, wenn von einem Standardfehler s von 10 % ausgegangen wird. (Siehe Abb. 5 S. 188).

Nun sind Zufallsfehler im Mikrozensus kein neues, sondern lediglich ein im Zusammenhang mit Regionalauswertungen wiederum ins Blickfeld gerates Thema. Bei der Handhabung von Zufallsfehlern kann daher an die bisherige Auswertungspraxis angeknüpft werden. Danach werden Ergebnisse, die angesichts hoher Fehler Risiken als nicht aussagefähig bzw. als nur beschränkt aussagefähig anzusehen sind, gesperrt, d. h. nicht weitergegeben bzw. eingeklammert angegeben.

Im Rahmen von Regionalauswertungen gewinnen Fehler Risiken allerdings besondere Bedeutung – nicht nur wegen der mit der geringen Besetzung verbundenen erhöhten Zufallsfehler, sondern auch wegen der sich ergebenden Ergebnisfülle für Regionalvergleiche. Wird dabei auf die Extrema, d. h. auf den „looser“ und

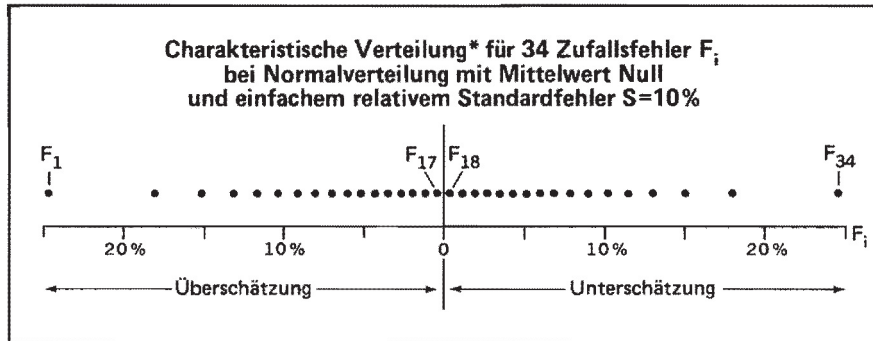
Abb.4



14) Die 34 Fehler-Realisationen sind auf der waagerechten Achse proportional zur Fläche unter der Glockenkurve verteilt, so daß das Verteilungsschema für das betrachtete Beispiel mit $s = 10\%$ als charakteristisch anzusehen ist.

* Es handelt sich um eine Dichtefunktion bei unterstellter Normalverteilung.
 ** 13800 ist der Mikrozensus-Stichproben-Schätzwert $\hat{\mu}$ für die wahre Anzahl μ .
 *** Der Zufallsfehler F ist: $F = \hat{\mu} - \mu$. Angenommen μ wäre 11040, dann läge mit $\hat{\mu} = 13800$ als Schätzwert eine Überschätzung vor, d. h. ein positiver Zufallsfehler von $F = 2760$ bzw. von $F = 20\%$.

Abb.5



* analog zu den Flächenproportionen unter der Glockenkurve aus Abb.4

den „winner“ abgehoben, so ist die Gefahr nicht gering, daß die für das Vergleichspaar zu verzeichnenden Unterschiede ausschließlich oder überwiegend eine Konsequenz des Zufallseinflusses sind. Eine uneingeschränkte Veröffentlichung von Regionalergebnissen bei einem dem Beispiel entsprechenden Fehlerrisiko von $s = 10\%$ erscheint daher problematisch. Eine objektive Vorgabe für eine vertretbare maximale Fehlertoleranz ist leider nicht generell anzugeben. Entscheidend ist letztlich, daß aus den Statistik-Ergebnissen die richtigen Schlüsse gezogen und die Fehlerrisiken nicht vernachlässigt werden¹⁵⁾.

Ausblick

Beginnend mit dem Mikrozensus 1990 werden Regionalauswertungen in nennenswertem Umfang ermöglicht. Diese Auswertungen können daher als Pilotanwendungen betrachtet

werden. Damit ist zugleich gesagt, daß sich dieser Anwendungsbereich derzeit in einer Entwicklungsphase befindet. Dies gilt sowohl aus der Sicht des Statistikproduzenten, der ausloten muß, was aufgrund der Fehlerrechnungen vertretbar und angesichts prinzipiell begrenzter personeller und sachlicher Kapazitäten realisierbar erscheint, als auch aus Sicht des Statistikkonsumenten, der am praktischen Beispiel der 90er-Auswertungen seinen Informationsbedarf nochmals überprüfen kann.

Seitens des LDS NRW wird während der Pilotphase für die uneingeschränkte Weitergabe von Regionalergebnissen aus dem Mikrozensus eine Mindestbesetzung von 20 000 hochgerechneten Einheiten als kritischer Schwellenwert betrachtet. Mit dieser Vorgabe befindet man sich aus statistischer Sicht eher „auf der sicheren Seite“. Zugleich deckt sich diese Vorgabe mit Genauigkeitsanforderungen, die jüngst seitens der EG erhoben wurden¹⁶⁾.

**Tabelle
zu Textseite 184**

15) Die Fehlerkalkulationen führen zu Erkenntnissen über die Größe der auftretenden Fehlerrisiken. Bei der Frage nach der Größe des tolerierbaren Fehlerrisikos handelt es sich dagegen offensichtlich nicht nur um ein Erkenntnis- sondern zusätzlich um ein Entscheidungsproblem, das eine Bewertung der Konsequenzen alternativer Entscheidungen hinsichtlich des maximal zulässigen Fehlers voraussetzt.

16) In der Rechtsverordnung zur EG-Arbeitskräftestichprobe wird in Artikel 3 Abs. 2 ein zulässiger relativer Standardfehler von höchstens 8 % gefordert. Dies entspricht, wie die B/E- und H-Fehlerkurve in Abbildung 3 zeigen, einer Besetzung von 20 000. Vgl. Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften Nr. L 351/1 vom 20. 12. 1991.

Bevölkerung, Erwerbspersonen und Erwerbsquoten sowie Haushalte im April 1990*) nach Anpassungsschichten											
Anpassungsschicht	Bevölkerung ¹⁾			Erwerbs- personen	Erwerbs- quote ²⁾	Erwerbstätige			Haushalte		
	ins- gesamt	darunter im Alter von 60 und mehr Jahren				ins- gesamt	darunter im tertiären Bereich		ins gesamt	darunter Einpersonen- haushalte	
	1 000	%				1 000		%		1 000	
Krfr. Stadt Krefeld und Kreis Kleve	509,5	97,7	19,2	244,1	47,9	229,2	124,9	54,5	213,9	62,2	29,1
Kreis Wesel	441,2	83,2	18,9	197,3	44,7	183,8	88,7	48,3	174,1	40,3	23,1
Krfr. Stadt Duisburg	533,6	120,2	22,5	235,5	44,1	206,8	110,0	53,2	247,5	87,5	35,4
Krfr. Städte Mülheim an der Ruhr, Oberhausen	400,8	100,0	25,0	174,2	43,5	157,5	87,5	55,6	189,2	65,5	34,6
Krfr. Stadt Essen	626,2	146,6	23,4	287,3	45,9	259,5	165,0	63,6	302,0	119,5	39,6
Krfr. Stadt Mönchengladbach und Kreis Viersen	525,7	116,0	22,1	251,7	47,9	231,2	125,1	54,1	228,9	69,8	30,5
Kreis Neuss	416,5	74,6	17,9	206,2	49,5	195,3	108,0	55,3	174,2	45,0	25,8
Krfr. Stadt Düsseldorf	575,2	138,9	24,1	289,8	50,4	263,8	180,2	68,3	307,0	141,6	46,1
Kreis Mettmann	495,9	97,4	19,6	238,8	48,2	221,8	114,1	51,4	209,9	61,3	29,2
Krfr. Stadt Wuppertal	380,7	87,0	22,9	184,7	48,5	167,0	85,0	50,9	188,0	76,0	40,4
Krfr. Städte Remscheid, Solingen	286,8	63,4	22,1	141,2	49,2	130,2	59,5	45,7	127,6	44,0	34,5
Krfr. Stadt Aachen und Kreis Aachen	530,7	114,1	21,5	241,9	45,6	224,8	129,6	57,7	258,8	102,0	39,4
Kreise Düren, Heinsberg	459,7	91,3	19,9	206,1	44,8	190,8	99,1	51,9	185,0	44,9	24,3
Erftkreis, Kreis Euskirchen	582,5	114,8	19,7	273,3	46,9	256,8	141,4	55,1	240,3	60,2	25,1
Krfr. Stadt Köln	948,9	196,8	20,7	468,4	49,4	426,6	290,5	68,1	481,6	207,1	43,0
Krfr. Stadt Leverkusen und Rheinisch-Bergischer-Kreis, Oberbergischer Kreis	676,6	142,1	21,0	323,4	47,8	303,0	144,7	47,8	288,4	83,7	29,0
Krfr. Stadt Bonn	289,0	58,1	20,1	149,0	51,6	138,1	109,9	79,6	153,9	72,3	47,0
Rhein-Sieg-Kreis	497,6	100,6	20,2	245,5	49,3	234,0	156,3	66,8	211,6	59,2	28,0
Kreise Borken, Steinfurt	704,3	134,6	19,1	324,6	46,1	306,4	147,1	48,0	246,8	53,9	21,8
Krfr. Stadt Münster und Kreise Coesfeld, Warendorf	690,8	126,9	18,4	327,0	47,3	308,8	196,2	63,5	296,4	108,0	36,4
Krfr. Stadt Bottrop und Kreis Recklinghausen	766,1	156,9	20,5	330,6	43,2	299,9	151,8	50,6	324,2	93,0	28,7
Krfr. Stadt Gelsenkirchen	291,5	71,1	24,4	127,1	43,6	112,3	54,9	48,9	135,1	47,8	35,4
Krfr. Stadt Bielefeld	316,3	82,5	26,1	145,0	45,8	133,9	78,5	58,6	151,7	61,8	40,7
Kreise Gütersloh, Herford	534,8	112,7	21,1	258,2	48,3	245,0	110,6	45,1	218,5	65,1	29,8
Kreise Minden-Lübbecke, Lippe	627,1	149,4	23,8	301,1	48,0	278,7	146,0	52,4	269,1	90,1	33,5
Kreise Höxter, Paderborn	388,3	72,6	18,7	182,3	46,9	171,9	95,3	55,4	151,8	40,8	26,9
Krfr. Städte Bochum, Herne darunter krfr. Stadt Bochum	571,9	131,2	22,9	254,4	44,5	228,6	129,3	56,6	275,8	110,3	40,0
	394,8	93,8	23,8	178,3	45,2	160,7	91,4	56,9	190,4	74,9	39,3
Krfr. Stadt Dortmund	596,9	131,8	22,1	271,1	45,4	240,1	143,3	59,7	282,7	104,3	36,9
Krfr. Stadt Hamm und Kreis Unna	581,5	117,2	20,2	264,9	45,6	239,2	129,5	54,1	238,1	62,1	26,1
Kreis Soest, Hochsauerlandkreis	541,8	110,9	20,5	248,1	45,8	234,2	121,9	52,0	214,1	62,9	29,4
Krfr. Stadt Hagen und Ennepe-Ruhr-Kreis	560,3	125,9	22,5	264,4	47,2	242,2	120,5	49,8	253,9	86,0	33,9
Märkischer Kreis	438,3	93,7	21,4	209,2	47,7	195,7	84,4	43,1	190,6	61,6	32,3
Kreise Siegen-Wittgenstein, Olpe	414,9	86,8	20,9	192,5	46,4	182,7	83,7	45,8	173,9	55,5	31,9
Nordrhein-Westfalen	17 201,9	3 646,7	21,2	8 058,9	46,8	7 439,6	4 112,4	55,3	7 664,8	2 545,2	33,5

*) Regionalauswertungen – Mikrozensus 1990 – 1) Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung – 2) Zahl der Erwerbspersonen je 100 der Bevölkerung der entsprechenden Anpassungsschicht

Zahlenspiegel

Zahlenspiegel Nordrhein-Westfalen

Die mit einem Stern versehenen Positionen werden von allen statistischen Landesbehörden im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

Lfd. Nr.	Merkmal	Einheit	1990	1991
			Monatsdurchschnitt	
	Bevölkerung und Erwerbstätigkeit			
1	* Bevölkerung am Monatsende	1 000	17 244	...
	Natürliche Bevölkerungsbewegung ¹⁾			
2	* Eheschließungen ²⁾	Anzahl	9 535	...
3	* je 1 000 Einwohner		6,6	...
4	* Lebendgeborene ³⁾	Anzahl	16 608	...
5	* je 1 000 Einwohner		11,6	...
6	* Totgeborene je 1 000 Geborene		3,9	...
7	* Gestorbene ⁴⁾ ohne Totgeborene	Anzahl	16 093	...
8	* je 1 000 Einwohner		11,2	...
9	* darunter im ersten Lebensjahr	Anzahl	128	...
10	* je 1 000 Lebendgeborene		7,7	...
11	* Geburten- (+) bzw. Sterbefallüberschuß (-)	Anzahl	+515	...
12	* je 1 000 Einwohner		+0,4	...
	Wanderungen			
13	* über die Grenzen des Landes Zugezogene	Anzahl	41 478	...
14	* über die Grenzen des Landes Fortgezogene	"	21 439	...
15	* Wanderungsgewinn (+) bzw. -verlust (-)	"	+20 039	...
16	* innerhalb des Landes Umgezogene ⁵⁾	"	41 517	...
	Arbeitsmarkt			
17	* Arbeitslose am Monatsende	1 000	626	560
18	* darunter Männer	"	327	301
	Landwirtschaft			
	Viehbestand ⁶⁾			
19	* Rindvieh (einschl. Kälbern)	1 000	1 990	1 848
20	* darunter Milchkühe (ohne Ammen- und Mutterkühe)	"	527	495
21	* Schweine	"	5 938	5 675
22	* darunter Schlacht- und Mastschweine	"	2 332	2 186
23	* Zuchtsauen	"	610	579
24	* darunter trächtig	"	407	391
	Schlachtungen von Tieren inländischer Herkunft			
25	* Rinder	1 000 St.	80	98
26	* Kälber	"	14	16
27	* Schweine	"	992	983
28	* darunter Hausschlachtungen	"	6	5
29	* Schlachtmengen ⁷⁾	1 000 t	115	120
30	* darunter Rinder	"	25	30
31	* Kälber	"	2	2
32	* Schweine	"	88	88
	Geflügel			
	eingelegte Bruteier ⁸⁾			
33	* für Legehennenküken zum Gebrauch	1 000	878	933
34	* für Masthühnerküken zum Gebrauch	"	3 446	3 753
35	* Geflügelfleisch ⁹⁾	1 000 kg	4 576	4 544
	Milcherzeugung			
36	* Kuhmilcherzeugung	1 000 t	233	227
37	* darunter an Molkereien und Händler geliefert	%	95,9	95,8
38	* Milchleistung je Kuh und Tag	kg	14,2	14,6
	Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe¹⁰⁾			
	Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe insgesamt			
39	* Auftragseingangsindex (nominal)	1985 = 100	124	125
40	* Index der Nettoproduktion (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)	1985 = 100	114	116
41	* Beschäftigte am Monatsende (einschl. der tätigen Inhaber)	1 000	2 024	2 038
42	* darunter Arbeiter (einschl. der gewerblich Auszubildenden)	"	1 403	1 408
43	* geleistete Arbeiterstunden	"	189 558	187 377
44	* Löhne (brutto)	Mill. DM	5 074	5 345
45	* Gehälter (brutto)	"	3 543	3 811
46	* Gesamtumsatz (ohne MWSt.)	"	41 180	43 201
47	* darunter Auslandsumsatz	"	11 640	11 218

1) Bei den Werten des Jahres 1990 handelt es sich um vorläufige Werte. – 2) nach dem Ereignisort – 3) nach der Wohngemeinde der Mutter – 4) nach der Wohngemeinde des Vaters – 5) nach der Wohnfläche – 6) nach der Zahl der Beschäftigten – 7) aus gewerblichen Schlachtungen (ohne Geflügel); einschl. Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien – 8) in Betrieben mit einem Fassungsvermögen von 1 000 und mehr Eiern – 9) Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

1990		1991				1992	Lfd. Nr.
November	Dezember	Januar	Oktober	November	Dezember	Januar	
17 342	17 350	17 360	1
8 155	11 193	3 565	2
5,7	7,6	2,4	3
15 891	16 231	15 227	4
11,2	11,0	10,3	5
4,0	3,9	4,7	6
15 608	17 548	15 618	7
11,0	11,9	10,6	8
116	157	124	9
7,3	9,7	8,1	10
+283	-1 317	-391	11
+0,2	-0,9	-0,3	12
33 919	27 402	33 690	13
20 884	18 307	22 890	14
+13 035	+9 095	+10 800	15
41 487	37 628	45 658	16
570	584	596	538	539	558	580	17
298	311	320	286	290	306	321	18
.	1 990	.	.	.	1 852p	.	19
.	527	.	.	.	494p	.	20
.	5 938	.	.	.	5 681p	.	21
.	2 332	.	.	.	2 186p	.	22
.	610	.	.	.	583p	.	23
.	407	.	.	.	390p	.	24
103	84	111	111	102	91	91	25
15	16	16	17	15	15	15	26
1 109	989	1 043	959	960	928	975	27
12	11	10	4	10	9	9	28
133	116	130	122	119	113	117	29
30	25	33	33	30	28	28	30
2	2	2	2	2	2	2	31
100	88	94	86	86	83	87	32
622	728	897	585	556	510	922	33
3 672	3 662	3 499	3 437	3 227	3 407	3 794	34
4 746	4 347	5 120	4 918	4 474	4 391	4 922	35
207	214	220	215	201	209	212	36
94,9	94,8	95,2	95,2	95,0	94,9	95,2	37
13,3	13,2	13,5	13,6	13,2	13,3	13,8	38
126	114	136,9	128,7	120,9	109,8	134	39
126	119	113	117	126	110	109	40
2 041	2 031	2 039r	2 036	2 029	2 015	2 007	41
1 414	1 405	1 409	1 405	1 397	1 385	1 376	42
196 244	170 340	195 917r	196 887	187 296r	166 819r	186 262	43
6 300	5 114	5 006r	5 871	6 492r	5 382r	4 900	44
4 716	3 685	3 715r	3 677	5 065r	3 963r	3 616	45
44 280	40 541	43 419r	46 988r	43 675r	40 775r	42 700	46
11 812	11 009	11 306r	12 634r	11 322r	10 993r	11 057	47

Verstorbene – 5) ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene – 6) statt Monatsdurchschnitt 1990 bzw. 1991: Viehbestand am 3. Dezember 1990 bzw. 3. Dezember 1991 – 9) aus Schlachtungen inländischen und ausländischen Geflügels in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2 000 und mehr Tieren im Monat – 10) Betriebe von

Zahlenspiegel Nordrhein-Westfalen

Die mit einem Stern versehenen Positionen werden von allen statistischen Landesbehörden im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

Lfd. Nr.	Merkmal	Einheit	1990	1991
			Monatsdurchschnitt	
	Noch: Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe¹⁾			
1	* Kohleverbrauch	1 000 t SKE ²⁾	1 952	1 907
2	* Gasverbrauch ³⁾	Mill. m ³	1 035	1 006
3	* Stadt-, Kokerei- und Ferngas	"	300	273
4	* Erd- und Erdölgas	"	734	732
5	* Heizölverbrauch	1 000 t	406	385
6	* leichtes Heizöl	"	161	147
7	* schweres Heizöl	"	245	238
8	* Stromverbrauch	Mill. kWh	6 665	6 647
9	* Stromerzeugung (industrielle Eigenerzeugung)	"	2 907	2 837
	Bergbau			
10	* Index der Nettoproduktion (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)	1985 = 100	83	80
11	Beschäftigte (einschl. der tätigen Inhaber) ⁴⁾	1 000	132	126
12	darunter Arbeiter (einschl. der gewerblich Auszubildenden)	"	106	100
13	geleistete Arbeiterstunden	"	11 802	11 121
14	Löhne (brutto)	Mill. DM	414	412
15	Gehälter (brutto)	"	179	192
16	Gesamtumsatz (ohne MWSt.)	"	1 655	1 729
17	darunter Auslandsumsatz	"	97	89
	Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe			
18	Auftragseingangsindex (nominal)	1985 = 100	103	100
19	* Index der Nettoproduktion (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)	1985 = 100	106	107
20	Beschäftigte (einschl. der tätigen Inhaber) ⁴⁾	1 000	503	494
21	darunter Arbeiter (einschl. der gewerblich Auszubildenden)	"	328	320
22	geleistete Arbeiterstunden	"	44 551	42 853
23	Löhne (brutto)	Mill. DM	1 311	1 338
24	Gehälter (brutto)	"	1 100	1 154
25	Gesamtumsatz (ohne MWSt.)	"	13 893	13 815
26	darunter Auslandsumsatz	"	4 290	4 084
	Investitionsgüter produzierendes Gewerbe			
27	Auftragseingangsindex (nominal)	1985 = 100	142	145
28	* Index der Nettoproduktion (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)	1985 = 100	124	127
29	Beschäftigte (einschl. der tätigen Inhaber) ⁴⁾	1 000	921	936
30	darunter Arbeiter (einschl. der gewerblich Auszubildenden)	"	633	641
31	geleistete Arbeiterstunden	"	86 486	85 749
32	Löhne (brutto)	Mill. DM	2 275	2 422
33	Gehälter (brutto)	"	1 634	1 776
34	Gesamtumsatz (ohne MWSt.)	"	15 969	17 178
35	darunter Auslandsumsatz	"	5 641	5 434
	Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe			
36	Auftragseingangsindex (nominal)	1985 = 100	135	142
37	* Index der Nettoproduktion (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)	1985 = 100	118	124
38	Beschäftigte (einschl. der tätigen Inhaber) ⁴⁾	1 000	355	362
39	darunter Arbeiter (einschl. der gewerblich Auszubildenden)	"	263	268
40	geleistete Arbeiterstunden	"	35 696	35 898
41	Löhne (brutto)	Mill. DM	850	920
42	Gehälter (brutto)	"	463	503
43	Gesamtumsatz (ohne MWSt.)	"	6 197	6 652
44	darunter Auslandsumsatz	"	1 386	1 362
	Nahrungs- und Genußmittelgewerbe			
45	* Index der Nettoproduktion (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)	1985 = 100	125	132
46	Beschäftigte (einschl. der tätigen Inhaber) ⁴⁾	1 000	113	120
47	darunter Arbeiter (einschl. der gewerblich Auszubildenden)	"	74	79
48	geleistete Arbeiterstunden	"	11 023	11 755
49	Löhne (brutto)	Mill. DM	224	254
50	Gehälter (brutto)	"	167	185
51	Gesamtumsatz (ohne MWSt.)	"	3 466	3 827
52	darunter Auslandsumsatz	"	226	249
	Handwerk⁵⁾			
53	* Beschäftigte (einschl. der tätigen Inhaber) ⁶⁾	30. 9. 76 = 100	95,9	98,0
54	* Gesamtumsatz (ohne Umsatzsteuer)	Vj.-D. 1976 = 100	171,0	190,9

1) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; – seit 1985 werden Brennstoffverbräuche nur noch vierteljährlich (für das Berichtsquartal) kJ/m³ – 4) am Monatsende – 5) ohne handwerkliche Nebenbetriebe – 6) am Ende des Berichtsquartals

1990		1991				1992	Lfd. Nr.
November	Dezember	Januar	Oktober	November	Dezember	Januar	
.	6 107	.	.	.	5 612	.	1
.	3 321	.	.	.	3 144	.	2
.	923	.	.	.	822	.	3
.	2 398	.	.	.	2 322	.	4
.	1 309	.	.	.	1 177r	.	5
.	537	.	.	.	449	.	6
.	772	.	.	.	727	.	7
6 812	6 320	6 942r	6 955r	6 625r	6 193	6 456	8
3 126	2 887	3 210r	2 760r	2 745	2 829	2 857	9
86	78	84	83	86	72	83	10
130	129	129	124	124	123	122	11
103	103	102	98	97	97	96	12
11 617	9 515	12 956r	11 836	10 915	9 243	11 390	13
435	376	404	724	394	381	372	14
269	175	173	206	270	189	186	15
1 790	1 809	1 914r	1 846	1 931r	1 919	1 840	16
97	100	112r	77	73	96	59	17
103	95	111,3	103,0	95,9	88,6	106	18
113	99	110	109	112	93	106	19
503	500	498r	490	489	486	483	20
327	325	323r	317	316	314	311	21
45 243	39 847	44 771r	44 047	42 379r	37 844	42 740	22
1 662	1 312	1 239r	1 356	1 714r	1 331	1 237	23
1 514	1 096	1 297r	1 073	1 557r	1 150	1 067	24
14 755	12 310	14 603r	14 860r	13 682r	11 601r	13 753	25
4 338	3 654	4 487r	4 453r	3 950r	3 353r	4 126	26
144	133	159,0	148,4	141,9	130,3	156	27
138	141	117	124	138	128	111	28
930	926	935r	936	933	927	926	29
639	635	640	640	637	631	629	30
89 880	77 542	88 887r	90 139	86 169r	76 475r	85 290	31
2 790	2 294	2 270r	2 533	2 887r	2 450r	2 219	32
2 075	1 720	1 622r	1 722	2 295r	1 863r	1 704	33
17 113	17 361	16 235r	18 757r	17 441r	17 837r	16 522	34
5 698	5 901	5 009r	6 430r	5 705	6 187r	5 149	35
141	117	149,6	147,7	134,6	115,7	152	36
135	120	120	128	140	111	120	37
359	358	359r	363	361	359	358	38
266	265	266	268	266	264	263	39
37 359	32 307	37 390r	38 278	35 962r	31 807r	35 519	40
1 109	891	863	982	1 167r	958	840	41
634	515	456	482	692	561	482	42
6 900	5 691	6 843r	7 261	6 757r	5 649r	6 898	43
1 430	1 148	1 455r	1 402	1 315r	1 108r	1 470	44
149	138	127	136	141	134	123	45
118	117	117	123	122	120	118	46
79	77	77	82	81	79	77	47
12 145	11 129	11 913r	12 587	11 871r	11 450r	11 323	48
304	241	231	276	329r	263r	232	49
223	179	168	195	250r	199	177	50
3 722	3 371	3 824r	4 264r	3 864r	3 769	3 687	51
249	206	244r	272r	278r	249	252	52
.	97,7	.	.	.	99,4	.	53
.	200,2	.	.	.	214,8	.	54

erhoben. – 2) eine t Steinkohle oder -briketts = 1,03 t Steinkohlenkoks = 1,45 t Braunkohlenbriketts = 3,85 t Rohbraunkohle – 3) umgerechnet auf den Heizwert von 35 199

Zahlenspiegel Nordrhein-Westfalen

Die mit einem Stern versehenen Positionen werden von allen statistischen Landesbehörden im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

Lfd. Nr.	Merkmal	Einheit	1990	1991
			Monatsdurchschnitt	
Öffentliche Energieversorgung				
1	* Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	11 107	11 860
2	* Stromverbrauch (einschl. Verlusten)	"	10 379	10 594
3	* Stromabgabe der industriellen Eigenanlagen an Fremde	"	1 822	1 762
Bauhauptgewerbe				
Bauhauptgewerbe (nach der Totalerhebung hochgerechnet)				
4	* Beschäftigte (einschl. der tätigen Inhaber) ¹⁾	Anzahl	238 692	241 850
5	* geleistete Arbeitsstunden	1 000	26 119	25 167
6	* darunter für Wohnungsbauten	"	8 758	8 216
7	* gewerbliche und industrielle Bauten ²⁾	"	9 954	9 879
8	* Verkehrs- und öffentliche Bauten	"	7 407	7 072
9	* Löhne (brutto)	Mill. DM	673,4	719,3
10	* Gehälter (brutto)	"	182,0	197,2
11	* baugewerblicher Umsatz (ohne MWSt.)	"	2 698,1	2 879,6
Bautätigkeit und Wohnungswesen				
Baugenehmigungen				
12	* Wohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	2 826	2 577
13	* darunter mit 1 und 2 Wohnungen	"	2 453	2 169
14	* Rauminhalt	1 000 m ³	3 081	3 052
15	* veranschlagte Kosten der Bauwerke	1 000 DM	1 037 127	1 058 450
16	* Wohnfläche	1 000 m ²	529	529
17	* Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	444	443
18	* Rauminhalt	1 000 m ³	3 284	3 142
19	* veranschlagte Kosten der Bauwerke	1 000 DM	619 485	593 573
20	* Nutzfläche	1 000 m ²	521	489
21	* Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	6 267	6 701
Handel und Gastgewerbe				
22	* Index der Umsätze im Einzelhandel ³⁾	1986 = 100	123,0	133,8
davon des Einzelhandels mit				
23	Nahrungsmitteln, Getränken, Tabakwaren	"	117,4	122,3
24	Textilien, Bekleidung, Schuhen, Lederwaren	"	114,4	123,3
25	Einrichtungsgegenständen (ohne elektronische und Haushaltsgroßgeräte)	"	139,3	151,1
26	elektrotechnischen Erzeugnissen, Haushaltsgroßgeräten, Musikinstrumenten	"	121,5	124,2
27	Papierwaren, Druckerzeugnissen, Büromaschinen	"	135,7	158,7
28	pharmazeutischen, kosmetischen und medizinischen Erzeugnissen, Reinigungsmitteln	"	126,7	138,8
29	Kraft- und Schmierstoffen (Tankstellen ohne Agenturtankstellen)	"	140,9	149,2
30	Fahrzeugen, Fahrzeugteilen, -zubehör und -reifen	"	114,6	171,8
31	sonstigen Waren, Waren verschiedener Art ⁴⁾	"	114,5	123,9
32	Index der Umsätze im Großhandel ⁵⁾	1986 = 100	117,3	122,7
davon des Großhandels mit				
33	Rohstoffen und Halbwaren	"	107,3	106,2
34	Fertigwaren	"	127,2	139,1
35	* Index der Umsätze im Gastgewerbe ³⁾	1986 = 100	118,4	120,9
36	davon Beherbergungsgewerbe	"	149,0	154,0
37	Gaststättengewerbe	"	107,9	109,6
38	Kantinen	"	144,1	146,6
Warenverkehr mit den neuen Bundesländern und dem Ostteil Berlins				
39	Bezüge Nordrhein-Westfalens	1 000 DM	219 880	186 919
40	Lieferungen Nordrhein-Westfalens	"	408 762	944 214
41	* Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	13 209,3	12 848,0
42	* davon Güter der Ernährungswirtschaft	"	402,1	459,2
43	* Güter der gewerblichen Wirtschaft	"	12 807,1	12 388,7
44	* davon Rohstoffe	"	195,0	182,3
45	* Halbwaren	"	901,8	848,8
46	* Fertigwaren	"	11 710,3	11 357,7
47	* davon Vorerzeugnisse	"	3 406,0	3 213,0
48	* Enderzeugnisse	"	8 304,4	8 144,7
Ausfuhr nach ausgewählten Verbrauchsländern				
49	Belgien und Luxemburg	Mill. DM	1 579,2	1 530,1
50	Dänemark	"	234,6	217,8
51	Frankreich	"	1 433,5	1 384,2
52	Griechenland	"	110,9	103,7
53	Großbritannien	"	1 174,2	1 086,2
54	Italien	"	1 067,1	1 040,6
55	Niederlande	"	1 480,9	1 505,4
56	Portugal	"	125,2	136,5
57	Republik Irland	"	63,4	59,7
58	Spanien	"	483,1	501,0

1) am Monatsende – 2) einschl. landwirtschaftlichen Baus – 3) einschl. Mehrwertsteuer; Berichtsmonat: vorläufige Ergebnisse; Vormonate: endgültige Ergebnisse – gültige Ergebnisse

1990		1991				1992	Lfd. Nr.
November	Dezember	Januar	Oktober	November	Dezember	Januar	
11 304	12 394	13 227r	12 742	12 754	12 475	13 311	1
11 014	11 522	12 051r	11 116	11 581	11 469	...	2
1 942	1 778	2 010	1 663r	1 644	1 798	1 719	3
240 273	239 338	237 916	244 036	242 884	241 533	239 860	4
26 233	19 236	23 587	29 366	25 316	19 448	22 579	5
8 640	6 182	7 718	9 572	8 267	6 152	7 341	6
10 062	7 805	9 690	11 321	9 882	7 823	9 325	7
7 531	5 249	6 179	8 473	7 167	5 473	5 913	8
943,7	625,4	635,5	817,5	1 031,2	692,0	653,7	9
264,0	186,6	173,5	195,6	294,7	205,7	189,4	10
3 058,1	3 669,0	1 981,4	3 262,0	3 239,0	3 726,9	2 204,6	11
2 800	3 265	1 665	2 960	2 445	3 671	2 406	12
2 341	2 770	1 387	2 467	2 039	2 988	1 995	13
3 323	3 985	2 054	3 600	3 018	4 621	2 899	14
1 424 282	1 332 777	689 337	1 263 593	1 064 172	1 710 104	1 036 946	15
589	692	346	625	519	811	508	16
504	610	285	458	419	655	375	17
3 806	5 219	1 951	2 356	2 730	4 951	2 587	18
722 236	1 098 497	375 796	459 290	640 836	864 653	505 084	19
599	854	294	390	455	762	409	20
7 205	8 574	4 412	7 012	6 391	10 494	6 095	21
136,1	153,0	123,4	140,1	140,6	161,2	123,0	22
122,9	134,8	109,3	127,6	127,5	140,8	102,9	23
136,7	162,6	110,9	151,0	147,6	165,6	116,4	24
168,5	171,0	129,7	167,5	177,2	190,0	139,2	25
156,7	207,2	129,9	123,7	147,6	203,2	117,7	26
161,7	213,5	141,7	176,5	180,1	255,0	146,7	27
131,6	147,0	134,6	142,7	141,1	167,1	143,8	28
156,1	147,6	141,2	159,4	158,1	144,4	136,1	29
152,9	131,1	158,2	164,7	148,1	144,2	161,7	30
128,9	169,4	119,3	125,9	135,7	174,8	116,9	31
130,9	112,0	125,4	130,0	125,1	112,3	...	32
119,3	94,8	114,3	110,7	109,1	91,4	...	33
142,4	129,0	136,4	149,2	141,0	133,0	...	34
120,8	120,4	106,4	130,3	124,4	127,5	112,3	35
159,3	129,6	125,4	183,9	164,4	146,5	137,5	36
107,8	115,9	98,0	111,7	109,6	121,2	102,8	37
149,2	148,5	151,2	178,8	175,4	140,1	145,6	38
227 301	277 210	188 297	155 059	149 457	145 815	...	39
597 124	642 853	567 049	1 274 347	1 072 526	1 050 954	...	40
13 373,5	11 046,5	14 010,4	13 870,4	12 744,5	11 713,0	13 095,8	41
398,2	352,6	447,7	495,6	472,8	454,2	460,4	42
12 975,3	10 693,9	13 562,7	13 374,8	12 271,7	11 258,8	12 635,4	43
213,1	190,7	196,8	187,7	183,7	162,9	168,8	44
918,8	718,4	976,4	906,7	830,9	800,8	905,2	45
11 843,4	9 784,8	12 389,6	12 280,4	11 257,1	10 295,1	11 561,5	46
3 505,6	2 709,5	3 585,9	3 456,7	3 131,9	2 740,1	3 232,2	47
8 337,8	7 075,3	8 803,7	8 823,7	8 125,2	7 555,0	8 329,3	48
1 678,2	1 365,1	1 738,8	1 691,6	1 512,9	1 394,5	1 687,1	49
246,6	200,4	237,9	217,7	223,9	198,7	222,0	50
1 483,2	1 084,5	1 523,9	1 567,9	1 333,5	1 227,3	1 554,6	51
111,6	87,8	102,6	114,6	103,3	122,4	101,9	52
1 231,7	792,4	1 267,8	1 222,1	1 021,2	883,7	1 056,9	53
1 160,9	832,6	1 113,3	1 234,4	1 080,5	899,1	1 129,1	54
1 516,1	1 248,5	1 657,9	1 610,4	1 490,7	1 301,5	1 466,3	55
157,8	133,3	152,4	113,4	120,7	101,4	116,4	56
59,3	53,6	74,8	61,0	52,5	49,9	58,1	57
555,6	401,4	547,6	566,7	502,5	479,7	552,3	58

4) u. a. Warenhäuser, SB-Warenhäuser, Verbrauchermärkte und Versandhandel – 5) ohne Mehrwertsteuer; Berichtsmonat: vorläufige Ergebnisse; Vormonate: end-

Zahlenspiegel Nordrhein-Westfalen

Die mit einem Stern versehenen Positionen werden von allen statistischen Landesbehörden im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

Lfd. Nr.	Merkmal	Einheit	1990	1991
			Monatsdurchschnitt	
	Noch: Handel und Gastgewerbe			
1	* EG-Länder zusammen	Mill. DM	7 752,1	7 565,1
2	EFTA-Länder zusammen	"	1 846,7	1 725,9
3	übrige Länder	"	3 610,5	3 556,9
	Fremdenverkehr ¹⁾			
4	* Gästeankünfte	1 000	940	974
5	* darunter von Auslandsgästen	"	180	169
6	* Gästeübernachtungen	"	2 885	2 962
7	* darunter von Auslandsgästen	"	457	415
	Verkehr			
	Binnenschifffahrt			
8	Güterumschlag in den Binnenhäfen	1 000 t	10 917	...
9	* davon Güterempfang	"	6 019	...
10	* Güterversand	"	4 598	...
11	Güterdurchgang an der Grenzstelle Emmerich	1 000 t	11 980	...
12	davon Bergverkehr	"	7 723	...
13	Talverkehr	"	4 241	...
	Kraftfahrzeuge			
14	* Zulassungen bzw. Anmeldungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge ²⁾	Anzahl	70 167	79 888
15	darunter Personenkraftwagen einschl. Kombinationskraftwagen	"	63 363	71 800
16	Lastkraftwagen	"	3 206	3 849
17	Krafträder einschl. Kraftrollern und Leichtkrafträdern	"	2 262	2 865
	Straßenverkehrsunfälle			
18	Unfälle insgesamt	Anzahl	45 290	43 749
19	* davon mit Personenschaden	"	6 945	6 509
20	mit nur Sachschaden	"	38 345	37 240
21	* getötete Personen	"	127	118
22	* verletzte Personen	"	8 901	8 312
23	darunter schwerverletzte Personen	"	2 200	2 070
	Deutsche Bundesbahn ³⁾			
24	Güterempfang	1 000 t	6 820	(6 602)
25	Güterversand	"	8 128	(7 791)
	Deutsche Bundespost ⁴⁾			
26	Briefsendungen	Mill.	261	266
27	Paketsendungen	1 000	4 099	5 286
	Geld und Kredit			
	Kredite und Einlagen ⁵⁾			
28	* Kredite an Nichtbanken (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	517 420	566 522
29	* darunter Kredite an inländische Nichtbanken	"	503 971	553 267
30	* kurzfristige Kredite (bis 1 Jahr einschl.)	"	104 846	112 606
31	* an Unternehmen und Privatpersonen	"	103 824	111 217
32	* an öffentliche Haushalte	"	1 022	1 389
33	* mittelfristige Kredite (über 1 bis unter 4 Jahre)	"	39 424	48 881
34	* an Unternehmen und Privatpersonen	"	33 315	40 832
35	* an öffentliche Haushalte	"	6 109	8 049
36	* langfristige Kredite (von 4 Jahren und darüber)	"	364 777	393 010
37	* an Unternehmen und Privatpersonen	"	301 999	324 089
38	* an öffentliche Haushalte	"	62 778	68 921
39	durchlaufende Kredite	"	8 373	12 025
40	an Unternehmen und Privatpersonen	"	6 698	9 934
41	an öffentliche Haushalte	"	1 675	2 091

1) in Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Gästebetten; ohne Campingplätze – 2) Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt – 3) Ergebnisse für die Bereiche der DB-Direktionen Essen
Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, ohne Kreditinstitute mit überregionalen Sonderaufgaben (ohne

1990		1991				1992	Lfd. Nr.
November	Dezember	Januar	Oktober	November	Dezember	Januar	
8 201,0	6 199,7	8 417,1	8 399,8	7 441,8	6 658,2	7 944,7	1
1 859,0	1 479,8	1 817,9	1 849,3	1 640,4	1 469,7	1 602,4	2
3 313,6	3 367,0	3 775,4	3 621,3	3 662,3	3 585,1	3 548,7	3
995	724	757	1 194	994	728	788	4
160	116	119	200	141	112	124	5
2 690	2 209	2 297	3 521	2 672	2 224	2 371	6
365	281	298	498	327	271	311	7
15 118	9 582	8
6 385	5 653	9
5 133	3 929	10
13 017	10 925	11
8 194	7 257	12
4 823	3 668	13
71 671	54 091	84 771	69 814	60 955	14
66 514	49 779	78 251	63 268	55 565	15
3 561	2 880	4 010	4 310	3 797	16
639	427	1 244	1 140	723	17
49 118	47 481	41 413	46 246	49 365	45 545	...	18
6 759	5 951	5 511	6 815	6 820	5 786	...	19
42 359	41 530	35 902	39 431	42 545	39 759	...	20
150	119	113	150	119	127	...	21
8 615	7 684	7 012	8 654	8 728	7 404	...	22
2 047	1 984	1 892	2 112	2 124	1 852	...	23
6 964	6 041	...	7 298	6 778	5 716	...	24
8 353	7 110	...	8 489	7 999	7 012	...	25
285	261	290	291	264	273	298	26
4 952	5 414	4 187	7 805	7 771	7 599	6 717	27
509 633	517 420	519 629	551 928	558 995	566 522	...	28
496 808	503 971	508 173	538 350	545 588	553 267	...	29
100 540	104 846	102 877	108 870	111 642	112 606	...	30
98 918	103 824	101 664	106 717	109 222	111 217	...	31
1 622	1 022	1 213	2 153	2 420	1 389	...	32
39 060	39 424	39 979	47 665	48 483	48 881	...	33
33 012	33 315	33 587	39 986	40 499	40 832	...	34
6 048	6 109	6 392	7 679	7 984	8 049	...	35
361 755	364 777	366 959	385 364	388 791	393 010	...	36
299 659	301 999	302 879	317 467	319 890	324 089	...	37
62 096	62 778	64 080	67 897	68 901	68 921	...	38
8 278	8 373	9 814	10 029	10 079	12 025	...	39
6 626	6 698	7 923	7 972	7 999	9 934	...	40
1 652	1 675	1 891	2 057	2 080	2 091	...	41

und Köln – 4) Ergebnisse für die Bereiche der Oberpostdirektionen Dortmund, Düsseldorf, Köln und Münster – 5) Die Angaben umfassen die in NRW gelegenen Filialnetz) sowie ohne Postgiro- und Postsparkassenämter.

Zahlenspiegel Nordrhein-Westfalen

Die mit einem Stern versehenen Positionen werden von allen statistischen Landesbehörden im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

Lfd. Nr.	Merkmal	Einheit	1990	1991	
			Monatsdurchschnitt		
	Noch: Geld und Kredit				
1	* Einlagen und aufgenommene Gelder ¹⁾ von Nichtbanken (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	466 441	490 548	
2	* Sichteinlagen und Termingelder ¹⁾	"	298 682	322 801	
3	* von Unternehmen und Privatpersonen	"	252 691	272 782	
4	* von öffentlichen Haushalten	"	45 991	50 019	
5	* Spareinlagen	"	167 759	167 747	
6	* bei Sparkassen	"	97 990	96 820	
7	* Gutschriften auf Sparkonten (einschl. Zinsgutschriften)	"	10 690	10 686	
8	* Belastungen auf Sparkonten	"	10 908	10 687	
Zahlungsschwierigkeiten					
9	* Konkurse (eröffnete und mangels Masse abgelehnte)	Anzahl	304	301	
10	* Vergleichsverfahren	"	1	1	
11	* Wechselproteste (ohne die bei der Post)	"	1 484	1 352	
12	* Wechselsumme	Mill. DM	16	17	
Sozialleistungen					
13	Wohngeldempfänger	Anzahl	551 027	...	
14	davon Empfänger von Mietzuschuß	"	524 723	...	
15	von Lastenzuschuß	"	26 304	...	
16	Wohngeldanspruch je Fall	DM	154	...	
17	Mietzuschuß je Fall	"	154	...	
18	Lastenzuschuß je Fall	"	158	...	
Gesetzliche Krankenversicherung (ohne mitversicherte Familienangehörige)					
19	Mitglieder insgesamt	1 000	10 332	...	
20	darunter Pflichtmitglieder	"	6 012	...	
21	Rentner und Rentenantragsteller	"	3 083	...	
Steuern					
Steueraufkommen					
22	* Gemeinschaftsteuern	Mill. DM	11 159,0	12 662,4	
23	* Steuern vom Einkommen	"	6 072,4	6 671,4	
24	* Lohnsteuer ²⁾	"	4 008,5	4 591,5	
25	* veranlagte Einkommensteuer	"	1 028,7	1 074,5	
26	* nichtveranlagte Steuern vom Ertrag	"	253,4	266,3	
27	* Körperschaftsteuer ²⁾	"	781,8	739,0	
28	* Steuern vom Umsatz	"	5 086,7	5 991,0	
29	* Umsatzsteuer	"	1 959,5	2 384,3	
30	* Einfuhrumsatzsteuer	"	3 127,2	3 606,7	
31	* Bundessteuern	"	2 034,4	2 515,1	
32	* darunter Zölle	"	342,2	404,7	
33	* Verbrauchsteuern (ohne Biersteuer)	"	1 535,0	1 698,4	
34	* darunter Mineralölsteuer	"	839,1	868,9	
35	* Landessteuern	"	582,2	600,4	
36	* darunter Vermögensteuer	"	145,7	152,3	
37	* Kraftfahrzeugsteuer	"	183,1	209,8	
38	* Biersteuer	"	33,5	38,8	
39	* Gemeindesteuern ⁴⁾	"	3 585,8	3 767,9	
40	* darunter Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	"	2 905,6	3 060,5	
41	* Grundsteuer A	"	13,9	14,5	
42	* Grundsteuer B	"	587,1	615,0	
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften ⁴⁾					
43	* Steuereinnahmen des Bundes	Mill. DM	24 185,8	27 979,9	
44	* darunter Anteil an den Steuern vom Einkommen	"	7 975,2	8 732,2	
45	* Anteil an den Steuern vom Umsatz	"	9 919,0	11 682,4	
46	* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	"	188,5	200,0	
47	* Steuereinnahmen des Landes	"	13 269,6	14 094,1	
48	* darunter Anteil an den Steuern vom Einkommen	"	7 975,2	8 732,2	
49	* Anteil an den Steuern vom Umsatz	"	3 359,4	3 345,5	
50	* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	"	188,5	200,0	
51	* Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	"	5 475,4	5 917,6	
52	* darunter Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	"	2 266,7	2 549,7	
53	* Anteil an der Gewerbesteuer	"	2 528,5	2 660,4	

1) einschl. durchlaufender Kredite, Sparbriefen, Inhaber-Sparschuldverschreibungen, Sparkassenobligationen u. ä. – 2) nach Berücksichtigung der Einnahmen und Monatsdurchschnitt 1990 bzw. 1991: Vierteljahresdurchschnitt

1990		1991				1992	Lfd. Nr.
November	Dezember	Januar	Oktober	November	Dezember	Januar	
453 087	466 441	459 266	465 020	472 830	490 548	.	1
291 559	298 682	293 858	305 066	312 508	322 801	.	2
246 507	252 691	247 811	259 537	265 432	272 782	.	3
45 052	45 991	46 047	45 529	47 076	50 019	.	4
161 528	167 759	165 408	159 954	160 322	167 747	.	5
94 471	97 990	96 512	92 511	92 565	96 820	.	6
10 253	16 822	14 778	9 553	9 357	18 228	.	7
10 305	10 590	17 130	9 675	8 988	10 803	.	8
271	315	291	277	278	313	325	9
1	1	2	—	1	1	—	10
1 338	1 290	1 310	1 323	1 215	1 344	.	11
15	13	15	18	19	18	.	12
553 274	549 598	542 497	415 494	411 067	417 635	...	13
527 050	523 367	517 285	391 085	386 434	391 847	...	14
26 224	26 231	25 212	24 409	24 633	25 788	...	15
156	156	157	143	141	139	...	16
156	156	157	142	140	138	...	17
161	161	161	158	158	157	...	18
10 428	10 441	10 417	10 556	10 567	10 571	10 552	19
6 104	6 118	6 084	6 161	6 169	6 174	6 150	20
3 091	3 095	3 095	3 121	3 124	3 125	3 126	21
9 307,3	18 855,6	11 420,1	10 526,1	9 549,4	21 281,2	...	22
3 707,3	13 278,9	5 754,2	4 651,0	4 369,7	14 278,6	...	23
3 528,3	7 467,6	4 838,8	4 442,2	4 084,5	8 085,0	...	24
55,6	3 492,7	428,7	—36,1	15,6	3 821,8	...	25
94,6	182,4	430,6	96,7	111,4	119,9	...	26
28,8	2 136,1	56,2	148,2	158,3	2 251,9	...	27
5 600,0	5 576,7	5 665,9	5 875,1	5 179,6	7 002,6	...	28
1 828,4	1 778,3 ³⁾	2 446,9	2 283,9	2 745,2	2 333,0	...	29
3 771,7	3 798,4	3 219,0	3 591,2	2 434,4	4 669,6	...	30
2 025,9	3 920,7	654,5	2 629,7	2 433,2	5 535,2	...	31
392,2	459,9	265,7	432,4	414,7	484,4	...	32
1 512,6	3 375,6	267,9	1 700,4	1 486,6	3 914,4	...	33
807,9	1 520,7	163,1	914,8	907,7	1 986,7	...	34
793,5	357,3	556,5	523,8	823,2	481,6	...	35
384,4	57,1	36,6	27,6	392,6	32,5	...	36
142,7	115,7	222,3	259,4	184,6	217,4	...	37
41,0	11,0	61,8	49,5	39,5	34,7	...	38
.	3 622,8	.	.	.	4 005,3	...	39
.	3 035,5	.	.	.	3 387,3	...	40
.	12,4	.	.	.	12,5	...	41
.	504,1	.	.	.	536,2	...	42
.	28 287,2	.	.	.	32 152,7	...	43
.	9 140,1	.	.	.	10 118,7	...	44
.	10 711,7 ³⁾	.	.	.	11 737,2	...	45
.	388,9	.	.	.	418,7	...	46
.	15 072,4	.	.	.	15 961,4	...	47
.	9 140,1	.	.	.	10 118,7	...	48
.	3 877,4	.	.	.	3 534,4	...	49
.	388,9	.	.	.	418,7	...	50
.	5 616,8	.	.	.	6 229,9	...	51
.	2 771,7	.	.	.	3 061,9	...	52
.	2 257,7	.	.	.	2 549,9	...	53

Ausgaben aus der Zerlegung – 3) USt-Ausgleich (1. Rate) nach Art. 31 Abs. 2 des Staatsvertrages vom 18. 05. 1990 zugunsten des Beitrittsgebietes gekürzt. – 4) statt

Zahlenspiegel Nordrhein-Westfalen

Die mit einem Stern versehenen Positionen werden von allen statistischen Landesbehörden im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

		1990		1991		
Lfd. Nr.	Merkmal	Einheit	Monatsdurchschnitt			
Preise						
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte						
1	▪ Gesamtlebenshaltung	1985 = 100	106,1	109,6		
2	▪ darunter Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	"	104,5	107,4		
3	Wohnungsmieten ¹⁾ , Energie	"	102,8	107,0		
4	Möbel, Haushaltsgeräte und andere Güter für die Haushaltsführung	"	105,9	109,0		
5	Bekleidung, Schuhe	"	108,2	110,9		
Preisindex für die Lebenshaltung von 4-Personen-Haushalten von Arbeitern und Angestellten mit mittlerem Einkommen						
6	Gesamtlebenshaltung	1985 = 100	106,0	109,5		
7	darunter Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	"	104,5	107,2		
8	Wohnungsmieten ¹⁾ , Energie	"	104,0	108,2		
9	Möbel, Haushaltsgeräte und andere Güter für die Haushaltsführung	"	105,7	108,6		
10	Bekleidung, Schuhe	"	108,1	111,0		
Preisindex ²⁾ für Wohngebäude						
11	▪ Bauleistungen am Bauwerk	1985 = 100	114,1	121,5		
12	davon Rohbauarbeiten	"	113,4	120,7		
13	Ausbauarbeiten	"	115,1	122,5		
14	Preisindex ²⁾ für gemischt genutzte Gebäude	} Bauleistungen am Bauwerk	114,0	121,1		
15	für Bürogebäude		"	114,9	122,0	
16	für gewerbliche Betriebsgebäude		"	115,1	121,7	
17	Preisindex für den Straßenbau ²⁾	"	110,8	117,4		
Löhne und Gehälter						
Arbeiter in Industrie und Hoch- und Tiefbau ³⁾						
Bruttowochenverdienste						
18	▪ männliche Arbeiter	DM	861	.		
19	▪ darunter Facharbeiter	"	910	.		
20	▪ weibliche Arbeiter	"	589	.		
21	▪ darunter Hilfsarbeiter	"	578	.		
Bruttostundenverdienste						
22	▪ männliche Arbeiter	DM	21,24	.		
23	▪ darunter Facharbeiter	"	22,43	.		
24	▪ weibliche Arbeiter	"	15,29	.		
25	▪ darunter Hilfsarbeiter	"	15,05	.		
bezahlte Wochenarbeitszeit						
26	männliche Arbeiter	h	40,5	.		
27	weibliche Arbeiter	"	38,5	.		
Angestellte, Bruttomonatsverdienste ³⁾						
in Industrie und Hoch- und Tiefbau						
kaufmännische Angestellte						
28	▪ männlich	DM	5 329	.		
29	▪ weiblich	"	3 652	.		
technische Angestellte						
30	▪ männlich	DM	5 532	.		
31	▪ weiblich	"	3 730	.		
in Handel, Kredit und Versicherungen						
kaufmännische Angestellte						
32	▪ männlich	DM	4 409	.		
33	▪ weiblich	"	3 007	.		
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen						
34	Gesamtindikator der konjunkturellen Entwicklung ⁴⁾		+0,7	+0,6		

1) einschl. Wasserverbrauch in den Wohnungen – 2) statt Monatsdurchschnitt 1990 bzw. 1991: Vierteljahresdurchschnitt – 3) mit der jeweiligen Anzahl der Beschäftigten Ermittlungsverfahren vgl. Stat. Rundschau NW, Heft 11/83.)

1990		1991				1992	Lfd. Nr.
November	Dezember	Januar	Oktober	November	Dezember	Januar	
107,2	107,2	107,7	110,8	111,3	111,4	111,9	1
104,6	104,9	105,7	107,5	108,6	108,8	109,7	2
104,6	104,6	105,1	108,3	108,6	108,7	108,7	3
106,8	106,9	107,0	110,2	110,6	110,9	111,0	4
109,2	109,4	109,5	111,8	112,5	112,6	112,9	5
107,0	107,0	107,4	110,7	111,2	111,3	111,9	6
104,6	104,9	105,6	107,4	108,5	108,7	109,5	7
105,5	105,6	106,0	109,5	109,8	110,1	110,3	8
106,4	106,5	106,6	109,7	110,2	110,3	110,5	9
109,3	109,5	109,6	111,9	112,6	112,7	112,9	10
116,1	.	.	.	123,8	.	.	11
115,7	.	.	.	122,9	.	.	12
116,8	.	.	.	125,1	.	.	13
116,0	.	.	.	123,3	.	.	14
116,9	.	.	.	124,2	.	.	15
117,4	.	.	.	123,8	.	.	16
112,8	.	.	.	119,5	.	.	17
.	.	869	915	18
.	.	918	970	19
.	.	598	633	20
.	.	587	623	21
.	.	21,65	22,87	22
.	.	22,82	24,20	23
.	.	15,57	16,59	24
.	.	15,30	16,34	25
.	.	40,1	40,0	26
.	.	38,4	38,1	27
.	.	5 465	5 714	28
.	.	3 753	3 959	29
.	.	5 634	5 937	30
.	.	3 828	4 068	31
.	.	4 529	4 711	32
.	.	3 118	3 222	33
+0,9	+0,9	+0,9	+0,4	+0,2	+0,1	-0,0	34

gewichteter Durchschnitt der 4 Erhebungsmonate Januar, April, Juli und Oktober – 4) faktorenanalytische Verknüpfung von 7 konjunkturabhängigen Einzelreihen (Zum

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen für das Bundesgebiet*)

Lfd. Nr.	Merkmal	Einheit	1990	1991
			Monatsdurchschnitt	
Bevölkerungsstand und Bevölkerungsbewegung ¹⁾				
1	Bevölkerung ²⁾	1 000	79 753	...
2	Eheschließungen	je 1 000 Einwohner	6,5 ³⁾	5,7 ³⁾
3	Lebendgeborene	"	11,3 ³⁾	10,4 ³⁾
4	Gestorbene	"	11,5 ³⁾	11,3 ³⁾
Erwerbstätigkeit				
5	Erwerbstätige	1 000	28 444p	28 886p
6	Arbeitslose ⁴⁾	"	1 883	1 689
Landwirtschaft				
7	Gewerbl. Schlachtungen, Schlachtmenge	1 000 t	419	...
8	Milcherzeugung	"	1 973	...
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe				
9	Beschäftigte	1 000	7 411	7 514
10	Geleistete Arbeiterstunden	Mill.	666	663
11	Umsatz	Mill. DM	151 958	162 485
12	darunter Auslandsumsatz	"	44 395	43 625
13	Index der Nettoproduktion	1985 = 100	118,3	122,1
Bauhauptgewerbe				
14	Bauhauptgewerbe, alle Betriebe			
15	Beschäftigte	1 000	1 034	1 061
16	geleistete Arbeitsstunden	Mill.	112	111
	darunter für Wohnungsbau	"	42	41
Handel				
17	Einzelhandel			
	Umsatz insgesamt	1986 = 100	125,5	136,4
18	Innerdeutscher Warenverkehr			
19	Bezüge	Mill. DM	690	749
	Lieferungen	"	1 777	3 894
20	Außenhandel			
21	Einfuhr	Mill. DM	45 886	52 845
	Ausfuhr	"	53 565	54 017
Verkehr				
22	Beförderte Güter			
23	Eisenbahnen ⁴⁾	1 000 t	25 869	...
24	Binnenschifffahrt	"	19 298	...
	Seeschifffahrt	"	11 807p	...
25	Beförderte Personen			
	Eisenbahnen ⁴⁾	Mill.	94,6p	...
Geld und Kredit ⁵⁾				
26	Bargeldumlauf ²⁾	Mrd. DM	158,6	171,8
27	Spareinlagen ²⁾	"	755,6	753,8
28	Kredite an			
29	Unternehmen und Privatpersonen ²⁾	Mrd. DM	2 271,0	2 517,8
	öffentliche Haushalte ²⁾	"	604,1	629,4
Steuern ⁶⁾				
30	Einnahmen aus Steuern insgesamt	Mill. DM	39 540	...
31	Steuern vom Einkommen	"	21 253	...
32	Lohnsteuer	"	14 799	...
33	veranlagte Einkommensteuer	"	3 043	...
34	nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	"	903	...
35	Körperschaftsteuer	"	2 508	...
36	Bundessteuern	"	5 490	...
37	Zölle und Verbrauchsteuern (ohne Biersteuer)	"	5 561	...
38	Landessteuern	"	2 114	...
Preise				
39	Preisindex der Erzeugnisse des Grundstoff- und Produktionsgütergewerbes	1985 = 100	93,1	93,6
40	Preisindex für Wohngebäude (Bauleistungen am Bauwerk)	1985 = 100	116,4	124,3
41	Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte	1985 = 100	101,0	103,4
42	Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte	1985 = 100	94,7	94,0p
43	Preisindex für die Lebenshaltung			
44	aller privaten Haushalte	1985 = 100	107,0	110,7
	von 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalten mit mittlerem Einkommen	"	106,7	110,5

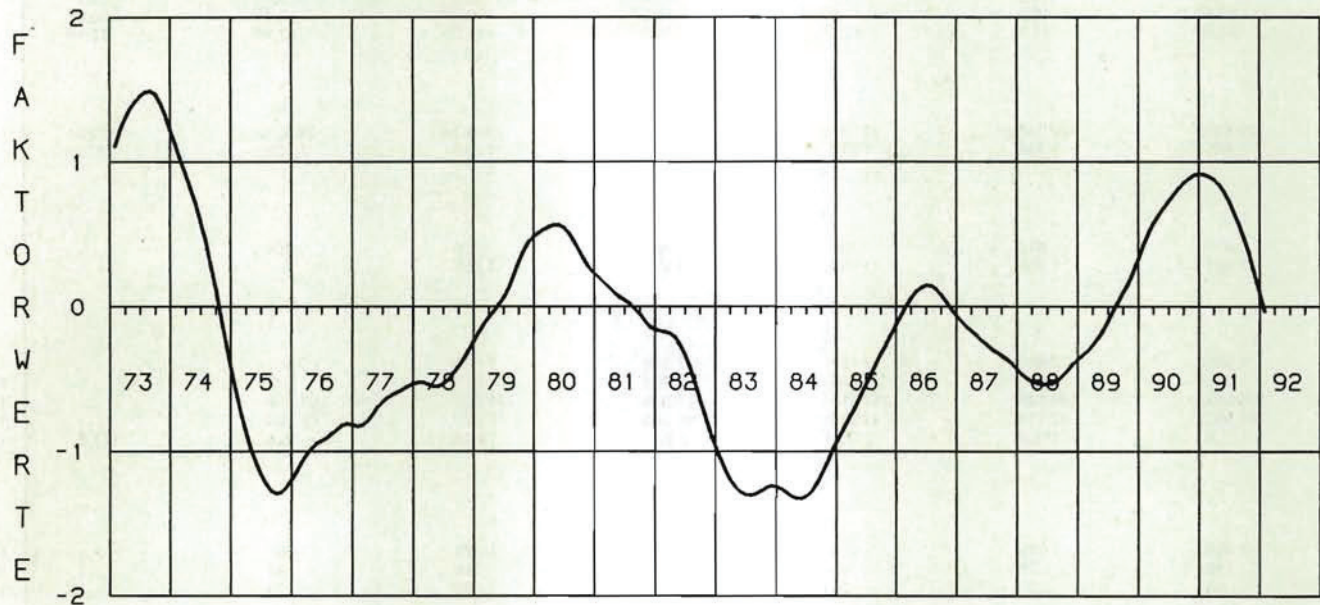
*) Soweit nicht anders angegeben, beziehen sich die Angaben auf den Gebietsstand vor dem 3. Oktober 1990. – 1) Angaben für den Gebietsstand ab dem 3. Oktober 1990; das gesamte Währungsgebiet der D-Mark – 6) Ab Januar 1991 Angaben für den Gebietsstand ab dem 3. Oktober 1990 – – Quelle: Statistisches Bundesamt

1990		1991				1992	Lfd. Nr.
November	Dezember	Januar	Oktober	November	Dezember	Januar	
...	79 753	1
4,5 ³⁾	5,5	2,1 ³⁾	5,8 ³⁾	3,9 ³⁾	5,5 ³⁾	2,2 ³⁾	2
10,9 ³⁾	10,0	11,0 ³⁾	10,2 ³⁾	9,6 ³⁾	9,4 ³⁾	10,0 ³⁾	3
11,4 ³⁾	11,7	12,1 ³⁾	11,0 ³⁾	11,5 ³⁾	12,3 ³⁾	12,1 ³⁾	4
28 840p	28 748p	28 631p	29 147p	29 063p	28 898p	28 720p	5
1 685	1 784	1 874	1 599	1 618	1 731	1 875p	6
473	411	480	453	426	405	...	7
1 807	1 866r	1 888	1 856	1 755	8
7 505r	7 469r	7 482	7 525	7 511r	7 457	...	9
699r	592r	686	704	671	585	...	10
166 661r	154 149r	157 316	174 835	171 029	161 898	...	11
45 582r	42 713r	41 980	46 965	46 627	45 184	...	12
127,6	118,9	117,1	133,7	128,4	115,6	117,1	13
1 056	1 045	1 014	1 082	1 079	1 067	...	14
118r	79	90	134	116	81	...	15
44	29	34	49	43	29	...	16
142,0	157,1	126,0	144,2	145,9	160,9	127,6p	17
807	802	769	836	787	711	...	18
2 608	2 402	2 559	5 322	4 629	4 342	...	19
54 075	47 600	54 302	57 635	53 638	49 819	53 606	20
54 834	48 621	54 567	59 012	56 230	53 910	53 194	21
28 200	22 763	22
20 702	17 283	23
12 460p	12 844	24
110	102	25
158,1	158,7r	157,6	164,9	166,7	171,8	167,8p	26
761,0	755,6	747,0r	718,5	720,7	753,8	748,2p	27
2 230,9	2 271,0	2 270,5r	2 442,5	2 471,1	2 517,8	2 526,4p	28
599,5	604,1	603,9	617,8	624,7	629,4	637,8p	29
35 761	69 265	...	42 617	42 966	30
13 937	45 704	...	17 466	17 112	31
13 775	26 672	...	17 214	17 033	32
-118	11 117	...	-163	-51	33
504	539	...	361	426	34
-224	7 376	...	54	-296	35
5 648	11 164	...	8 724	8 496	36
5 871	11 582	...	7 574	7 291	37
2 946	1 434	...	2 160	3 162	38
95,4	94,1	95,6	94,3	93,9	93,1	92,5	39
118,6	126,5	40
101,8	101,5	102,4	104,4	104,3	104,1	104,0	41
91,2	92,0r	91,6r	95,2r	97,2	97,6p	98,3p	42
108,0	108,1	108,8	112,0	112,5	112,6	113,1	43
107,8	107,8	108,5	111,8	112,3	112,4	112,9	44

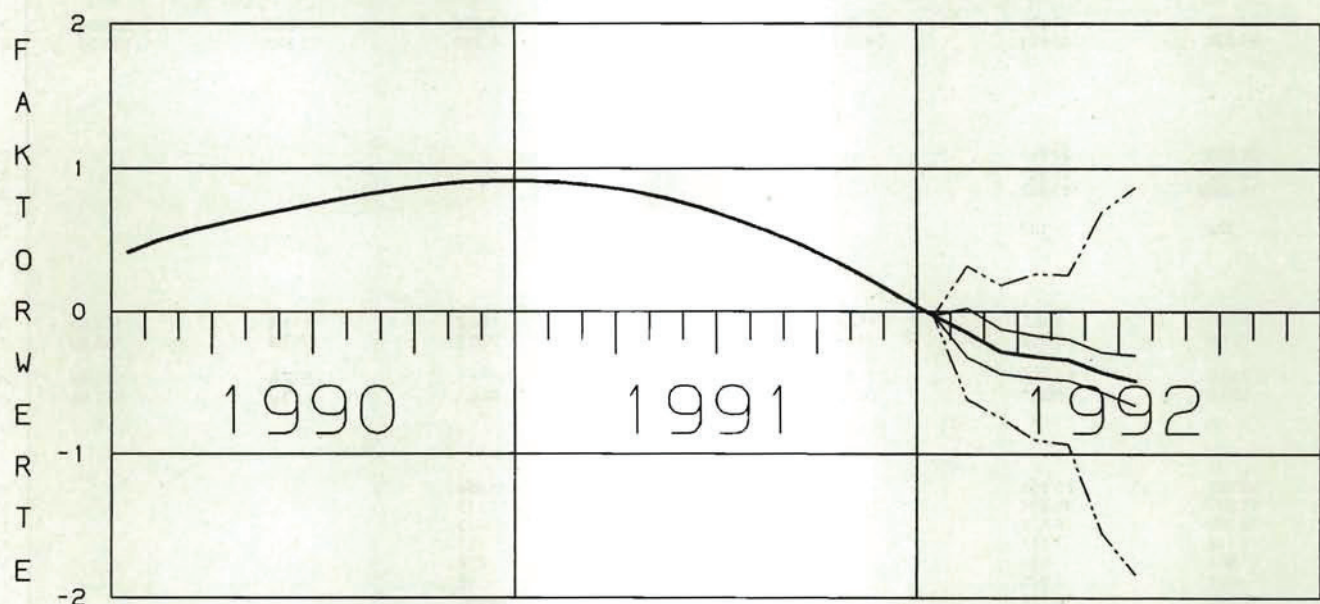
1990 und 1991: vorläufige Ergebnisse – 2) Jahres- bzw. Monatsende – 3) Bevölkerung geschätzt – 4) Eisenbahnen des öffentlichen Verkehrs – 5) Ab Juni 1990 Angaben für

MONATLICHER GESAMTINDIKATOR DER KONJUNKTURELLEN ENTWICKLUNG

BIS JANUAR 1992 REALISIERTE WERTE ¹⁾



AB FEBRUAR 1992 BIS JULI 1992 PROGNOTIZIERTE WERTE ²⁾



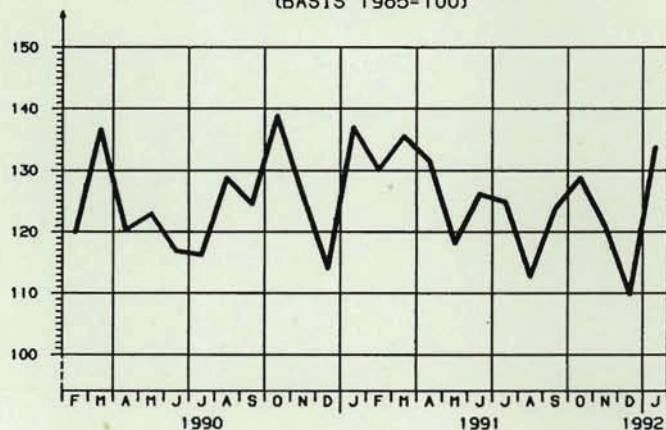
— 95%-VERTRAUENSBEREICH DER REGRESSIONSSCHÄTZUNGEN

- - - 95%-VERTRAUENSBEREICH DER EINZELNEN INDIKATORWERTE

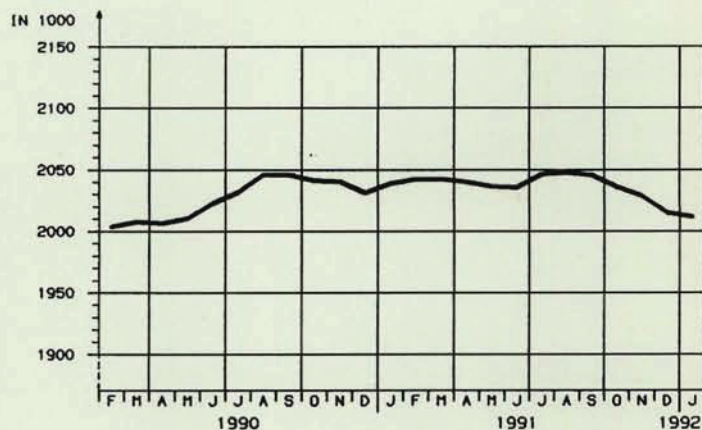
- 1) ZUM ERMITTLUNGSVERFAHREN VGL. STAT. RUNDSCHAU NW, HEFT 11/83. -
2) ZUM PROGNOSEMODELL VGL. STAT. RUNDSCHAU NW, HEFT 3/87.

BERGBAU UND VERARBEITENDES GEWERBE FEBRUAR 1990 BIS JANUAR 1992

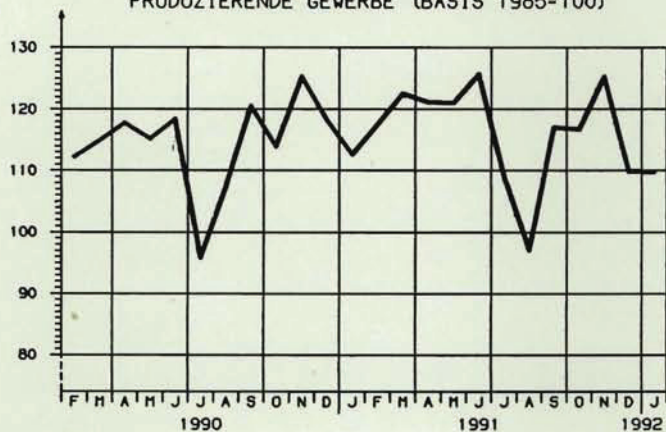
AUFTRAGSEINGANGSINDEX (NOMINAL)
(BASIS 1985=100)



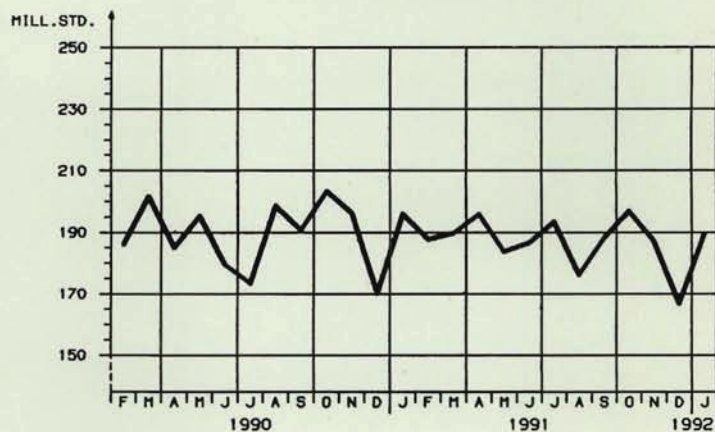
BESCHÄFTIGTE



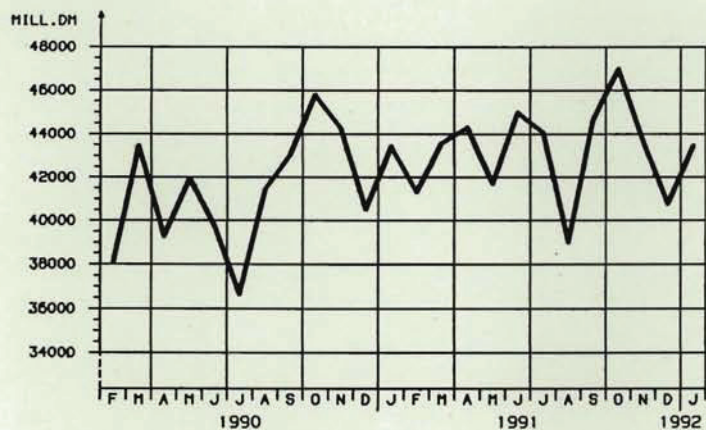
INDEX DER NETTOPRODUKTION FÜR DAS
PRODUZIERENDE GEWERBE (BASIS 1985=100)



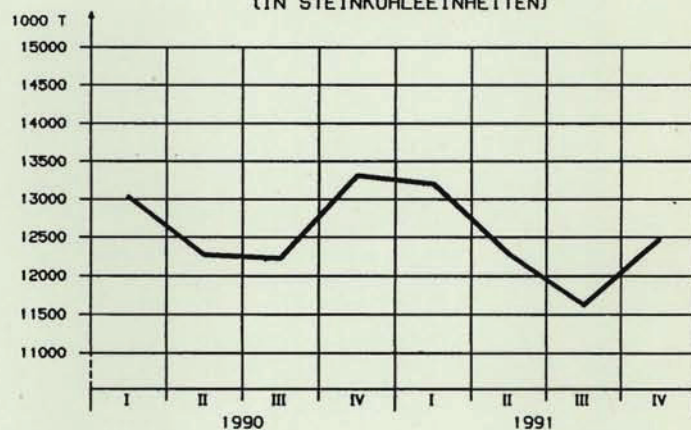
GELEISTETE ARBEITERSTUNDEN



UMSATZ

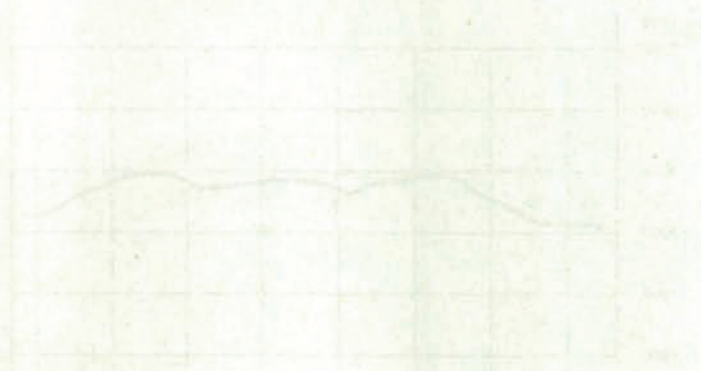


GESAMTENERGIEVERBRAUCH
(IN STEINKOHLEEINHEITEN)



REPORT ON THE PROGRESS OF THE 1901-1902 FISHING YEAR

TABLE I.



Number of fish caught per day from January to May.

TABLE II.



Number of fish caught per day from June to October.

TABLE III.



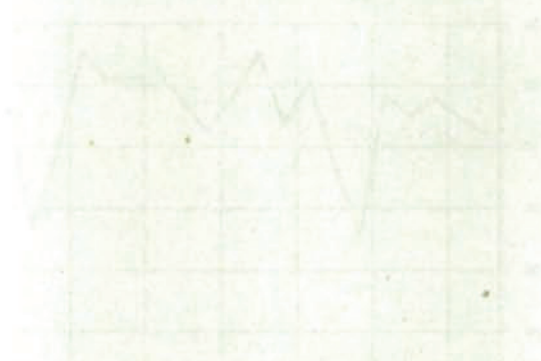
Number of fish caught per day from November to March.

TABLE IV.



Number of fish caught per day from April to August.

TABLE V.



Number of fish caught per day from September to December.

TABLE VI.



Number of fish caught per day from January to May.

